

## **Unterrichtung**

**durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages**

### **Bericht über die internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages**

Berichtszeitraum: 1. Januar 2008 bis 30. September 2009

#### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages .....</b>	<b>2</b>
<b>2 Reisen der Präsidiumsmitglieder .....</b>	<b>3</b>
<b>3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche .....</b>	<b>5</b>
<b>4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen .....</b>	<b>16</b>
<b>5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche .....</b>	<b>20</b>
<b>6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten .....</b>	<b>31</b>
<b>7 Internationale Austauschprogramme .....</b>	<b>35</b>
<b>8 Grundlage der Berichtspflicht .....</b>	<b>37</b>
<b>9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durch- führung von Auslandsdienstreisen .....</b>	<b>37</b>
<b>10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht von Auslands- dienstreisen .....</b>	<b>38</b>
<b>11 Statistische Übersicht .....</b>	<b>39</b>

## 1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

In der globalisierten Welt ist die internationale Politik von den innenpolitischen Entwicklungen nicht mehr zu trennen. Es sind ein beständig dichteres Netz der Kooperation und eine gegenseitige Abhängigkeit auf zwischenstaatlicher Ebene zu verzeichnen, was transparentere Entscheidungsabläufe und die Wahrung von Beteiligungsrechten erforderlich macht. Der Bundesrepublik Deutschland wird nicht zuletzt als bevölkerungsreichstem Mitgliedstaat der EU auf internationaler Ebene zunehmend eine entscheidende Rolle zugewiesen. Dieser gestiegenen Verantwortung Deutschlands gegenüber seinen Partnern in der Welt entspricht eine angemessene internationale Tätigkeit des Parlaments.

Um ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden, ist es für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwingend erforderlich, eine intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Politikern und Institutionen zu pflegen. So können die Abgeordneten die für ihre Aufgaben notwendigen Informationen und Erfahrungen vor Ort sammeln und auf die internationale Lage und auftretende Konfliktsituationen in angemessener Weise reagieren. Diese wichtige Funktion nehmen sie im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche, als Mitglieder internationaler parlamentarischer Organisationen, als Vertreter der verschiedenen Ausschüsse, Kommissionen und Gremien des Bundestages oder als Mitglieder bilateraler bzw. multilateraler Parlamentariergruppen wahr. In Gesprächen mit ihren Parlamentskollegen aus anderen Staaten, mit Vertretern von Regierungen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft oder kulturellen Einrichtungen erörtern sie aktuelle und bisweilen brisante Themen der Gegenwart – seien es die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, der internationale Terrorismus, ethnische Konflikte, Armutsbekämpfung, die Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes, um den Klimawandel zu stoppen, oder die Bekämpfung von HIV/AIDS. Daneben pflegen oder entwickeln sie Beziehungen zu Staaten, die oftmals nicht im Mittelpunkt der Kontakte auf Regierungsebene stehen.

Die internationalen Aktivitäten der Mitglieder des Bundestages dienen darüber hinaus der Kooperation und dem Austausch in zahlreichen Bereichen nationaler Fachpolitik. In der EU erfolgt ein Erfahrungsaustausch zunehmend auf Gebieten, in denen die Hauptverantwortung zwar bei den einzelnen Mitgliedstaaten liegt, eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aber dennoch erforderlich erscheint. In zahlreichen Politikbereichen stehen die EU-Staaten schon heute vor vergleichbaren Problemen, zum Beispiel im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die Zukunft der Alterssicherung etwa ist ein Thema, das alle Mitgliedstaaten betrifft. Ein intensiver Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet ermöglicht den Transfer erfolgreicher Strategien zwischen den Staaten. Im Rahmen von Auslandsdienstreisen können sich die Parlamentarier in ihrer Funktion als Gesetzgeber Informationen über Erfolg versprechende Lösungen einho-

len, um dann bei anstehenden Reformvorhaben sachgerechte Entscheidungen treffen zu können.

Der Deutsche Bundestag hat sich vertraglich verpflichtet, stimm- und mitwirkungsberechtigte Delegationen an den verschiedenen internationalen parlamentarischen Versammlungen zu beteiligen: der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV), der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ER PV), der Europäischen Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V) und der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV). Neben diesen bereits länger institutionalisierten Formen internationaler parlamentarischer Zusammenarbeit ist angesichts der veränderten internationalen Lage das Bedürfnis nach einer zunehmenden regionalen interparlamentarischen Kooperation festzustellen wie etwa im Rahmen der Euro-mediterranen Parlamentarischen Versammlung (EM PV) oder der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten ermöglicht, die eigenen politischen Grundüberzeugungen und Positionen auf internationaler Ebene zu reflektieren und auf diese Weise Denkanstöße zu geben oder Entwicklungen anzuregen. In Staaten, in denen nach politischen Umbrüchen Schritt für Schritt demokratische Strukturen aufgebaut werden, kann der Bundestag wichtige Unterstützungsarbeit leisten. So haben Abgeordnete in den zurückliegenden Jahren insbesondere in den Staaten Mittel- und Osteuropas auf vielfältige Weise zur Entwicklung von demokratischen Rechts- und Verfassungsstrukturen und zum Aufbau stabiler parlamentarischer Organisationsstrukturen beigetragen.

So selbstverständlich der Bundesregierung die Wahrnehmung der außenpolitischen Verantwortung als eine zentrale Aufgabe zugewiesen ist, so eindeutig ist in den vergangenen Jahren die zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik festzustellen.

Sie leitet sich zum einen aus der verfassungsmäßigen Kontrollfunktion des Bundestages gegenüber der Regierung ab und findet gerade im Hinblick auf die auswärtigen Beziehungen und die damit verbundenen außenpolitischen Tätigkeiten des Parlaments in konkreten Bestimmungen des Grundgesetzes (GG) ihren Ausdruck.

Der Bundestag übt nach Artikel 59 Absatz 2 GG eine wichtige Rolle bei der Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge aus. Zudem werden die Entscheidungen des Plenums wesentlich inhaltlich von den Ausschüssen vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurden wegen ihrer besonderen Bedeutung der „Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ und der „Auswärtige Ausschuss“ im Grundgesetz verankert.

Auch bei der Verhandlung und Überarbeitung europäischer Vertragswerke und der Einhaltung internationaler Abkommen leistet der Deutsche Bundestag einen bedeutenden Beitrag. Die parlamentarische Kontrollfunktion gegenüber der Regierung im Bereich der auswärtigen Gewalt ist in der Verfassung festgeschrieben. Dies ist nicht

zuletzt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 und die daraufhin erfolgte Begleitgesetzgebung zum Vertrag von Lissabon unterstrichen worden.

Der Epochenwandel seit dem Fall der Mauer 1989 und dem Ende des Kalten Krieges, die veränderten Anforderungen an moderne Sicherheitspolitik und die Ausdehnung des Einsatzrahmens der Bundeswehr auf internationale Missionen außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung haben die Anforderungen an eine strenge parlamentarische Kontrolle weiter wachsen lassen. Dass diese Kompetenzen des Parlaments über Staatsgrenzen hinweg Geltungswirkung entfalten, hat das Bundesverfassungsgericht in zahlreichen Entscheidungen zur Verfassungsmäßigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr bestätigt. Es hat unmissverständlich klargestellt, dass ins internationale Umfeld hineinreichende Entscheidungen und Maßnahmen der Regierung an die Zustimmung des deutschen Parlaments gebunden sind.

Die zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik ist zum anderen als wachsendes Erfordernis nach internationaler parlamentarischer Zusammenarbeit zu verstehen. Eine in diesem Zusammenhang erforderliche und dabei verantwortlich handelnde, grenzüberschreitende interparlamentarische Kooperation, die dem weltpolitischen Wandel im Zuge der Globalisierung, Interdependenz und Institutionalisierung gerecht werden muss, ist nur gegeben, wenn die im Parlament entscheidenden Abgeordneten die Möglichkeit haben, die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den jeweiligen Staaten und Regionen zu beurteilen.

## 2 Reisen der Präsidiumsmitglieder

### Europäische Themen, Zukunft der Europäischen Union, Bilaterale Beziehungen

Die Mitgliedschaft in verschiedenen internationalen parlamentarischen Versammlungen, die Teilnahme an Parlamentspräsidentenkonferenzen sowie die Wahrnehmung bestehender bilateraler Einladungen von Parlamentspräsidenten bildeten im Berichtszeitraum den weit überwiegenden Anteil der Reiseanlässe der Mitglieder des Präsidiums. Dazu kamen Einladungen in die europäischen Nachbarländer, die im Zeichen europaweiter Gedenkveranstaltungen standen. So nahm Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt im März 2008 an den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen des Europäischen Parlaments in Straßburg teil. Der Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert folgte im Juni 2009 einer Einladung seines Amtskollegen nach Polen, um an den Feierlichkeiten des 20. Jahrestages der Wahlen teilzunehmen, die zur ersten demokratisch gebildeten Regierung in Polen führten. Im Fokus der Gespräche, die Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf Einladung seiner Amtskollegin Szili im Juli 2009 in Ungarn führte, standen u. a. Fragen der Stabilität Europas 20 Jahre nach dem Mauerfall und die Notwendigkeit der Umsetzung des Lissaboner Vertrages sowie die Möglichkeiten eines effektiven Minderheitenschutzes auf europäischer Ebene im Lichte der aus ungarischer Sicht problematischen slowakischen Gesetzgebung zum

Sprachgebrauch von Minderheiten in der Slowakei. Der Besuch stand zudem im Kontext des 20. Jahrestages der Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich.

Zum Gedankenaustausch auf bilateraler Ebene reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im Mai 2008 auf Einladung seiner Amtskollegin Topali nach Albanien. Die Gespräche widmeten sich Demokratiefragen, Rechtsstaatlichkeitsaspekten und der Nachbarschaftspolitik in der Region. Im Februar 2009 nahm Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert eine Einladung seines Amtskollegen Weiler aus Luxemburg wahr. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Zukunft der Europäischen Union, Erweiterungsfragen sowie der Ratifizierungsprozess des Lissaboner Vertrages.

Die Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt reiste im Oktober 2008 als Vertreterin des Deutschen Bundestages zum Finale des internationalen Wettbewerbes „Jugend debattiert“ nach Polen.

Die besonderen bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sowie Deutschland und Polen finden seit einigen Jahren einen parlamentarischen Ausdruck in jährlichen gemeinsamen Sitzungen der Präsidien der Parlamente, wechselnd in jeweils einem der beiden Länder. So kamen die Präsidien des Deutschen Bundestages und der französischen Nationalversammlung im März 2009 in Frankreich zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Themen „Bilanz sowie Perspektiven der deutsch-französischen interparlamentarischen Aktivitäten“, „französische Verfassungsreform“ sowie „Ausgestaltung der Konjunkturprogramme zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise in Frankreich und Deutschland“.

Das deutsch-polnische Präsidiumstreffen fand im November 2008 in Polen statt. Die Konferenz widmete sich der „deutsch-polnischen Zusammenarbeit“ und der „parlamentarischen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union“, den „Gemeinsamen Perspektiven der Auswärtigen Politik und der Sicherheitspolitik“, der „deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Bereich Kultur und Bildung“ sowie „Treffen und Dialog der Jugend aus Polen und Deutschland“.

Im Januar 2009 besuchte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert in Begleitung des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, das KFOR-Einsatzkontingent der Bundeswehr im Kosovo im Feldlager Prizren bzw. den Deutschen Anteil im KFOR-Hauptquartier Pristina. In zahlreichen Gesprächen mit den Soldatinnen und Soldaten betonte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert die Verantwortung des Deutschen Bundestages für die Bundeswehr und deren Auslandseinsätze, die nicht nur politisch, sondern vor allem auch gesellschaftlich besonderer Anerkennung bedürften.

In Vorbereitung auf das europäische Kulturhauptstadtjahr 2010 nahm Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert an Trilateralen Treffen der Parlamentspräsidenten der drei Kulturhauptstädte 2010 im Oktober 2008 im ungarischen Pécs und im Mai 2009 in Istanbul teil. Die Treffen widmeten sich der parlamentarischen Begleitung der Konzepte für die Kulturhauptstädte.

### **Demokratisierung, Rechtsstaatsentwicklung, Interparlamentarische Zusammenarbeit**

Die parlamentarische Unterstützung junger Demokratien, die Förderung der Rechtsstaatsentwicklung und der Menschenrechte bilden traditionell Kerngebiete des parlamentarischen Engagements in den bilateralen Beziehungen auch auf Präsidiumsebene; die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik ist ein weiteres wesentliches Element.

So waren parlamentarische Strukturen, die demokratische Entwicklung im Land und der Region sowie Fragen der Gleichberechtigung Themenschwerpunkte der Reise von Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im Januar 2008 nach Kuwait. Der Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse reiste in Begleitung von Markus Grübel (CDU) im Februar 2008 nach Guatemala und Nicaragua, um sich über den Stand von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, die Demokratieentwicklung sowie über Menschenrechte zu informieren.

Umweltfragen wie die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis und umweltpolitische Maßnahmen zum Schutz derselben sowie Fragen der Minderheitenpolitik in Bezug auf die Inuit waren im Februar 2008 für Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert Anlass, eine Einladung des kanadischen Parlamentspräsidenten anzunehmen. In Begleitung von Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt und dem Vorsitzenden der deutsch-kanadischen Parlamentariergruppe, Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU), führte der Präsident zudem Gespräche über die Bildungszusammenarbeit speziell im Hochschulsektor und bei Kulturinstituten im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik sowie über die parlamentarische Zusammenarbeit und Geschäftsordnungsfragen.

Die wirtschaftliche Kooperation und ihre Perspektiven in verschiedenen Regionen des Landes führte Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms in Begleitung der Parlamentarischen Geschäftsführer Jörg von Essen, Bernhard Kaster und Iris Gleicke im März 2008 nach Brasilien. Neben politischen Gesprächen über die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft standen Besuche von Entwicklungshilfeprojekten sowie bilaterale kulturpolitische Fragen im Vordergrund des Aufenthaltes.

Seinen Aufenthalt im südlichen Afrika als Leiter der deutschen IPU-Delegation bei der 118. IPU-Versammlung in Kapstadt im April 2008 verkürzte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert, um in Namibia – anknüpfend an den Besuch des namibischen Parlamentspräsidenten in Deutschland – zu Gesprächen über Demokratisierungsprozesse, Bildungsfragen und zu bilateralen Entwicklungsprojekten mit Parlamentariern sowie Vertretern der Zivilgesellschaft zusammenzutreffen.

Der US-Präsidentenwahlkampf und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen im Falle eines Politikwechsels führten Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert in Begleitung des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Norbert Röttgen, im Mai 2008 zu politischen Gesprächen in die USA nach Boston und Washington. Bei den Gesprächen

u. a. mit Wissenschaftlern der John F. Kennedy School of Government/Universität Harvard in Cambridge/Boston sowie mit der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, und dem stellvertretenden Finanzminister Robert Kimmitt wurden mögliche Verbesserungen im transatlantischen Verhältnis beleuchtet, politische Gewichtungen und unterschiedliche Sichtweisen analysiert. Im Rahmen des 25-jährigen Bestehens der „Congressional Study Group on Germany“ des amerikanischen Kongresses trafen der Präsident und die Delegation in verschiedenen Begegnungen mit den amerikanischen Partnern zusammen.

Der Stand der Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea und die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Bildungssektor sowie wirtschaftspolitische Fragen standen im Mittelpunkt einer Reise von Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert nach Südkorea. Er folgte damit einer Einladung seines südkoreanischen Amtskollegen und wurde vom Vorsitzenden der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe, Hartmut Koschyk (CDU/CSU), begleitet. Das 50-jährige Bestehen der Parlamentariergruppe erfuhr auf diese Weise eine besondere Würdigung. Ein weiteres Augenmerk wurde bei den Gesprächen auf die sicherheitspolitische Stabilität der Region gerichtet.

In Australien befasste sich Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse während seines Aufenthaltes im September 2008 neben parlamentarischen Themen schwerpunktmäßig mit Fragen der kulturellen Zusammenarbeit und der australischen Minderheitenpolitik.

Die Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner führten Fragestellungen zur Demokratienentwicklung, der Bekämpfung von HIV/AIDS, der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und Aspekte der Tourismusförderung im Februar 2009 nach Kenia und Mosambik. Der Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse reiste im Februar 2009 in Begleitung der Abgeordneten Ernst-Reinhard Beck (CDU/CSU), Elvira Drobinski-Weiß (SPD) und Harald Leibrecht (FDP) nach Kambodscha und Nepal. Im Mittelpunkt der Besuche standen die Themenbereiche Demokratisierung und Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen, insbesondere vor dem Hintergrund der in beiden Ländern im Jahr 2008 durchgeführten Parlamentswahlen bzw. Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Nepal. In Kambodscha lag vor dem Hintergrund der zum Besuchszeitpunkt unmittelbar bevorstehenden ersten Hauptverhandlung vor dem Rote-Khmer-Tribunal in Phnom Penh ein weiterer Schwerpunkt auf Fragen der Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer. Einen Kernpunkt der politischen Gespräche in Nepal stellten die Zielsetzung sowie der Stand der Ausarbeitung der neuen nepalesischen Verfassung dar.

### **Gedenken, Interkultureller Dialog**

Im Mittelpunkt von Reisen von Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner im Juni 2008 und von Vizepräsidentin Petra Pau im März 2009 nach Israel bzw. in die Palästinensischen Gebiete standen Fragen nach den Perspektiven des nächstjährigen Friedensprozesses und des bilateralen Verhältnisses vor dem Hintergrund der Shoah. Die

Stellung der Frau in der Gesellschaft, Möglichkeiten eines jüdisch-islamisch-christlichen Dialogs, namentlich unter Jugendlichen, Bekämpfung des Antisemitismus sowie Aspekte der Erinnerungskultur waren weitere Schwerpunkte. Einen ähnlichen Gesprächshintergrund hatten Besuche von Vizepräsidentin Petra Pau in Danzig im Mai 2009 aus Anlass der Einweihung eines Denkmals zur Erinnerung an die jüdischen Kindertransporte 1939 bzw. von Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt nach Oradour-sur-Glane/Frankreich im Juni 2009 aus Anlass des 10-jährigen Bestehens der Gedenkstätte bzw. des 65-jährigen Gedenkens an das von Deutschen während des Zweiten Weltkrieges begangenen Massakers in Oradour-sur-Glane. Eine Konferenz zum Friedensprozess im Nahen Osten führte Vizepräsidentin Petra Pau im November 2008 nach Frankreich und eine Konferenz zur Bekämpfung von Antisemitismus im Februar 2009 nach London.

Ein Besuch von Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert in den Vereinigten Arabischen Emiraten im Juni 2009 stand im Zeichen des Interkulturellen Dialoges, der Demokratieentwicklung im Vergleich zu den Nachbarländern der Region sowie der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit.

### **3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche**

Die Reisen sowie Gegenbesuche der Ausschüsse und des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung dienten vornehmlich dazu, Erfahrungen zu aktuellen, wichtigen und gemeinsam interessierenden politischen Themen auszutauschen und Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen.

Gesprächspartner waren insbesondere die korrespondierenden Ausschüsse und andere Mitglieder der ausländischen Parlamente, daneben Vertreter der Regierungen, andere Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens sowie Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden. Die Wahl der Reiseziele erfolgte dabei stets in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt.

In den folgenden Abschnitten werden die Reisen und Gegenbesuche ausländischer Parlamentarierdelegationen nach den einzelnen Ausschüssen und dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung gegliedert aufgeführt. Die internationalen Aktivitäten wurden unter Bezugnahme auf die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Gremiums dargestellt, wobei sie exemplarisch aufgeführt sind. Es handelt sich demnach nicht um eine vollständige Auflistung aller Aktivitäten.

#### **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**

Eine Kurzreise des Ausschusses in die Schweiz im Februar 2008 diente insbesondere dazu, die dortigen Maßnahmen zur Verbesserung der Verständlichkeit von Gesetzestexten kennenzulernen. Daneben wurden mit Vertretern der entsprechenden Gremien der beiden Kammern des Parlaments (Bundesversammlung) allgemeine geschäftsordnungs- und immunitätsrechtliche Fragen er-

örtert, die zum Geschäftsbereich des Ausschusses zählen. Die Schweiz verfügt über ein besonders ausgestaltetes System zur Verbesserung der Gesetzesverständlichkeit: ausgehend vom sogenannten Ämterkonsultationsverfahren, dessen wesentlicher Bestandteil die verwaltungsinterne Redaktionskommission ist, bis hin zur parlamentarischen Redaktionskommission der Bundesversammlung. Dabei ist in jeder Phase der Sprachendienst der Bundeskanzlei wesentlich beteiligt. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse führten auch zu einer Ergänzung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages um eine Vorschrift zur sprachlichen Beratung bei der Formulierung und Änderung von Gesetzentwürfen (§ 80a GO-BT).

Anlass für die Reise nach Israel im November 2008 war der 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel im Mai 1948. Neben Gesprächen zu der aktuellen politischen Lage in Israel standen insbesondere Fragen des Gesetzgebungsverfahrens, der Immunität der Abgeordneten sowie der Geschäftsordnung des Parlaments im Mittelpunkt der Reise. In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses der Knesset wurde im Hinblick auf die vorgezogene Knessetwahl am 10. Februar 2009 die kürzlich durchgeführte Änderung des Wahlrechts in Israel ausführlich erörtert.

Fragen des Geschäftsordnungs-, Parlaments- und Statusrechts sowie die Funktion und Arbeitsweise des Ausschusses wurden bei den Berlin-Besuchen von Delegationen aus Montenegro, Bosnien und Herzegowina, dem Libanon, Griechenland, Kasachstan, Liberia, Sierra Leone, Guinea, Haiti und Brasilien angesprochen.

#### **Petitionsausschuss**

Auch in der zweiten Hälfte der Wahlperiode war der Petitionsausschuss international gefragter Ansprechpartner für Delegationen aus vielen Teilen der Welt, die sich über die Arbeit des Ausschusses informieren wollten. Die Delegationen kamen aus so unterschiedlichen Staaten wie Indonesien, Turkmenistan, Spanien, Namibia, Südafrika, Tansania, Uganda, China, Kirgisistan, Vietnam, Algerien, Marokko, Tunesien oder Kanada.

Im Rahmen einer Delegationsreise im April 2008 machten sich Mitglieder des Ausschusses ein Bild von der Arbeit der Menschenrechtsbeauftragten und verschiedener Nichtregierungsorganisationen in Russland und der Ukraine. Aufgrund der anhaltend hohen Anzahl von Petitionen mit Visabezug besuchte die Delegation auch Visastellen der deutschen Botschaften und führte entsprechende Gespräche mit Parlamentariern beider Staaten.

Im Februar 2009 fuhr eine Ausschussdelegation nach Griechenland, um sich über die Situation von Asylbewerbern zu informieren, da dem Ausschuss zum Thema Asyl und Dublin-II-Verordnung zahlreiche Petitionen vorlagen. Im April 2009 beteiligte sich der Petitionsausschuss an einer China-Reise des Menschenrechtsausschusses, mit dem sich naturgemäß regelmäßig Überschneidungen in den Themen ergeben. Neben der generellen Menschenrechtslage ging es den Bundestagsabgeordneten insbesondere um die Situation der Minderheit der Uiguren, mit der

sich der Petitionsausschuss intensiv beschäftigt hatte, sowie um die politisch-religiöse Zukunft von Tibet.

Bei einem Aufenthalt in Ungarn im Juni 2009 führte eine Delegation des Ausschusses Gespräche mit dem dortigen Ombudsmann für Datenschutz sowie dem Ombudsmann für zukünftige Generationen. Darüber hinaus trafen die Abgeordneten den Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des ungarischen Parlaments und informierten sich über die deutsche Kulturarbeit in Ungarn.

Seit vielen Jahren ist der Petitionsausschuss Mitglied im Internationalen Ombudsmanninstitut (IOI). Im Juni 2009 fand die 9. Weltkonferenz des IOI statt, auf der der stellvertretende Ausschussvorsitzende den Deutschen Bundestag vertrat. Aus Anlass des 200-jährigen Bestehens der Institution des schwedischen Ombudsmannes war Stockholm Ort der Konferenz, auf der es um den Erfahrungsaustausch zu verschiedenen aktuellen Themen wie Asyl und die Einbindung der Ombudsleute in die jeweiligen nationalen Strukturen ging. Auch die Pflege der Beziehungen im Rahmen des Europäischen Ombudsmanninstituts (EOI) war ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Ausschusses. Eines der Hauptthemen eines turnusgemäß alle zwei Jahre stattfindenden Seminars der nationalen Bürgerbeauftragten aus den EU-Mitgliedstaaten im April 2009 auf Zypern war wiederum die Asylproblematik.

#### **Auswärtiger Ausschuss**

Ziele und Themen der Reisen von Delegationen des Auswärtigen Ausschusses und seiner Unterausschüsse orientieren sich an aktuellen internationalen Entwicklungen und Ereignissen, die Gegenstand der Ausschussarbeit sind, ebenso wie an längerfristigen Interessenschwerpunkten deutscher Außenpolitik. Im Berichtszeitraum zählten dazu insbesondere das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn Deutschlands, Abrüstung und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, die Stärkung multilateraler Zusammenarbeit besonders im Rahmen der Vereinten Nationen, internationale Energiepolitik und die Förderung der deutschen kulturellen Präsenz im Ausland.

Der vorangegangene militärische Konflikt zwischen Georgien und Russland um die abtrünnigen georgischen Gebiete Südossetien und Abchasien stand im Zentrum der Delegationsreise des Auswärtigen Ausschusses nach Moskau und Kiew im September 2008. Er bildete auch den Hintergrund der auswärtigen Sitzung des Ausschusses im Oktober 2008 in Warschau, die als gemeinsame Sitzung mit dem Auswärtigen Ausschuss des polnischen Parlaments abgehalten wurde und sich mit dem künftigen Verhältnis der Europäischen Union zu Russland sowie mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau befasste. Die Diskussion wurde beim Gegenbesuch der polnischen Seite in Berlin im März 2009 in einer weiteren gemeinsamen Sitzung fortgesetzt.

Eine Delegation des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung konnte sich bei einem Besuch in Moskau im Februar 2009 über die russischen Vorstellungen zu Fortschritten in diesen Politikbe-

reichen unterrichten. Der Besuch einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Parlaments der Islamischen Republik Iran in Berlin bot Gelegenheit zu einer Aussprache über das umstrittene iranische Nuklearprogramm. Die Lage der Vereinten Nationen, die vor der doppelten Herausforderung stehen, den laufenden Prozess umfassender innerer Reformen erfolgreich abzuschließen und zugleich den Ansprüchen der Staatengemeinschaft an das Engagement der Weltorganisation in Krisen- und Konfliktsituationen zu entsprechen, war Gegenstand der Reise einer Delegation des Unterausschusses Vereinte Nationen nach New York im Oktober 2008.

Eine Delegation des Unterausschusses Globalisierung und Außenwirtschaft, der vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzmarktkrise eine Anhörung zur Rolle internationaler Organisationen als Träger von Global Governance durchgeführt hatte, konnte sich bei einem Besuch bei der OECD in Paris im Juni 2009 über die umfassenden Arbeiten der Organisation zu dieser Thematik unterrichten. Der Besuch einer Delegation des Unterausschusses in Mexiko und Venezuela im Mai 2008 bot die Gelegenheit, den Grad der Abhängigkeit beider Staaten vom Erdölexport und den Umgang mit den damit verbundenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu vergleichen.

Der Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik informierte sich auf einer Delegationsreise nach Rom im März 2008 über die unzureichende Unterbringung des Deutschen Archäologischen Instituts und konnte sich in der Folge erfolgreich für die Finanzierung von Instandsetzungsmaßnahmen einsetzen. Die Delegationsreise nach Chile und Argentinien im April/Mai 2008 diente der Unterrichtung über deutsche Auslandsschulen und Kooperationen im Bereich der Berufsbildung in den besuchten Staaten und der Teilnahme an der – vom Unterausschuss initiierten – Regionalkonferenz der Kultur- und Presseattachés der deutschen Botschaften in Lateinamerika.

#### **Innenausschuss**

Nicht nur innenpolitische Fragen wie Migration und Integration, deren grenzüberschreitender, internationaler Charakter auf der Hand liegt, sondern auch Themen der inneren Sicherheit weisen häufig enge Auslandsbezüge auf: Eine effektive Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität – die selbst weltweit und länderübergreifend agieren – setzt zwangsläufig eine enge internationale Zusammenarbeit voraus. Gleiches gilt für die Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen, die an nationalen Grenzen nicht Halt machen.

Fragen der Migration, des Grenzschutzes, Sicherheitsbelange, die Bekämpfung des Drogenhandels und der Katastrophenschutz waren daher inhaltliche Schwerpunkte der Delegationsreisen im Berichtszeitraum in den Senegal und nach Marokko (März 2008), nach Österreich und in die Schweiz (April 2008), nach Polen und in die Ukraine (Mai 2008), nach Kolumbien und Ecuador (Oktober 2008), nach China (Oktober 2008), nach Griechenland (Juni 2009) und nach Großbritannien (Juni 2009).

Im Bereich Migration ging es den Abgeordneten dabei darum, die Fluchtursachen besser zu verstehen und Möglichkeiten für eine Verbesserung des Dialogs und der Kooperation mit den afrikanischen Herkunfts- und Transitländern auszuloten (Senegal/Marokko), die Praxis der Grenzsicherung und die allgemeine Situation an den neuen Schengenaußengrenzen kennenzulernen (Polen/Ukraine) sowie sich über die Auswirkungen der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik zu informieren (Griechenland). Bei mehreren Delegationsreisen stand die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden im Mittelpunkt, zum einen bei der Begleitung internationaler Großereignisse wie der Fußball-Europameisterschaft (Österreich, Schweiz), zum anderen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Großbritannien) und der organisierten Kriminalität (China, Kolumbien/Ecuador). Thematisiert wurden auch Fragen der öffentlichen Verwaltung (China), der Extremismusprävention (Großbritannien) sowie der Visumvergabe (Ukraine). Schließlich waren auch zwei Reisen im Schwerpunkt dem Zivil- und Katastrophenschutz gewidmet: anlässlich eines internationalen Großereignisses (Österreich/Schweiz) bzw. im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Waldbränden und dem Aufbau von Freiwilligenstrukturen (Griechenland).

### Sportausschuss

Der im Vorjahr begonnene Dialog mit dem Ausschuss für Körperkultur und Sport des polnischen Parlaments wurde im Rahmen gemeinsamer Sitzungen beider Ausschüsse im Sejm in Warschau (Juni 2008) und im Bundestag in Berlin (März 2009) fortgesetzt. Hierbei ging es im Wesentlichen um den Stand der Vorbereitungen der u. a. durch Polen auszurichtenden UEFA-Fußball-EM 2012 und damit im Zusammenhang um Fragen der Sicherheit bei internationalen Sportgroßveranstaltungen, die Finanzierung und Konzeption von Sportstätten, insbesondere Fußballstadien, sowie Förderkonzepte des Breiten- und Spitzensports in Deutschland und Polen.

Der Sportausschuss hat mit einer Delegation von jeweils sieben Abgeordneten die beiden Spitzenveranstaltungen des internationalen Sportgeschehens besucht: die Olympischen und die Paralympischen Spiele in Peking. Neben dem Austausch mit den internationalen Vertretern des Spitzensports, mit Athleten, Verbänden sowie Sponsoren über Konzepte und Strategien der Sportförderung sowie der Finanzierung des Spitzensports wurden die Reisen auch für intensive Gespräche mit Vertretern der politischen Führung Chinas und Nichtregierungsorganisationen genutzt. Dabei ging es u. a. um Presse- und Demonstrationsfreiheit sowie Infrastruktur- und Umweltfragen im Umfeld der Olympischen Spiele, die Lage in Tibet und die generelle Frage des Umgangs mit Menschenrechten in China.

Mit dem Anliegen der Intensivierung der Sportförderung im Ausland im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik hat sich der Ausschuss in mehreren Sitzungen befasst und einen beachtlichen Aufwuchs der Mittel erreichen können. Er nahm dies zum Anlass, entsprechende Projekte in Tansania und Südafrika zu besuchen und sich ein eigenes

Bild von der sehr erfolgreichen Arbeit der deutschen Experten im Ausland zu machen. Diese leisten u. a. auch einen wesentlichen Beitrag zu einem außerordentlich positiven Deutschlandbild in den Projektländern. Zudem liefern sie aber auch mit der Ausbildung von Trainern und dem Aufbau organisierter Strukturen für den Sport in den Einsatzländern einen wichtigen Beitrag für die Ausbildung und Integration von Kindern und Jugendlichen über den Sport, zum Beispiel in den Townships Südafrikas. Daneben galt das Interesse dem Stand der Vorbereitung der Sportstätten und der Infrastruktur für die FIFA-Fußball-WM 2010 in Südafrika.

### Rechtsausschuss

Die Reisen des Rechtsausschusses und seines Unterausschusses Europarecht widmeten sich im Berichtszeitraum zum einen europarechtlichen Fragestellungen, die auch wegen der vor dem Bundesverfassungsgericht geführten Verfahren zum Vertrag von Lissabon von überragender Aktualität waren. Zum anderen informierte sich der Ausschuss über die Antworten ausländischer Rechtsordnungen auf die Frage nach dem Verhältnis von Sicherheit und Freiheit, das angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus, aber auch durch andere Erscheinungsformen der Kriminalität stets aufs Neue konkret bestimmt werden muss.

Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung des Rechtsausschusses mit dem Gesetzgebungsausschuss des polnischen Sejm in Warschau im Februar 2008 erörterten Mitglieder beider Ausschüsse die Behandlung von EU-Vorlagen sowie die Prüfung der Subsidiarität und die Rolle der nationalen Parlamente im Hinblick auf die Gesetzgebung auf EU-Ebene. Auf einer Delegationsreise im April 2009 nach Luxemburg führten Mitglieder des Unterausschusses Europarecht mit dem Präsidenten, weiteren Richtern sowie einer Generalanwältin des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) einen intensiven und konstruktiven Dialog über aktuelle Probleme der Rechtsprechung des Gerichts. Dabei kam auch die in jüngerer Zeit in Deutschland geäußerte Kritik an einigen Entscheidungen des Gerichtshofs zur Sprache, die von den Richtern des EuGH genau verfolgt und hinterfragt wird. Diese erste Reise eines Ausschusses des Deutschen Bundestages zum EuGH zeigte, welche Bedeutung der persönliche Austausch zwischen Bundestagsabgeordneten und Vertretern europäischer Institutionen für ein besseres Verständnis europäischer Fragestellungen hat.

Bei dem Besuch in Israel und den Palästinensischen Gebieten im April 2008 stand die Erörterung von Rechtsfragen der Terrorismusabwehr im Vordergrund. Die in Tel Aviv und Jerusalem geführten Gespräche veranschaulichten zugleich die Besonderheiten der innen- und außenpolitischen Situation dieses Staates. Insbesondere der Besuch beim israelischen Supreme Court (Verfassungsgericht) verdeutlichte, wie schwer eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit unter erheblicher Bedrohung zu finden ist. Die Schwierigkeiten, im Nahen Osten zu einer für alle Seiten akzeptablen Lösung zu gelangen, wurden durch Besuche in den Palästinensischen Gebieten noch

greifbarer. Die Unterredungen in Ramallah sowie ein Besuch in Hebron gaben der Delegation neben Informationen über die Rechtslage und -praxis in den palästinensischen Gebieten auch Einblicke in die besonderen innen- und außenpolitischen Probleme dieser Gebiete. Eine Reise nach Australien und Neuseeland im Oktober 2008 diente ebenfalls der Informationsgewinnung über Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und des internationalen Drogenhandels. Die Delegation informierte sich ferner bei der neuseeländischen Internetpolizei über technische Möglichkeiten, gegen Internetkriminalität vorzugehen. Ferner erörterte sie die Voraussetzungen von Abhörmaßnahmen gegen Journalisten und der Strafverfolgung von Abgeordneten.

### Finanzausschuss

Der Ausschuss knüpfte in der Wahrnehmung seiner internationalen Aktivitäten an die Fragestellungen an, die bereits die Grundlage für die Delegationsreisen in der ersten Hälfte der 16. Wahlperiode (Bundestagsdrucksache 16/7841, Seite 9) bildeten. Die Fortentwicklung der Europäischen Union, die Wirkungen der Globalisierung auf die Steuergesetzgebungen der Nationalstaaten, Bedeutung von Doppelbesteuerungsabkommen, Finanzmarktgesetze und Aufsicht waren insoweit auch weiterhin die zentralen Themen in den Gesprächen. Während die Besuche in Südkorea und Vietnam (Februar 2008), Bulgarien und Rumänien (Mai 2008), Polen (Juni 2008) sowie in Südafrika und Botsuana (Juli 2008) noch unter „normalen“ Umständen stattfanden, dabei zum Teil auch der Vertiefung der nachbarschaftlichen bzw. freundschaftlichen parlamentarischen Beziehungen dienten, standen die zeitlich folgenden Besuche in den USA mit einer Teilnahme an den Jahresversammlungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (Oktober 2008), in Paris (Dezember 2008) und nochmals in den USA (New York und Washington, Februar 2009) sowie in Uruguay (Forum Europäische Union, Lateinamerika, Karibik in Montevideo: „Fiskalpolitik in Krisenzeiten“, Mai 2009) ganz im Zeichen der verstärkt auftretenden Finanzmarktkrise und deren internationaler Bewältigung.

Die Gespräche mit Parlamentariern, Regierungsvertretern, Vertretern von Industrieunternehmen, Versicherungen, Banken und Aufsichtsbehörden in den USA hatten vor diesem Hintergrund und zeitlich fast parallel verlaufenden Gesetzgebungen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den USA und Europa beziehungsweise Deutschland besondere Relevanz.

### Haushaltsausschuss

Aufgrund seiner Zuständigkeiten für den Gesamtetat und für alle kostenwirksamen Einzelmaßnahmen ist der Haushaltsausschuss auf sämtlichen Fachgebieten tätig, was sich auch in seiner Reisetätigkeit zu den verschiedensten Themen und Politikfeldern widerspiegelt.

Im Berichtszeitraum begleitete der Ausschuss Versorgungsflüge der Bundeswehr in afrikanische Staaten, die im Rahmen der Ausstattungshilfe Materialien und Beratungshilfe erhalten. Im Februar 2008 war das Ziel Namibia und im Februar 2009 Tansania. Bei beiden Reisen er-

lebten die Delegationsmitglieder im Rahmen von konkreten Projektbesuchen die Effektivität der deutschen Hilfe.

Im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz führte eine Reise im Oktober 2008 nach Vietnam und Thailand, eine weitere im April 2009 nach Neuseeland. Trotz unterschiedlicher Agrarstrukturen dieser Staaten sowohl im Vergleich untereinander als auch im Vergleich Neuseelands mit Deutschland und der EU war augenfällig, dass Landwirtschaft auch ohne staatliche Unterstützung rentabel sein kann. Bei den landwirtschaftlichen Forschungsprojekten weist Neuseeland ein hohes, zum Teil weltweit führendes Niveau auf.

Dass im Bereich Flugzeugbau die Firma Boeing bei neuen Produkten mit ähnlichen, wenn nicht noch schwerwiegenderen Problemen zu kämpfen hat wie der europäische Wettbewerber Airbus, zeigte ein USA-Besuch im April 2008 von Ausschussmitgliedern aus dem Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Während die deutsche Magnetbahntechnologie auch von amerikanischer Seite als zukunftsfähig und für dortige Verhältnisse als geeignet angesehen wird, der hohe Preis aber abschreckend wirkt, scheinen die Exportaussichten des deutschen Autobahnmautsystems und der Rußpartikelfiltertechnologie für Dieselmotoren weitaus besser zu sein. Eine weitere Reise führte im Juni 2009 nach Dubai und in den Oman. Dort wurde u. a. deutlich, dass Luftverkehrs- und Logistikgroßprojekte wie „Dubai World Central“ ungeachtet der aktuellen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die Wettbewerbsposition deutscher Firmen und Standorte gefährden, indem sie Passagier- und Handelsströme von Europa in die Golfregion abziehen. Im Oman zeigte sich, dass nicht zuletzt aufgrund des hohen Ansehens, das Deutschland im Land genießt, deutsche Unternehmen aus der Verkehrs- und Baubranche sehr gute Ausgangspositionen haben, die durch eine intensive Pflege der bilateralen Beziehungen noch verbessert werden können.

Die Strukturen der sozialen Sicherung und der Arbeitsverwaltung vor dem Hintergrund einer möglichen Vollmitgliedschaft in der EU standen im Mittelpunkt einer Delegationsreise der Berichterstatter aus dem Bereich Arbeit und Soziales in die Türkei. Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherung waren auch die zentralen Themen der Gespräche der Berichterstatter während eines Aufenthalts in Shanghai und Hongkong im Juni 2009. Des Weiteren wurden die Auswirkungen der Finanzkrise erörtert, die den Ausschuss insbesondere in der zweiten Hälfte der Wahlperiode intensiv beschäftigten und auch Gegenstand einer Delegationsreise in die USA im Oktober 2008 waren.

Im Bereich der Mittelbereitstellung für Gesundheitsmaßnahmen – und hier insbesondere bei der HIV/AIDS-Bekämpfung – reiste eine Delegation im September 2008 nach Kenia und Ruanda.

### Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Der Ausschuss beschäftigte sich im Berichtszeitraum vor allem mit den Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise und den Entwicklungen auf dem globalen Energie-

sektor. Im Zentrum der Ausschussreisen in die USA im Mai 2008 sowie im Juni 2009 standen die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Weltwirtschaft. In den Gesprächen mit der amerikanischen Administration informierten sich die Delegationsmitglieder u. a. über die Gegenmaßnahmen, die von amerikanischer Seite unternommen wurden, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise einzudämmen und die Konjunktur auf Wachstumskurs zu bringen. Bei den Gesprächen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank standen die weltwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise im Vordergrund, die Treffen mit hochrangigen Vertretern der Privatwirtschaft drehten sich hauptsächlich um deren Einschätzung der globalen Wirtschaftslage.

Die Ausschussreise im September 2008 in die Russische Föderation stand im Zeichen der Energiepolitik. Ziel der Delegationsreise war es, mit möglichst vielen Akteuren der russischen Energiepolitik zusammenzukommen, um sich insbesondere einen Eindruck von der Zuverlässigkeit zukünftiger Energieexporte und der Bereitschaft einer engeren Zusammenarbeit mit der Europäischen Union bzw. der Bundesrepublik Deutschland zu verschaffen.

Die Ministerkonferenz UNCTAD XII (Welthandels- und Entwicklungskonferenz) im April 2008 in Ghana bot einer Delegation des Ausschusses die Möglichkeit, einen Dialog zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern zu führen, um Konsens in wichtigen Fragen im Kontext von Globalisierung, Handel und Investition zu suchen. Im Mittelpunkt der Konferenz stand auch die Verabschiedung eines Arbeitsprogramms der Organisation für die kommenden vier Jahre.

Der Ausschuss konnte im Berichtszeitraum ferner ein großes Interesse internationaler Besucher an seiner Arbeit und seinen Beratungsgegenständen verzeichnen. Unter anderem wurden Delegationen aus Australien, Chile, Irland, Japan, Litauen, Norwegen, Russland, der Ukraine und den USA zu Gesprächen mit Mitgliedern des Ausschusses empfangen. Hauptthemen waren dabei die aktuellen Entwicklungen der internationalen und bilateralen Beziehungen sowie energie- und wirtschaftspolitische Entwicklungen in verschiedenen Regionen der Welt und deren Bewertung. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sowie deren Auswirkung waren naturgemäß ebenfalls Gegenstand der Gespräche.

#### **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Die Agrarpolitik wird wesentlich von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU mitbestimmt. Deren Reform durch den sogenannten Health Check und die Einbindung der neuen Mitgliedstaaten waren Gegenstand vieler Diskussionen im Ausschuss und bestimmten die Gespräche bei Delegationsreisen des Ausschusses ins europäische Ausland. Die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) haben Auswirkungen auf den europäischen Markt, die Positionen einzelner Staaten sind daher von besonderem Interesse für die Arbeit des Ausschusses. Themen wie Klimawandel, Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit, grüne Gentechnik und Bioenergie sind

weltweit drängende Fragen und erfordern globale Lösungen. Die Reisen und Besuche des Ausschusses im Berichtszeitraum dienten der Information darüber, wie die jeweiligen Staaten sich diesen Herausforderungen stellen, und der Frage, ob sich daraus neue Impulse für die deutsche Politik ergeben.

Bei den Reisen des Ausschusses nach Frankreich und Großbritannien (April/Mai 2008) waren Fragen der Forstpolitik, insbesondere Forschungsprojekte zu Agroforstsystemen und deren Übertragbarkeit auf Deutschland, von besonderem Interesse. Mit den britischen Parlamentariern wurde im Schwerpunkt die anstehende Reform der GAP diskutiert. Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur EU erfordert eine Reform der GAP, was bei dem Besuch des Ausschusses in Bulgarien und Kroatien (Oktober 2008) deutlich wurde. Von Interesse für die Bundestagsabgeordneten waren darüber hinaus Fragen der Nahrungsmittel- und Lebensmittelsicherheit sowie die Lebensmittelverarbeitung.

Ziel der Reise nach Australien und Neuseeland (Oktober/November 2008) war es, die politischen Rahmenbedingungen dieser Staaten im Hinblick auf die WTO-Verhandlungen kennenzulernen. Auf dem Weltmarkt behaupten sich beide Staaten nahezu ohne Agrarsubventionen, gleichzeitig setzen zunehmende Trockenheit und Wassermangel die Landwirtschaft unter Druck. Darüber hinaus wurden Fragen des globalen Wein- und Milchmarktes sowie die Folgen des Klimawandels für die weltweite Landwirtschaft erörtert.

Russland ist auf ausländische Agrarimporte angewiesen und daher für den europäischen Markt von großem Interesse. Anlass für eine Reise nach Russland (April 2009) war u. a. die Teilnahme an der Jubiläumsveranstaltung „15 Jahre Kooperationsprojekt deutsch-russischer agrarpolitischer Dialog“; sie diente aber auch dazu, sich im Rahmen eines Runden Tisches mit dem Agrarausschuss der Staatsduma der Russischen Föderation und Vertretern der russischen Wirtschaft über die Förderung und Finanzierung der russischen Landwirtschaft zu informieren.

Fragen der biologischen Landwirtschaft, die Situation von Biobetrieben und die Verarbeitung biologischer Produkte waren häufig Diskussionsgegenstand im Ausschuss. Die Reise einer Delegation des Ausschusses nach Österreich und Italien (Juni 2009) diente dem Ziel, sich über die Rahmenbedingungen der biologischen Landwirtschaft zu informieren. Auch die Problematik der grünen Gentechnik stand immer wieder auf der Tagesordnung des Ausschusses, daher waren die Erkenntnisse aus den Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), insbesondere die Frage des Zulassungsverfahrens genveränderter Organismen innerhalb der EU, für die Ausschussmitglieder von besonderer Bedeutung. Fachreferenten der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) informierten die Mitglieder der Delegation über den aktuellen Stand der Reform der FAO sowie über Themen wie die Entwicklung des ländlichen Raums, Forsten und Tiergesundheit.

### Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die zentralen sozialpolitischen Themen in Deutschland – Arbeitsmarktpolitik, demographischer Wandel, Alterssicherung, Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, Auswirkungen der Globalisierung – bildeten die Schwerpunkte der vom Ausschuss für Arbeit und Soziales unternommenen Auslandsreisen. Ziel war es, in verschiedenen Staaten zu sehen, mit welchen Instrumenten dort Arbeitsmarktpolitik gestaltet wird und wie erfolgreich oder weniger erfolgreich diese unter den jeweiligen Rahmenbedingungen sind. Ein besonderes Interesse galt dabei Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von jugendlichen Arbeitslosen mit geringer Qualifikation, von Berufsrückkehrern, Arbeitslosen mit Migrationshintergrund sowie älteren Arbeitnehmern. Bei den Reisen wurde im Sinne von „best practices“ nach Ansätzen gesucht, die möglicherweise auch in Deutschland neue Impulse bringen könnten.

Mit dieser Zielsetzung unternahm der Ausschuss im Berichtszeitraum Reisen nach Rumänien und in die Republik Moldau (Februar 2008), Australien und Indien (Mai 2008), Finnland (September 2008), Spanien und Portugal (Oktober 2008) sowie Südkorea und Vietnam (April 2009). Bei der Reise nach Rumänien und in die Republik Moldau ging es vornehmlich um die sozialpolitischen Auswirkungen des rumänischen EU-Beitritts sowie die Frage der Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Zugleich informierte sich der Ausschuss über das sehr sensible Verhältnis zwischen der Republik Moldau und Rumänien und die hieraus für die EU gegebenenfalls entstehenden Probleme.

Beim Aufenthalt in Finnland ging es vor allem um die Frage der Beschäftigung von Problemgruppen am Arbeitsmarkt, insbesondere den umfangreichen Bemühungen Finnlands zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Anstrengungen Finnlands zur Reform der Alterssicherung im Hinblick auf den dort schon jetzt sich besonders dramatisch auswirkenden demographischen Wandel.

Aspekte des demographischen Wandels waren auch Gegenstand der Gespräche in Australien, Indien, Südkorea, Vietnam sowie Spanien und Portugal. Dabei zeigte sich, dass – wenn auch unter jeweils spezifischen Rahmenbedingungen und anderen zeitlichen Perspektiven – der demographische Wandel, sich rasch ändernde Familien- und Gesellschaftsstrukturen und die damit einhergehenden gravierenden Auswirkungen für die Alterssicherungssysteme sowie die Pflege älterer Menschen in allen Staaten eine zentrale Herausforderung darstellen.

Ein wichtiges Thema der Reisen ab Herbst 2008 waren auch die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Besonders interessant waren diesbezüglich die Gespräche in Südkorea, das ähnlich wie Deutschland in überproportionalem Maße vom Export abhängig ist. In den Schwellenländern Indien und Vietnam, aber auch in Südkorea und Australien informierte sich der Ausschuss zudem über Fragen der Arbeitskräftemigration sowie die Gewinnung von Fachkräf-

ten vor dem Hintergrund eines weltweiten Wettbewerbs um die besten Köpfe.

In der Berichtsperiode hat sich zudem ein intensiver Gedankenaustausch mit dem Arbeits- und Sozialausschuss der vietnamesischen Nationalversammlung mit Treffen in Berlin und Hanoi entwickelt. Nachdem Vietnam seit rund zwei Jahrzehnten dabei ist, von der sozialistischen Planwirtschaft auf ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem umzustellen, sind die Parlamentarier derzeit dabei, das gesamte Arbeits- und Sozialrecht diesen veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Dabei besteht auf Seiten der vietnamesischen Abgeordneten großes Interesse, von den deutschen Erfahrungen in diesen Bereichen zu lernen.

### Verteidigungsausschuss

Auch in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode stand für den Verteidigungsausschuss im Vordergrund, sich mit Besuchen in den Einsatzgebieten der Bundeswehr vor Ort ein Bild über Stand und Bedingungen der Auftrags Erfüllung zu den vom Deutschen Bundestag erteilten und im Ausschuss kontinuierlich beratenen Mandaten zu verschaffen.

Im Februar 2008 informierte sich eine Delegation des Ausschusses beim deutschen Einsatzkontingent der Marinemission im Rahmen des UNIFIL-Mandats vor der Küste des Libanon über die Zusammenarbeit mit den libanesischen Streitkräften, die Wirksamkeit des deutschen Beitrags (insbesondere in der Führungsrolle der MTF UNIFIL) sowie über Einsatzdauer und -bedingungen für die Soldatinnen und Soldaten vor Ort.

Im April 2008 unterrichtete sich eine Delegation des Ausschusses im Kosovo beim Besuch des deutschen Einsatzkontingents im Rahmen des KFOR-Mandats über die Auswirkungen der kurz zuvor erfolgten Unabhängigkeitserklärung auf die Sicherheitslage sowie über die Herausforderungen durch die neue Qualität und Intensität der Vorfälle im März 2008 mit Ausschreitungen im Norden Kosovos. Bei dem mit der Reise verbundenen Besuch in der Türkei wurden insbesondere die Zusammenarbeit mit NATO und EU sowie die Fortschritte bei der demokratischen Kontrolle des Militärs im Verteidigungsausschuss des türkischen Parlaments und im Nationalen Sicherheitsrat erörtert.

Ein Besuch in der Assemblée nationale in Paris Ende April 2008 gab Gelegenheit, die in Berlin begonnenen Gespräche zur künftigen Ausrichtung der Sicherheitspolitik im neuen Weißbuch Frankreichs fortzuführen. Die Rolle des Deutschen Bundestages bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen war ein wesentlicher Gegenstand des Austausches.

Im September 2008 – unmittelbar vor der anstehenden Entscheidung über die Verlängerung des ISAF-Mandats – führte die Reise einer Delegation des Verteidigungsausschusses nach Kabul, Mazar-e Sharif und Kundus in Afghanistan. Schwerpunktthemen waren die Erfahrungen der seit Juli 2008 eingesetzten Quick Reaction Force, der Stand des Polizeiaufbaus, Drogenbekämpfungsstrategien

sowie aktuelle Sicherheitsvorfälle und Entwicklungen in der Umgebung von Kundus.

Nach Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama suchte eine Delegation des Ausschusses neue und alte Ansprechpartner in der amerikanischen Administration und im Kongress auf, um insbesondere gemeinsame Bündniseinsätze und das neue strategische Konzept für den Afghanistan-Einsatz zu erörtern.

Eine Vielzahl an internationalen Besuchern des Verteidigungsausschusses in Berlin belegt wiederum die guten und intensiven internationalen Kontakte des Ausschusses, die zur Information der Ausschussmitglieder unabdingbar sind. Unter anderem begrüßte der Verteidigungsausschuss neben hochrangigen Vertretern der NATO Gäste aus den Bündnispartnerstaaten Kanada, Frankreich, Großbritannien, Griechenland und Türkei, Vertreter der Staaten der Einsatzgebiete der Bundeswehr wie Bosnien und Herzegowina, Georgien, Libanon und Afghanistan sowie Gesprächspartner aus anderen Staaten wie zum Beispiel Österreich, Russland, Rumänien, Ukraine, China, Indien, Pakistan, Kasachstan, Argentinien und Iran.

#### **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Auch in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode bestimmten die Fachgebiete des Ausschusses und seiner Unterausschüsse die Inhalte der Reisetätigkeit. Ziel war es, durch die Beispiele anderer Staaten neue Impulse für die nationale Politik zu erhalten und durch die Teilnahme an internationalen Konferenzen nicht nur Informationen zu gewinnen, sondern auch Schwerpunkte deutscher Politik darzustellen. So nahmen im Juli 2008 Ausschussmitglieder an der jährlichen Konferenz der Gleichstellungsausschüsse in der EU (NCEO) in Paris teil, die sich mit der beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen beim Zugang zu Führungspositionen beschäftigte. Ziel der Delegationsreise im April 2008 nach Kanada war es, sich über die kanadische Gleichstellungspolitik zu informieren, insbesondere über die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern, die Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen, Antidiskriminierung, Migration und Integration, Gewalt gegen Frauen sowie über Alterssicherung und Altersarmut. Im März 2009 reiste eine Delegation zur 53. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen (VN) nach New York, deren diesjährige Sitzung „Die gleichberechtigte Teilung von Verantwortung zwischen Frauen und Männern“ sowie „Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen“ zum Gegenstand hatte.

Im Mittelpunkt der jugendpolitischen Themen gewidmeten Reise des Ausschusses im Juli 2008 stand das bürgerschaftliche Engagement von Jugendlichen in den USA. Die Delegationsmitglieder informierten sich über die entsprechenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strategien und Programme. Anliegen war es insbesondere, die Erkenntnisse aus den amerikanischen Erfahrungen für die Arbeit an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die deutschen Freiwilligendienste zu nutzen.

Im April 2009 führte eine Delegation des Ausschusses eine Reise nach Washington und Chicago durch, um sich in Vorbereitung auf den Sechsten Altenbericht der Bundesregierung über die Altersbilder und die Nutzung der Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft der USA zu informieren. Es wurden insbesondere die sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund der Finanzkrise untersucht und Themen wie Bildung, lebenslanges Lernen sowie soziale Betreuung diskutiert.

Die Kinderkommission nahm im November 2008 am 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen in Rio de Janeiro teil. Vor dem Hintergrund des Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses der EU zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie war es Ziel der Teilnahme, Impulse für eine Intensivierung der bereits eingeleiteten Maßnahmen und für die Entwicklung neuer Strategien zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen zu gewinnen.

#### **Ausschuss für Gesundheit**

Im Berichtszeitraum führte der Ausschuss drei Delegationsreisen durch. Bei der Reise nach Kanada und in die USA im Mai 2008 standen zunächst allgemeine Fragen wie die Leistungsfähigkeit, aber auch die Funktionsdefizite der Gesundheitssysteme der beiden Staaten im Vordergrund. Einen Schwerpunkt der Gespräche in Kanada bildeten neu aufgelegte Programme zur Krebsvorsorge, Krebsbekämpfung und Krebsnachbehandlung. Ein Beispiel für diese in der Wissenschaft teilweise als wegweisend eingestuften Initiativen ist die im November 2006 gegründete Canadian Partnership against Cancer, mit deren Hilfe sowohl die Zahl der Neuerkrankungen an Krebs als auch die Zahl der Krebstoten verringert werden soll. Die kanadischen Erfahrungen sind auch deshalb von Interesse für den Ausschuss für Gesundheit, weil unter slowenischer EU-Präsidentschaft die Bekämpfung von Krebserkrankungen zu einem Schwerpunkt der EU erklärt wurde.

In den USA lernte die Delegation zum einen ein neues, von dem Unternehmensnetzwerk Kaiser Permanente entwickeltes Integriertes Versorgungskonzept kennen, das beansprucht, im Vergleich zur herkömmlichen nichtintegrierten Versorgung eine höhere Qualität der Gesundheitsleistungen und zugleich eine große Kosten-Nutzen-Effizienz zu bieten. Zum anderen informierte sich die Delegation in unterschiedlichen Einrichtungen über innovative Entwicklungen in zukunftsorientierten Bereichen wie der Arbeits- und Umweltmedizin, der embryonalen Stammzellforschung und der Forschung zu neurodegenerativen Erkrankungen.

Vor dem Hintergrund der deutschen Diskussion über die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte stellten die Erfahrungen Dänemarks im Bereich von E-Health einen wichtigen Aspekt der Reise im Oktober 2008 dar. So werden in Dänemark, das in der Telemedizin führend ist, nahezu alle Rezepte, Entlassungsschreiben und Abrechnungen elektronisch versendet. Über Internetportale werden umfassende Patientinformationen zu Medika-

menten, Krankheiten oder Behandlungen angeboten. Die in Dänemark gewonnenen Erkenntnisse sind auch in die Beratungen über entsprechende Anträge eingeflossen, die sich kritisch mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte auseinandersetzen.

Bei der Delegationsreise im Juni/Juli 2008 nach Warschau und in die deutsch-polnische Grenzregion standen die aus der zunehmenden Patientenmobilität resultierenden Probleme der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Vordergrund. Die Regelung solcher Probleme ist auch das Ziel des Vorschlags für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, zu dem der Deutsche Bundestag im November 2008 eine Entschließung verabschiedet hat. Nach Einschätzung der polnischen Gesprächspartner kommt es zwischen Deutschland und Polen insbesondere in den Grenzregionen zu einer dynamischen Entwicklung der Patientenmobilität, die allerdings auch finanzielle, rechtliche und organisatorische Probleme aufwerfe. Das Grundproblem besteht aus polnischer Sicht darin, dass in Deutschland wesentlich mehr Mittel für das Gesundheitswesen zur Verfügung stünden als in Polen.

#### **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

Das Eisenbahnwesen war auch in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode ein Schwerpunktthema des Ausschusses. Im Rahmen von Delegationsreisen hat sich der Ausschuss im Berichtszeitraum immer wieder über dieses Thema informiert. So standen bei einer Delegationsreise in die Vereinigten Arabischen Emirate (März/April 2008) Entwicklung und Bau von schienengebundenen Bahnen und die Frage der Nutzung von Magnetschwebbahnen im Vordergrund. Um die Struktur des Schienenverkehrs in Deutschland ging es bei einem Gespräch mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe Schienenverkehr innerhalb des Wirtschaftsausschusses der französischen Nationalversammlung in Berlin im Mai 2009.

Die Bereiche Güterverkehr und Logistik haben in den internationalen Verkehrsbeziehungen große Bedeutung. Im Berichtszeitraum gewannen diese Themen durch den von der Bundesregierung vorgelegten Masterplan Güterverkehr und Logistik noch zusätzlich an Relevanz. Güterverkehr und Logistik waren u. a. Gegenstand von Gesprächen des Ausschusses mit einer Delegation des niederländischen Parlaments und mit einem Mitglied der französischen Nationalversammlung. Sie waren auch ein Themenschwerpunkt bei der genannten Reise des Ausschusses in die Vereinigten Arabischen Emirate.

Wichtige Themen sind in den internationalen Beziehungen auch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für den grenzüberschreitenden Verkehr und die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. In Indien hat sich eine Delegation des Ausschusses im Februar 2009 über die dortige Verkehrsinfrastruktur sowie die Möglichkeiten der deutschen Wirtschaft informiert, im gegenseitigen Interesse an der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur mitzuwirken. Die Gespräche erga-

ben u. a., dass in Indien großes Interesse an deutschem Know-how im Bereich der Verkehrsinfrastruktur besteht.

Im Frühjahr 2009 hat der Ausschuss das Ratifikationsgesetz zu dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark abgeschlossenen Staatsvertrag über eine feste Fehmarnbeltquerung beraten. Bereits kurz nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages hatte sich eine Delegation des Ausschusses im September 2008 in Dänemark und Schweden ausführlich über das Verkehrsinfrastrukturprojekt einer festen Fehmarnbeltquerung und über die Erfahrungen mit der bereits bestehenden Querung über den Öresund informiert.

Fragen des Luftverkehrs spielen bei internationalen verkehrspolitischen Kontakten naturgemäß eine besondere Rolle. Im Rahmen der genannten Delegationsreise in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) wurden die Luftverkehrsbeziehungen zwischen den VAE und der Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Union ausführlich erörtert.

Im Bereich des Bauwesens ist die Energieeinsparung bei Gebäuden ein wichtiges Thema der Beratungen des Ausschusses. In Bezug auf diesen Themenkomplex hat sich eine Delegation des Ausschusses im Rahmen der genannten Reise im September 2008 nach Dänemark und Schweden informiert. Fragen der Struktur des Bauwesens standen im Juni 2008 bei einem Gespräch mit Mitgliedern einer Parlamentsdelegation aus der Ukraine im Vordergrund.

#### **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Die Delegationsreisen des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit standen im Zeichen des Klimaschutzes. Ihr Schwerpunkt lag dabei insbesondere auf dem Forcieren des Ausbaus und der Verbreitung umweltfreundlicher Technologien sowie auf der Stärkung der internationalen Kooperation in diesem Bereich. Der verbesserte Technologietransfer stellt ein chinesisches Hauptanliegen dar, das im Rahmen der Delegationsreise des Ausschusses nach China im November 2008 eingehend erörtert wurde und in den künftigen Klimaverhandlungen zusätzliches Gewicht erhalten wird. Es wurde großes Interesse an der Zusammenarbeit mit Deutschland in den Bereichen Windenergie und Clean Coal Technologies bekundet. Darüber hinaus kristallisierten sich Kooperationspotenziale in den Bereichen Abwasser, Abfallbehandlung und -entsorgung heraus. Eine Ausschussreise nach Kenia und Tansania im Februar 2009 stand im Zeichen des Arten- und Naturschutzes sowie der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien. Dies ist nicht nur unter umweltpolitischen Aspekten, sondern auch im Hinblick auf die Verschaffung des Zugangs der Bevölkerung zu Energie dringend geboten. Die Delegation leistete einen Beitrag zu Initiativen, die in konkrete Projekte mündeten. Ein besonderes Anliegen Kenias und Tansanias ist die Verbesserung ihrer Beteiligung am Clean Development Mechanism (CDM). Die Gesprächspartner betonten, dass es außerdem gelte, CDM-Projekte realistischer umzusetzen. In beiden Ländern herrschte die Auffassung

vor, dass das Thema „Green Growth“ zu einem bestimmenden Faktor ihrer Wirtschaftspolitik gemacht werden müsse. Ein Informationsbesuch zur Abscheidung und Speicherung des bei der Energie- und Wärmegegewinnung in Kraftwerken anfallenden Kohlendioxids führte Ende Februar 2009 nach Norwegen. Auf Einladung der Schweiz wurde einer Delegation des Ausschusses am 5./6. Februar 2009 ermöglicht, sich ein Bild über die Endlagerforschung im Felslabor Mont Terri zu verschaffen.

Darüber hinaus entsandte der Ausschuss Delegationen zum Deutsch-Indischen Umweltforum im November 2008 in Neu Delhi und zum 6. Parlamentarischen Forum über den Klimawechsel der G8+5-Staaten im Juni 2009 in Rom.

#### **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

In der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode konzentrierte sich der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe auf nationale und internationale Menschenrechtsschutzsysteme, das neue Instrument der Vereinten Nationen der „Responsibility to Protect“, extraterritoriale Staatenpflichten sowie auf den Schutz religiöser und ethnischer Minderheiten. Die Berichtspflichten der Bundesregierung gegenüber Gremien der VN und dem Europarat spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Arbeit des Menschenrechtsrates (MRR) der VN in Genf. Hierbei interessierte vor allem das neue sogenannte Universal-Periodic-Review (UPR)-Verfahren, bei dem jedes Mitgliedsland eine Bilanz seiner nationalen Menschenrechtspolitik vorlegen muss. Zur Vorstellung des deutschen UPR entsandte der Ausschuss im Februar 2009 eine Delegation in die Schweiz.

Weitere Themenschwerpunkte des Ausschusses waren die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes, die Menschenrechts- und Rechtsstaatsdialoge der Bundesrepublik Deutschland und der EU – hier vor allem mit China und der Russischen Föderation – sowie die Flüchtlings- und Asylpolitik. Darüber hinaus standen regelmäßig die Themen Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen auf der Agenda.

Diesen Themenschwerpunkten trug der Ausschuss Rechnung bei seinen Reisen nach Russland und Belarus (Juli 2008), Indonesien und Kambodscha (Oktober/November 2008) sowie in einer gemeinsamen Delegation mit Mitgliedern des Petitionsausschusses nach China (April 2009). In Belarus ging es vor allem um die Situation kurz vor den im September 2008 anstehenden Parlamentswahlen. Die vorangegangenen Wahlen zum belarussischen Parlament waren von der EU und der OSZE nicht als freie und geheime Wahlen gemäß den internationalen Standards anerkannt worden. Neben dieser mangelnden Legitimation thematisierten die deutschen Abgeordneten bei ihren Gesprächen auch stets die Situation der politischen Gefangenen und forderten deren Freilassung.

In Kambodscha machten sich die Abgeordneten – zehn Jahre nach dem endgültigen Ende der Herrschaft der Roten Khmer – ein Bild von den Bemühungen zur Aufarbeitung der Verbrechen des Regimes. Mit Unterstützung der

internationalen Staatengemeinschaft hat das Land ein Tribunal zur Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer geschaffen, vor dem sich fünf Hauptakteure des Regimes zu verantworten haben. Die Reise in die Volksrepublik China war den Menschenrechtspolitikern ein besonderes Anliegen, zumal sie seit 2006 mehrfach vergeblich versucht hatten, eine Einladung der chinesischen Seite zu bekommen. Neben Peking waren Lhasa in Tibet und Urumqi in Xinjiang, in der die ethnische Minderheit der Uiguren lebt, von großem Interesse für die Delegation. In beiden Regionen wurde ein besonderes Augenmerk auf die Lage der ethnischen und religiösen Minderheiten gerichtet. Weitere Gesprächsthemen in China waren die Abschaffung der Todesstrafe, die sogenannte Administrativhaft und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise vor allem auf die Wanderarbeiter.

Im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten ist es dem Ausschuss stets wichtig, neben offiziellen Vertretern der Regierungen, Parlamente und Institutionen auch Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Gewerkschafter sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen zu treffen. In der Regel werden zudem Gefängnisse und Krankenhäuser aufgesucht.

#### **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

Bildung und Forschung sind die Grundlagen, auf denen Deutschland seine Zukunft aufbaut. Die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung durch die öffentliche Hand ist deshalb ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Wohlstands in Deutschland. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung gestaltet diesen Prozess an entscheidender Stelle mit. Dabei muss beachtet werden, dass die öffentliche Förderung von Wissenschaft und Forschung sich daran messen lassen muss, welchen – insbesondere auch langfristigen – Nutzen sie für die Gesellschaft hat und wie dieser Nutzen auf lange Sicht erhalten werden kann. Deutschland steht dabei in einem internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe und die leistungsfähigsten Standorte.

Im Sommer 2008 bestand die Möglichkeit, die Forschungen zu dem Phänomen des Klimawandels vor Ort auf Spitzbergen in Augenschein zu nehmen. Nach übereinstimmender Auffassung aller Experten besteht dringender Forschungsbedarf, um Gesellschaft und Politik in die Lage zu versetzen, auf die mit dem Klimawandel verbundenen politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen angemessen zu reagieren. Aus wissenschaftlicher Sicht kommt den Polargebieten bei der Erforschung des Klimas eine überragende Bedeutung zu. Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten in der Polarforschung eine international anerkannte Position erarbeitet. Durch Gespräche mit Wissenschaftlern, aber auch durch Besuch des Großforschungsschiffes „Polarstern“ und der AWIPEV-Koldewey-Station als Teil der deutsch-französischen Forschungsbasis auf Spitzbergen konnte der Ausschuss sich ein eigenes Bild von den Forschungsanstrengungen machen. Die Beteiligung des Haushaltsausschusses an dieser Reise stellte dessen Infor-

mationsbedarf insbesondere hinsichtlich der Ersatzbeschaffung von Großforschungsgeräten sicher.

Schwerpunkte der Informationsreise nach Argentinien und Brasilien im Winter 2009 waren die Forschungskoperationen mit beiden Ländern und der Bildungsbereich. Insbesondere interessierten Sachgebiete wie Ernährung, Energie, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, die vielfältigen Kooperationen auf dem Gebiet der Forschung und der Bildung vor Ort zu vertiefen, um den Nutzen sowohl für Brasilien und Argentinien als auch für Deutschland zu erhöhen und neue Perspektiven zu erschließen. Hierzu gehören auch die Intensivierung der institutionellen Zusammenarbeit, das Kooperieren der Hochschulen, der Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und eine verstärkte Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung. Der abschließende Besuch eines Regenwaldprojektes stellte die Bedeutung der Forschungszusammenarbeit für den Klimaschutz in beeindruckender Weise dar.

#### **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Für die Arbeit des Ausschusses sind Reisen in die Staaten von grundlegender Bedeutung, in denen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) geleistet wird, da eine Kontrolle und Beurteilung der EZ der Bundesregierung ohne Überprüfung im jeweiligen Land unvollständig bliebe.

Im Rahmen der teilweise kritischen Auseinandersetzung mit der Budgethilfe unternahm der Ausschuss gemeinsam mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses und des Finanzausschusses im Juni 2008 und Februar 2009 Reisen nach Ruanda und Vietnam, zwei der wenigen Staaten, mit denen dieses Instrument der EZ bisher auf bilateraler Ebene praktiziert wird. Voraussetzungen für die Gewährung von Budgethilfe sind neben einer Armuts- und Reformorientierung die Achtung der Menschenrechte und der Demokratie sowie die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, weshalb die Auswahl und Kontrolle der Partnerstaaten besonders großer Sorgfalt bedarf.

Der Befassung mit der Thematik „Energie einschließlich erneuerbarer Energien in der EZ“ dienten die Delegationsreisen im Februar 2008 nach Ecuador (u. a. mit Blick auf die Initiative der ecuadorianischen Regierung, ein bestimmtes Ölfeld im Nationalpark Yasuni nicht zu erschließen) und nach Uganda im Mai 2008, in deren Rahmen das Bujagali-Wasserkraftwerk besucht wurde.

Um sich vor allem über den Erfolg von konkreten Hilfsmaßnahmen nach Naturkatastrophen zu informieren, reisten Ausschussdelegationen im März und Oktober 2008 nach Bangladesch und Myanmar. Die Reise im März führte auch nach Nepal, die im Oktober auch nach Pakistan – zwei Staaten, in denen man sich kurz vor beziehungsweise nach demokratisch durchgeführten Wahlen über die aktuelle Lage informierte, um daraus Rückschlüsse für eine möglicherweise verstärkte EZ zu ziehen.

Die Demokratische Republik Kongo war Ziel einer Delegationsreise im Mai 2008, um sich insbesondere ein Bild zu machen von der desolaten humanitären Lage der Menschen in den Kivu-Provinzen und den Möglichkeiten,

diese zu verbessern. Ein besonderes Augenmerk galt der Problematik der im Kongo weit verbreiteten und als Kriegswaffe eingesetzten schlimmsten Gewalttaten gegen Frauen und den Optionen für eine Verbesserung der Hilfe. Die ländliche Entwicklung, ein immer wiederkehrendes Thema im Ausschuss, zu dem er auch eine öffentliche Anhörung durchführte, bestimmte die Reise des Ausschusses nach Sambia im April 2009.

Den Schwerpunktthemen „Mikroversicherung“ und „Mikrofinanzierung als Instrument der EZ“ galt die Delegationsreise des Ausschusses auf die Philippinen und nach Indonesien im April 2009. Sie korrespondierte mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages in Bundestagsdrucksache 16/8484, der die Bundesregierung auffordert, die Entwicklungs- und Schwellenländer verstärkt beim Aufbau und bei Reformen von sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen und die Thematik als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu implementieren.

#### **Ausschuss für Tourismus**

Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der 2,8 Millionen standortgebundene Arbeits- und Ausbildungsplätze bietet. Eine wichtige Aufgabe der Tourismuspolitik ist es, für bessere Rahmenbedingungen zu sorgen, wobei die besonderen Belange der Tourismuswirtschaft angemessen zu berücksichtigen sind.

Für Deutschland ist die Mitgliedschaft in der Welttourismusorganisation (UNWTO) ein wichtiges Instrument zur multilateralen Mitwirkung an der weltweiten Entwicklung des Tourismus. Im September 2008 hat sich eine Delegation des Ausschusses in Madrid am Sitz der UNWTO über deren Arbeitsprogramm informiert. In den Gesprächen ging es auch um die anstehende Neuwahl des Generalsekretärs im Jahr 2009 sowie um die Notwendigkeit ernsthafter Reformen für die Organisation. Zudem traf sich die Delegation mit spanischen Abgeordneten und Regierungsvertretern, um bilaterale tourismuspolitische Themen zu erörtern.

Die UNWTO rechnet damit, dass sich die Zahl der weltweiten Touristenankünfte von 924 Millionen im Jahr 2008 auf 1,6 Milliarden im Jahr 2020 erhöhen wird. Als Begünstigte der rasanten Tourismusentwicklung werden in erster Linie Entwicklungs- und Schwellenländer gesehen. Der Tourismus hat zwar in vielen dieser Länder positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen, gleichzeitig können aber negative Effekte in ökologischer, sozialer oder kultureller Hinsicht auftreten. Der Ausschuss hat sich in der 16. Wahlperiode intensiv mit den Trends im internationalen Ferntourismus sowie den Auswirkungen des Tourismus auf Entwicklungs- und Schwellenländer befasst. Zur Vertiefung seiner Kenntnisse hat der Ausschuss im Januar 2008 eine Delegationsreise nach Kambodscha und Malaysia durchgeführt.

Eine der unerfreulichen Seiten des Ferntourismus ist gerade in Asien die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen. Dem Ausschuss ist es ein wichtiges und vorrangiges Anliegen, sich auch in den Zielländern für den Schutz von Minderjährigen vor

sexueller Gewalt und Ausbeutung einzusetzen. Die Delegation hat sich vor allem in Kambodscha in Gesprächen mit der Regierung sowie Nichtregierungsorganisationen darüber informiert, wie das Land versucht, der Kinderprostitution Herr zu werden. Der Einsatz eines BKA-Verbindungsbeamten in Phnom Penh hat bereits zu Erfolgen bei der Durchführung von Ermittlungs- und Strafverfahren gegen deutsche Straftäter geführt.

Aus Anlass der Eröffnung der ITB Asia, mit der die Messe Berlin die deutsche Erfolgsmarke „Internationale Tourismusbörse Berlin“ erstmalig exportierte und als neue Reisemesse für den asiatischen Markt präsentierte, besuchte eine Delegation des Ausschusses im Oktober 2008 Singapur.

#### **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

Der Ausschuss unternahm Delegationsreisen in die Länder, die im Berichtszeitraum die EU-Ratspräsidentschaft innehatten, um sich über deren jeweiligen Arbeitsschwerpunkte zu informieren. Die Abgeordneten besuchten im Mai 2008 Paris, im Februar 2009 Prag und im Juni 2009 Stockholm. Gesprächsthemen waren Migrationspolitik, Klima- und Energiepolitik, der Vertrag von Lissabon, das Stockholmer Programm und die Finanzkrise.

Im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ von Deutschland, Frankreich und Polen fand im Oktober 2008 eine Sitzung in Paris sowie im März 2009 ein trilaterales Parlamentarientreffen in Warschau statt. Themen waren auch hier die Ratifikation des Vertrags von Lissabon, das Energie- und Klimapakett der EU-Kommission sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise. Darüber hinaus wurden die Gemeinsame Agrarpolitik, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Krise in Georgien und die östliche Partnerschaft erörtert.

Der Ausschuss nimmt regelmäßig an der COSAC (Konferenz der Europaausschüsse der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU) sowie der Ausschussvorsitzende an den vorausgehenden Vorbereitungstreffen teil. Neben der jeweiligen Ratspräsidentschaft waren Gegenstand der Beratungen im Mai 2008 in Ljubljana die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres sowie die Lissabon-Strategie. Im November 2008 debattierten die COSAC-Vertreter in Paris die Energiesicherheit und die EU als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Schwerpunkte der COSAC im Mai 2009 in Prag waren die Finanz- und Wirtschaftskrise, die östliche Partnerschaft sowie Erfahrungen mit den Subsidiaritätstestläufen und im Juli 2009 in Stockholm die Ostseestrategie und das Stockholmer Programm.

Aus Anlass der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei reiste im April 2008 eine Delegation nach Ankara, um sich über das Verbotverfahren der Regierungspartei AKP sowie die Situation religiöser Minderheiten zu informieren. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Nord- und Südzypern im Oktober 2008 war der Grund einer Delegationsreise nach Nikosia. Der Beitritt der Slowakei zur Währungsunion war Anknüpfungspunkt für eine Reise nach Bratislava im Februar 2009.

Auf Einladung reisten Delegationen des Ausschusses im Februar 2009 gemeinsam mit dem Innen- und dem Rechtsausschuss zu Gesprächen mit der stellvertretenden bulgarischen Ministerpräsidentin nach Sofia sowie im Juni 2009 zu den EU-Ausschüssen des italienischen Parlaments nach Rom und des ungarischen Parlaments nach Budapest. Die Besuche wurden auch für Gespräche mit weiteren Regierungsvertretern, Parlamentariern und für sogenannte Think Tanks genutzt.

Auf Einladung des Ausschusses kam der rumänische Außenminister im März 2009 zu Gesprächen über die Situation in Bosnien und Herzegowina nach Berlin. Dem folgten im April 2009 der Austausch über die östliche Partnerschaft mit der schwedischen Europaministerin sowie der Besuch des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des türkischen Parlaments, um die Annäherung der Türkei an die EU zu erörtern. Im Mai 2009 fanden Gespräche mit dem tschechischen Botschafter über die Ratifikation des Vertrags von Lissabon sowie mit einer Delegation des westlichen Balkans zur justiziellen Zusammenarbeit in der Region und mit dem kroatischen Chefunterhändler für den Beitritt Kroatiens zur EU statt.

#### **Ausschuss für Kultur und Medien**

Im Berichtszeitraum hat sich der Ausschuss im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten ein Bild davon gemacht, wie bi- und multilaterale Kulturabkommen umgesetzt werden, wie deutsche, aus öffentlichen Mitteln finanzierte Organisationen im Ausland Kultur und Sprache vermitteln und inwieweit sich aus der Verfasstheit der Medienlandschaft im Zielland Schlüsse für die deutsche Medienpolitik ziehen lassen.

Eine Abgeordnetendelegation reiste im April 2008 nach Israel, wo zum 60. Jahrestag der Staatsgründung deutsche Kulturwochen ausgerichtet wurden. Die Abgeordneten nutzten die Gelegenheit, auch palästinensisches Gebiet zu besuchen und auszuloten, ob der kulturelle Austausch trotz schwieriger Bedingungen verbessert werden kann. Der europäischen Kulturhauptstadt Istanbul und der Pflege der traditionell sehr freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei diente eine Reise im Februar 2009, die auch in den Südosten des Landes führte. Akzente setzten die Bundestagsabgeordneten dort bei den Themen Schutz des Kulturerbes und Lage der religiösen Minderheiten.

Mit dem weiten Themenfeld der neuen Medien befasste sich der Unterausschuss Neue Medien. Dieses Gremium beauftragte im Herbst 2008 eine Delegation, sich in London über die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen der neuen Medien, ihren Einsatz im öffentlichen rechtlichen Rundfunk und im parlamentarischen Raum zu informieren, um Anregungen für die Ausgestaltung deutscher Regelungen zu erhalten.

#### **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

Gemäß Einsetzungsbeschluss hat der Parlamentarische Beirat die Aufgabe, die nationale und die europäische Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch zu begleiten so-

wie den Austausch mit dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten, besonders in Europa, zu pflegen.

Nachdem in nahezu allen europäischen Staaten eine Nachhaltigkeitsstrategie eingeführt worden ist, hat die EU die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Wirksamkeit ihrer Strategien zu überprüfen und einen sogenannten Peer Review (Begutachtung) ihrer Nachhaltigkeitspolitiken und Nachhaltigkeitsstrategien durchzuführen. Der Peer Review Deutschland soll im Herbst 2009 abgeschlossen sein; an dem Informationsaustausch mit den internationalen Sachverständigen, der im Juni 2009 in Berlin stattfand, hat sich der Parlamentarische Beirat beteiligt. Die dort angelegte Fragestellung nach dem Management von Nachhaltigkeitsstrategien und den Kontroll- und Prüfverfahren bildete ebenfalls einen besonderen Schwerpunkt in den Gesprächen mit Vertretern des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission im Rahmen einer auswärtigen Sitzung in Brüssel im April 2008 und mit Vertretern der Parlamentsausschüsse und der Regierung während einer Delegationsreise nach Norwegen im Mai 2008.

Ein weiterer Schwerpunkt seiner Tätigkeit war die Fortführung der Diskussion über die Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere des Einsatzes und der Entwicklung erneuerbarer Energien. Während seiner Delegationsreise nach Norwegen führte der Beirat Gespräche mit Vertretern des Parlaments, der Regierung und staatlichen sowie privaten Unternehmen, die in besonderer Weise mit der Fortschreibung der norwegischen Nachhaltigkeitsstrategie, ihrer Umsetzung und Überprüfung befasst sind. Von besonderem Interesse waren die norwegischen Erfahrungen im Bereich der Förderung und Speicherung erneuerbarer Energien (insbesondere Windkraft) sowie die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Ausstöße und der Förderung beziehungsweise Lagerung von CO<sub>2</sub> im Meeresboden (CCS). Diese Gespräche wurden im November 2008 mit Vertretern der norwegischen Regierung und norwegischen Energieunternehmen in Berlin fortgesetzt.

#### **4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen**

Der Deutsche Bundestag entsendet Abgeordnetendelegationen zu Konferenzen und (Ausschuss-)Sitzungen der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV), der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ER PV), der Europäischen Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V), der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV), der Euromediterranean Parlamentarischen Versammlung (EM PV) und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC). Der Bundestag ist zudem Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeereswirtschaftskooperation (PABSEC).

Mit Ausnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU, die regelmäßig am Sitz dieser beiden Versammlungen tagen, also

in Straßburg und in Paris, finden die Konferenzen und Sitzungen aller übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen an unterschiedlichen Orten auf Einladung der jeweiligen Mitgliedsparlamente statt. Sitzungen und Konferenzen dieser internationalen parlamentarischen Versammlungen bzw. ihrer Organe werden dementsprechend auch in Deutschland abgehalten.

Die Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die aufgrund Artikel IX des geänderten Brüsseler Vertrages mit den Mitgliedern der deutschen Delegation in der Versammlung der WEU identisch sind, werden zu Beginn jeder Wahlperiode aufgrund des Gesetzes über die Wahl der deutschen Vertreter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Deutschen Bundestag gewählt. Die Mitglieder der deutschen Delegationen aller übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen werden von den Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke benannt. In zahlreichen internationalen parlamentarischen Versammlungen bzw. deren Ausschüssen und Gremien haben Mitglieder des Bundestages Funktionen übernommen, zum Beispiel als Vizepräsidenten, Schatzmeister, Ausschussvorsitzende oder Berichterstatter. Die bei allen Konferenzen gewonnenen Informationen und Erfahrungen fließen schließlich in die parlamentarische Arbeit des Deutschen Bundestages ein.

Die Konferenzen aller internationalen parlamentarischen Versammlungen werden durch Sitzungen der deutschen Delegationen am Sitz des Bundestages bzw. am jeweiligen Konferenzort vorbereitet, begleitet und ausgewertet. Über alle regulären Konferenzen und Sitzungen interparlamentarischer Versammlungen werden amtliche Unterrichtungen erstellt, die als Bundestagsdrucksachen verteilt und in den zuständigen Ausschüssen beraten werden. Sie enthalten die Beiträge der Mitglieder der deutschen Delegationen, weitere wichtige Debattenbeiträge sowie sämtliche Beschlüsse der Vollversammlung der jeweiligen Organisationen.

#### **Interparlamentarische Union (IPU)**

Ziel der 1889 gegründeten IPU ist der Erfahrung- und Meinungsaustausch zwischen Parlamentariern aller Länder zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Die IPU will darüber hinaus einen parlamentarischen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zum besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen erbringen. Der IPU gehören 153 nationale Parlamente sowie acht assoziierte parlamentarische Versammlungen an. Ihrem Selbstverständnis nach stellt die IPU die parlamentarische Dimension der VN dar. Ein Meilenstein auf diesem Weg war die Verleihung eines Beobachterstatus bei der Generalversammlung der VN im Jahr 2002.

Der Deutsche Bundestag ist seit 1951 Mitglied der IPU. Die zu den Konferenzen der IPU entsandte deutsche Delegation besteht aus acht Abgeordneten, die sich in der 16. Wahlperiode im Verhältnis 3:2:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Delegationsleiter ist der Präsident des Deutschen Bundestages Prof. Dr. Norbert Lammert. Die IPU kommt zweimal jährlich zu Konferenzen zusammen,

in der ersten Jahreshälfte auf Einladung verschiedener Parlamente der Welt, in der zweiten Jahreshälfte am Sitz des internationalen Sekretariats in Genf. Zu den zentralen Themen gehören die Förderung der Demokratie, die Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen, die Terrorismusbekämpfung, die Herausforderungen des globalen Klimawandels, die Sicherung der internationalen Energieressourcen und die Zusammenarbeit zwischen der IPU und den VN.

Im Berichtszeitraum hat die 118. Versammlung in Kapstadt (April 2008), die 119. Versammlung in Genf (Oktober 2008) und die 120. Versammlung in Addis Abeba (April 2009) stattgefunden. Deutsche Abgeordnete sind in folgenden IPU-Gremien tätig: Monika Griefahn (SPD) im Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) im Ausschuss für die Menschenrechte der Parlamentarier, Johannes Pflug (SPD) im Präsidium des Ausschusses für Frieden und internationale Sicherheit sowie Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) im Präsidium des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte. Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU) war für das Haushaltsjahr 2008 der IPU deren interner Rechnungsprüfer. In seinem Bericht hielt er fest, dass es nicht reiche, die Ordnungsmäßigkeit des Finanzberichts der Versammlung zu prüfen, sondern dass daneben auch die Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen untersucht werden müsse. Seine Prüfung unter diesen Kriterien hat erstmals eine Reihe von Einsparmöglichkeiten im Bereich der Reise- und Hotelkosten und dem Umgang der Mitarbeiter des Sekretariats der Versammlung mit Bonusmeilen sowie im Bereich der Projektarbeit der IPU aufgezeigt.

Außerdem war Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU) für die 120. Versammlung der IPU Berichterstatter zu dem Thema „Klimawandel, nachhaltige Entwicklungsmodelle und erneuerbare Energien“. Auf der Grundlage des von ihm vorgelegten Entschließungsentwurfs fordert die IPU ihre Mitglieder insbesondere dazu auf, die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen für die Energieversorgung zu unterstützen. Deutschland spielt beim Ausbau von erneuerbaren Energiequellen eine führende Rolle und fördert derzeit Energieprojekte in vielen Partnerländern. Hiermit wird ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur Friedenssicherung geleistet.

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments (ASGP)). Ziel der Vereinigung ist es, den Kontakt zwischen den Parlamentsverwaltungen zu stärken, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Die Verwaltung des Deutschen Bundestages ist seit der Frühjahrstagung 2009 mit einem gewählten Mitglied im Exekutivsausschuss der Vereinigung vertreten.

Unter den insgesamt sechs geopolitischen Gruppen in der Interparlamentarischen Union kommt der 1974 in Tokio gegründeten Gruppe der Zwölf Plus eine hohe Bedeutung zu. Der Name geht auf die EG-Staaten zurück, die 1974 den geographischen Kern der Gruppe bildeten. Heute gehören ihr die Mitgliedstaaten des Europarates (mit Aus-

nahme Russlands und der Ukraine) sowie Australien, Kanada, Neuseeland und Israel an. Das Europäische Parlament und die Parlamentarische Versammlung des Europarates sind Beobachter. Die Mitgliedstaaten dieser Gruppe fühlen sich durch gemeinsame politische Anschauungen, Wertvorstellungen und Ziele verbunden. Jedes Land entsendet zu den Beratungen der Gruppe zwei Parlamentarier. Die Gruppe der Zwölf Plus ist im Berichtszeitraum zu regelmäßigen Sitzungen jeweils an den Konferenzorten zusammengetreten. Die Gruppe stimmt sich in allen Bereichen der Beratungsthemen der IPU sowie der personellen und Sachentscheidungen ab.

Neben den jährlichen Konferenzen der IPU gibt es Sonder- und Regionalkonferenzen, Sitzungen ihrer Organe, Berichterstatterreisen der IPU sowie gemeinsame Konferenzen und Hearings mit den Vereinten Nationen. Abgeordnete des Deutschen Bundestages haben an der parlamentarischen Konferenz zur Welthandelsorganisation sowie der Sitzung ihres Lenkungsausschusses, an dem parlamentarischen Hearing bei den VN, der Sitzung der Beratergruppe des Ausschusses für Angelegenheiten der VN der IPU und der Berichterstatterreise dieser Beratergruppe nach Vietnam, dem Parlamentariertreffen anlässlich des Wiener Forums zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie dem Seminar der IPU zur Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen teilgenommen.

#### **Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV)**

Aus der 1975 in Helsinki gegründeten KSZE ist nach Ende des Kalten Krieges die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hervorgegangen. Ihr gehören alle Staaten in Europa, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die USA und Kanada an. 1991 auf Grund der „Charta von Paris“ für ein neues Europa in Madrid gegründet, hat es sich die OSZE PV zur Aufgabe gemacht, Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbewältigung zu entwickeln, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Mitgliedstaaten zu unterstützen und an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken. Der Parlamentarischen Versammlung gehören 56 Mitgliedsparlamente an. Der Deutsche Bundestag ist von Beginn an Mitglied und entsendet 13 Abgeordnete. Leiter der deutschen Delegation ist der Vizepräsident des Deutschen Bundestages Dr. h. c. Wolfgang Thierse. Hans Raidel (CDU/CSU) ist seit 2007 Schatzmeister der OSZE PV, Uta Zapf (SPD) leitet die Ad-hoc-Arbeitsgruppe Belarus.

Jährlich findet eine Jahrestagung der OSZE PV in einem Mitgliedsland statt. Im Berichtszeitraum waren dies die Tagungen in Astana im Juni/Juli 2008 sowie im Jahr darauf in Vilnius. Seit 2001 hält die Versammlung auch eine jährliche Wintertagung in Wien ab, zu der ebenfalls alle Delegierten eingeladen sind. Eine weitere Tagung hat sich jeweils im Herbst etabliert, die neben der Sitzung des Ständigen Ausschusses ein Forum Mittelmeer umfasst. Im Berichtszeitraum war Toronto 2008 der Tagungsort.

Daneben veranstaltet die OSZE PV Konferenzen, die sich vertieft mit spezifischen Einzelfragen der OSZE-„Körbe“ befassen. Im Berichtszeitraum fand eine Konferenz in Dublin zu den Auswirkungen der Finanzkrise statt. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema „Wahlbeobachtung“. Die Versammlung setzt sich dafür ein, dass Parlamentarier auch in Zukunft eine Schlüsselrolle bei Wahlbeobachtungen spielen. Regelmäßig nehmen Abgeordnete des Deutschen Bundestages an den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE PV teil, so im Berichtszeitraum an der Beobachtung der Wahlen in Georgien, Armenien, Serbien, Belarus, den USA, der Republik Moldau und Albanien. Im Übrigen nehmen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung an Wahlbeobachtungsmissionen teil.

### **Parlamentarische Versammlung des Europarates (ER PV)**

Der 1949 gegründete Europarat mit Sitz in Straßburg ist eine zwischenstaatliche politische Organisation, der 47 Mitgliedstaaten angehören. Zielsetzungen des Europarates sind der Schutz und die Stärkung der pluralistischen Demokratie und der Menschenrechte, die Behandlung aktueller politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen sowie die Förderung der kulturellen europäischen Identität. Er hat wesentlichen Anteil an der Schaffung eines europäischen Rechtsraumes und leistet wichtige Beiträge zur Integration der Transformationsländer. Deutschland ist seit 1950 Mitglied im Europarat. Die Parlamentarische Versammlung ist ein wichtiges institutionell verankertes Organ des Europarates.

Der Deutsche Bundestag entsendet 18 ordentliche Mitglieder in die Parlamentarische Versammlung, die sich in der 16. Wahlperiode nach dem Schlüssel 7:6:2:2:1 auf die Fraktionen verteilen. Die deutsche Delegation stellt mit ihrem Delegationsleiter Joachim Hörster (CDU/CSU) zugleich einen der Vizepräsidenten der ER PV. Professor Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD) ist Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Menschenrechte der Versammlung. Die Mitglieder der deutschen Delegation übernehmen regelmäßig Funktionen als Berichterstatter für die Ausschüsse der ER PV. Die Berichte werden im Plenum der ER PV diskutiert und die entsprechenden Entschlüsse bzw. Empfehlungen zur Abstimmung gestellt.

Die ER PV tritt viermal jährlich zu Plenartagungen, in der Regel in Straßburg, zusammen. Daneben finden zahlreiche Ausschusssitzungen in Straßburg und Paris sowie in den Mitgliedstaaten des Europarates statt. So tagte im März 2009 der Ausschuss für Recht und Menschenrechte der Versammlung auf Einladung des Deutschen Bundestages in Berlin.

Die Mitglieder der ER PV setzen sich mit zentralen gesellschaftlichen Problemen und Fragen der europäischen Politik auseinander. Seit Beginn der 1990er Jahre spielen besonders die Probleme beim Aufbau der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa eine wichtige Rolle. Im Berichtszeitraum standen u. a. der Konflikt zwischen den beiden Mitgliedern der ER PV Russland und Georgien sowie die Auseinandersetzung zwischen der ER PV und dem Ministerrat des Europarates zur Frage der Neuwahl

des Generalsekretärs des Europarates im Zentrum der Debatten.

Seit dem Jahr 2007 steht in jeder Sitzungswoche ein Sitzungstag unter einem bestimmten Schwerpunktthema. Bisher waren dies beispielsweise der Stand der Menschenrechte und der Demokratie in Europa oder Fragen des interkulturellen und interreligiösen Dialoges. Ein weiteres wichtiges Instrument der ER PV ist das Monitoringverfahren, in dem die Versammlung die Einhaltung der gemeinsam beschlossenen Standards in den Mitgliedstaaten überprüft. Weiterhin organisiert auch die ER PV Wahlbeobachtungsmissionen, an denen Mitglieder der deutschen Delegation regelmäßig teilnehmen.

### **Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV)**

Aufgabe der NATO PV ist es, den Diskussions- und Transformationsprozess des NATO-Bündnisses parlamentarisch zu begleiten. Die Versammlung versteht sich als Bindeglied zwischen den Parlamenten der 28 Mitgliedstaaten und dem Nordatlantikrat. Durch langjährige persönliche Beziehungen und das dadurch gewachsene Vertrauen können Meinungsverschiedenheiten offener angesprochen werden als zwischen Regierungsvertretern. Thematische Schwerpunkte sind die Kooperation zwischen der Europäischen Union und der NATO, die transatlantischen Beziehungen und das Verhältnis zur Russischen Föderation.

Die deutsche Delegation in der NATO PV, die von Dr. Karl Lamers (CDU/CSU) geleitet wird, besteht aus zwölf Mitgliedern des Deutschen Bundestages und sechs Mitgliedern des Bundesrates. Die Mitglieder des Bundestages verteilen sich in der 16. Wahlperiode nach dem Schlüssel 5:4:1:1:1 auf die Fraktionen. Regelmäßig übernehmen deutsche Mitglieder herausgehobene Funktionen in der NATO PV. So war der Delegationsleiter, Dr. Karl Lamers (CDU/CSU), bis Ende 2008 einer der Vizepräsidenten der NATO PV und übernahm dann den Vorsitz des Politischen Ausschusses von Markus Meckel (SPD). Der langjährige Schatzmeister der NATO PV, Lothar Ibrügger (SPD), dessen Amtszeit im März 2008 endete, wurde im Herbst 2008 zum Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie gewählt.

Die NATO PV tritt jährlich zu einer Frühjahrstagung und zu einer Herbsttagung in den Mitgliedstaaten zusammen. Gastgeber der Frühjahrstagung 2008 war die deutsche Delegation in der NATO PV. Der Einladung ins Reichstagsgebäude in Berlin folgten 750 Teilnehmer aus den Mitgliedsparlamenten. Die Herbsttagung 2008 fand in Valencia statt, die Frühjahrstagung 2009 in Oslo. Die fünf Fachausschüsse und deren Unterausschüsse tagen dreibis viermal jährlich. In den Ausschüssen werden die Berichte der zuvor gewählten Berichterstatter beraten. Während der Herbsttagungen verabschiedet die Versammlung entsprechende Resolutionen, die sich an den Rat und/oder die Mitgliedstaaten richten. Die Sondergruppe Mittelmeer tritt etwa zweimal jährlich zusammen. Zwischen den Plenartagungen tagt der Ständige Ausschuss, um über die laufenden Geschäfte zu beraten. Das sogenannte Rose-

Roth-Programm unterstützt Staaten bei der Bewältigung der Herausforderungen des Transformationsprozesses.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Diskussionen in der Versammlung gehörte im Berichtszeitraum die größte Operation des Bündnisses, die International Security-Assistance-Force-(ISAF)-Operation in Afghanistan. Daneben nahm das Verhältnis zur Russischen Föderation großen Raum in den Debatten ein, insbesondere angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und Georgien im August 2008. Die Abgeordneten beschäftigten sich auch verstärkt mit neuen Sicherheitsrisiken, die beispielsweise durch die Abhängigkeit von Energielieferungen, durch den Klimawandel in der Arktis und durch die Gefahr von Cyberangriffen entstehen.

#### **Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V)**

Ziel der Europäischen Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V) ist die parlamentarische Begleitung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Um dies zu unterstreichen, hat die Versammlung der Westeuropäischen Union im Mai 2008 ihren Namen und die Geschäftsordnung geändert. Mitglieder der Versammlung sind jetzt nicht mehr nur Parlamentarier aus den zehn Vertragsstaaten des geänderten Brüsseler Vertrages von 1954, sondern aus allen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Daneben nehmen Parlamentarier aus drei assoziierten Staaten und neun Partnerstaaten sowie Beobachter an den Sitzungen der Versammlung und ihrer Ausschüsse teil. Leiter der aus 18 Mitgliedern bestehenden deutschen Delegation und außerdem Vizepräsident der Versammlung ist Gerd Höfer (SPD). Weitere Funktionsträger der Versammlung sind ferner Doris Barnett (SPD) als Vorsitzende des Haushaltsausschusses und Axel E. Fischer (CDU/CSU), seit Dezember 2008 Vorsitzender des Ausschusses für Technologie und Raumfahrt.

Zweimal jährlich finden ordentliche Vollversammlungen in Paris statt mit dem Ziel, Entschließungen und Empfehlungen an den Rat der Westeuropäischen Union (WEU) sowie an die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der WEU zu beraten und zu verabschieden. Daneben tagen regelmäßig die sechs ständigen Ausschüsse. Einmal jährlich findet ein wissenschaftliches Kolloquium statt, so am 2. April 2009 in Berlin zum Thema „Zivil-militärische Zusammenarbeit beim Krisenmanagement“. Am 1. April 2009 besuchten Mitglieder des Verteidigungsausschusses und des Ausschusses für Technologie und Raumfahrt der Versammlung das Einsatzführungskommando der Bundeswehr bei Potsdam.

Die Abgeordneten beschäftigten sich im Berichtszeitraum kontinuierlich mit der Fortentwicklung der ESVP und mit ihren laufenden Missionen. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Krise im Südkaukasus und die Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias. Angesichts der bevorstehenden Unterzeichnung des Reformvertrages von Lissabon beschäftigte sich die Versammlung auch mit ihrer zukünftigen Rolle im Rahmen der ESVP.

#### **Ostseeparlamentarierkonferenz**

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) hat das Ziel, die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Die BSPC soll politische Aktivitäten in der Region initiieren und koordinieren, die demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten unterstützen und stärken sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft verbessern.

Jedes Mitgliedsparlament kann vier bis fünf Delegierte stellen. Die Delegation des Deutschen Bundestages wird in der 16. Wahlperiode vom Parlamentarischen Staatssekretär Franz Thönnies (SPD) geleitet. Neben dem Deutschen Bundestag entsenden auch die Landesparlamente von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen Delegationen. Die jährliche Plenarversammlung findet abwechselnd in den Mitgliedstaaten statt. Das Sekretariat der BSPC befindet sich beim Nordischen Rat in Kopenhagen.

Seit 2005 richtet die Konferenz Arbeitsgruppen ein, die die Funktionen von Ausschüssen wahrnehmen und sich für die Dauer von zwei Jahren mit speziellen Fragen des Ostseeraumes befassen. Ihre Arbeit wird in Form eines Abschlussberichtes der Konferenz zur Verabschiedung vorgelegt. So wurden 2007 die Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ unter dem Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Franz Thönnies (SPD) und die Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“ eingerichtet, in der Kurt Bodewig (SPD) den Vizevorsitz innehat.

Die 17. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz fand vom 31. August bis 2. September 2008 im schwedischen Visby statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Ostseeregion für den Umweltschutz und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sowie die Befassung mit dem Bericht des Rates der Ostseestaaten und dem Bericht über die Umsetzung des Überdüngungsberichtes der Ostseeparlamentarierkonferenz. Die Delegierten befassten sich ferner mit den Themen Klimawandel und Energieeffizienz, Energieversorgung und Sicherheit sowie Meerespolitik und -sicherheit.

Die 18. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz fand vom 31. August bis 1. September 2009 im dänischen Nyborg statt. Unter dem Generalthema der Konferenz: „Neue Sicherheits Herausforderungen“ befassten sich die Delegierten mit der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, der maritimen Sicherheit sowie neuen Sicherheitsbedrohungen. Des Weiteren beriet und billigte die Konferenz die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ und „Energie und Klimawandel“.

#### **Euromediterrane Parlamentarische Versammlung (EM PV)**

Die am 2. Dezember 2002 gegründete Euromediterrane Parlamentarische Versammlung (EM PV) soll den Gedankenaustausch zwischen den Parlamenten der Mittelmeerregion und der EU fördern, der euromediterranen Zusam-

menarbeit durch die stärkere Institutionalisierung der parlamentarischen Dimension neue Impulse verleihen und den Dialog der Kulturen verstärken. Die EM PV war bereits in den so genannten Barcelona-Prozess eingebunden und beteiligt sich derzeit an der Ausgestaltung der Union für den Mittelmeerraum. Die Union für den Mittelmeerraum wurde am 13. Juli 2008 in Paris gegründet und geht auf eine Initiative Frankreichs zurück.

Der Versammlung gehören derzeit 280 Parlamentarier an. 140 Mitglieder stellen die Parlamente von Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, den Palästinensischen Gebieten, Jordanien, dem Libanon, Syrien, der Türkei sowie von Mauretanien. Weitere 140 Abgeordnete stellen das Europäische Parlament (49), die Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (insgesamt 81) und andere Parlamente nördlicher Mittelmeeranrainerstaaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Union sind (jeweils zwei aus Montenegro, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Monaco). Libyen hat einen Beobachterstatus. Deutschland stehen drei Sitze in der EM PV zu. Delegationsleiter in der 16. Wahlperiode ist Hans Raidel (CDU/CSU).

Die Versammlung hat zur Bearbeitung ihrer Aufgaben vier ständige Ausschüsse zu den Themen Wirtschaft, Politik, Kultur und Rechte der Frauen sowie einen Ad-hoc-Ausschuss für Energie, Umwelt und Wasser eingerichtet. Die Tatsache, dass Parlamentarier aus den Anrainerstaaten des Mittelmeerraumes und aus den Mitgliedstaaten der EU zu diesen Themen in einen direkten Dialog treten können, verleiht der EM PV eine wichtige Funktion im kulturellen und politischen Austausch zwischen Europa, Israel und der arabischen Welt.

Im Berichtszeitraum trat die EM PV im März 2008 in Athen und im März 2009 in Brüssel zu ordentlichen Jahrestagungen zusammen. Im Oktober 2008 fand in Jordanien zusätzlich eine außerordentliche Sitzung statt. Neben dem Nahostkonflikt wurde in der EM PV im Berichtszeitraum insbesondere die Frage der Einbindung und Positionierung der EM PV zur Union für den Mittelmeerraum diskutiert. Auf der außerordentlichen Tagung in Jordanien wurde den Außenministern der an der Union für den Mittelmeerraum beteiligten Staaten empfohlen, die EM PV offiziell zu einem integralen Bestandteil der Union für den Mittelmeerraum zu erklären. Mit dieser Forderung befassten sich die Außenminister Anfang November 2008 in Marseille.

### **Parlamentspräsidentenkonferenzen**

Die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten der EU und die Parlamentspräsidenten der G8-Staaten treffen sich jährlich, die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten des Europarates alle zwei Jahre zum Meinungs- und Informationsaustausch zu parlamentsspezifischen Fragen. An diesen Konferenzen nimmt auch der Präsident des Europäischen Parlaments teil. Seit dem Jahr 2000 finden zudem alle fünf Jahre Weltparlamentspräsidentenkonferenzen statt.

An der sogenannten Großen Parlamentspräsidentenkonferenz der Mitgliedstaaten des Europarates im Mai 2008 nahm für den Deutschen Bundestag Vizepräsidentin Gerda Hasselfeld teil. Die Konferenzteilnehmer befassten sich mit der Frage der Interaktion zwischen Parlament und Zivilgesellschaft sowie mit den Möglichkeiten, die den nationalen Parlamenten und dem Europarat zur Förderung der grundlegenden Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zur Verfügung stehen.

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, nahm an den Parlamentspräsidentenkonferenzen der EU-Mitgliedstaaten teil, die im Juni 2008 in Lissabon und im Februar 2009 in Paris stattfanden. In Lissabon ging es u. a. um den Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon sowie um die Aufgaben der nationalen Parlamente und ihre Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament. Auf Einladung des französischen Parlaments diskutierten die Teilnehmer die institutionelle Zukunft der EU und die Umsetzung der Klauseln des Vertrags von Lissabon durch die nationalen Parlamente. Außerdem berieten die Präsidenten die Rolle der Parlamente während der jeweiligen Präsidentschaft des Mitgliedstaates im Rat der Europäischen Union.

Parallel zu den Gastgeberländern der G8-Gipfeltreffen fanden die G8-Parlamentspräsidentenkonferenzen im Jahr 2008 in Japan und im Jahr 2009 in Italien statt. Der japanische Parlamentspräsident hatte zur Diskussion des Beitrags der Parlamente zur Erhaltung von Frieden und zur Beförderung der Abrüstung nach Hiroshima eingeladen. Dort gedachte der Bundestagspräsident mit seinen Amtskollegen der Opfer des ersten Atombombenabwurfs auf eine Stadt im August 1945. Im Rahmen der G8-Parlamentspräsidentenkonferenz im September 2009 in Rom erörterte der Präsident des Deutschen Bundestages mit seinen Amtskollegen die Rolle der Parlamente bei der Förderung des interkulturellen Dialogs und der sozialen Integration. Zu dem Austausch der Präsidenten über das Thema der Rolle der Parlamente bei der Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität hatte der italienische Parlamentspräsident auch die Parlamentspräsidenten aus den Schwellenländern Ägypten, Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika eingeladen.

### **5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche**

Der Deutsche Bundestag unterhält internationale Beziehungen durch Parlamentariergruppen, die in Verbindung mit einem oder mehreren Staaten stehen. In der 16. Wahlperiode gab es 53 Parlamentariergruppen, wovon 35 bilaterale und 18 multilaterale Gruppen sind. Hinzu kam ein Länderbeauftragter für die Republik Moldau. Die Parlamentariergruppen stehen als interfraktionelle Zusammenschlüsse ohne Geschäftsordnung oder Satzung den Abgeordneten aller Fraktionen offen. Jeder Abgeordnete darf bis zu fünf Parlamentariergruppen angehören. Im Vorstand sind alle Fraktionen gleich stark vertreten. Die Zusammensetzung der weiteren Mitglieder ist nicht an die im Plenum bestehenden Mehrheitsverhältnisse gebunden.

Die Reisen und Besuche im Rahmen dieser bilateralen und multilateralen Parlamentariergruppen dienen dem kontinuierlichen Kontakt zu Abgeordneten der Partnerstaaten und dem fortlaufenden Dialog über die für sie wichtigen und politisch aktuellen Themen. Daneben treffen sich die Mitglieder mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Medien, um über die politische und gesellschaftliche Lage in den Partnerstaaten informiert zu sein.

Für bilaterale Parlamentariergruppen besteht die Möglichkeit, einmal in einer Wahlperiode eine Delegationsreise mit bis zu sieben Abgeordneten in den Partnerstaat durchzuführen. Den Parlamentariern des Partnerstaates gegenüber kann eine Einladung zu einem Gegenbesuch in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen werden. Für multilaterale Parlamentariergruppen gilt, dass sie zweimal in einer Wahlperiode in ausgewählte der in der Parlamentariergruppe zusammengefassten Staaten reisen können.

Sowohl die Reisen als auch die Besuche tragen zu einem besseren Verständnis der jeweils anderen Staaten bei, indem die Parlamentariergruppenmitglieder beziehungsweise ausländische Besuchsdelegationen einen umfassenden Einblick in die Funktionsweise des politischen Systems, in das Staats- und Rechtssystem, in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sowie in die Kultur erhalten. Da allein der freundschaftliche Bezug zu dem jeweiligen Partnerstaat beziehungsweise der Partnerregion im Vordergrund steht, können selbst politisch heikle Themen angesprochen werden, die bei offiziellen Gesprächen nicht immer behandelt werden. Dies trägt zu einem offenen und damit oft kritischen Dialog auch bei sehr sensiblen Themen bei. Nicht zuletzt leisten die Vielzahl und die unterschiedliche Herkunft der Gesprächspartner aus den verschiedensten Bereichen einen Beitrag zu einem gegenseitigen und ausgewogenen politischen Verständnis. Durch ihre besondere Sachkenntnis über den Partnerstaat beziehungsweise die Partnerregion sind die Parlamentariergruppen zu einem Ansprechpartner für ausländische Besuchsdelegationen mit unterschiedlichsten Interessen und Zielsetzungen geworden.

Im Folgenden wird eine Kurzübersicht über die Reisen und Gegenbesuche der Parlamentariergruppen in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Trotz vielfältiger anderweitiger Aktivitäten sind einige Parlamentariergruppen nicht genannt, da deren Reisen oder Gegenbesuche durch ausländische Delegationen in der ersten Hälfte der Wahlperiode stattgefunden haben.

#### **Parlamentariergruppe ASEAN**

*(Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam)*

Im Januar 2008 besuchte eine Delegation dieser Parlamentariergruppe Laos, Thailand und die Philippinen. In ihren Gesprächen über den weiteren Prozess der Integration der ASEAN-Staaten konnte sie an eine Vielzahl von Begegnungen mit Parlamentariern, Regierungsvertretern und Mitgliedern der Zivilgesellschaft aus ASEAN-Staaten in Berlin anknüpfen. Wiederholt wurde von Seiten der

Gesprächspartner auf die Geschichte der EU-Integration Bezug genommen, bei der Deutschland eine besonders aktive Rolle gespielt habe und weiterhin wahrnehme. Die gemeinsame Verantwortung für den Kampf gegen den Klimawandel, der maßgeblich durch die großen Industrienationen verursacht sei, wurde von den politischen Gesprächspartnern in Laos, Thailand und auf den Philippinen betont. Die Förderung der erneuerbaren Energien wurde als Notwendigkeit und Chance gesehen. Sie könne jedoch nur mit Unterstützung westlicher Partner gelingen. Darüber hinaus interessierten sich die Bundestagsabgeordneten für die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus, der für alle drei besuchten Staaten zu einem wesentlichen wirtschaftlichen Faktor werden kann. Die Delegation bereiste sowohl Thailand als auch die Philippinen in politisch unruhigen Zeiten. Sie warb bei Gesprächen mit Parlamentariern und Mitgliedern der Zivilgesellschaft für die Stärkung demokratischer Strukturen und die Eindämmung der Korruption.

#### **Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe**

*(Estland, Lettland, Litauen)*

Die Einbindung der baltischen Länder in EU und NATO wurde von der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe im Berichtszeitraum intensiv beobachtet und unterstützt. Die weitere Integration in diese westlichen Bündnisse genießt in allen drei Ländern hohe Priorität; entsprechende Bedeutung kommt der Zugehörigkeit zum Schengen-Raum seit Dezember 2007 zu. Mit einem Besuch im nordöstlichsten Teil der EU in der estnischen Grenzstadt Narva dokumentierte die Parlamentariergruppe im Rahmen ihrer Delegationsreise im Mai 2008 deshalb ihre Anerkennung für diesen Prozess. Gleichzeitig machten die Abgeordneten sich dort ein Bild von der problemlosen Umsetzung der Sicherheitserfordernisse. Weitere Stationen der Reise waren die baltischen Hauptstädte Tallinn, Riga und Vilnius. Alle drei Länder hatten nicht zuletzt durch intensive bilaterale Handelsbeziehungen mit Deutschland eine sehr positive Wirtschaftsentwicklung zu verzeichnen; allerdings gab es deutliche Anzeichen für ein langsames wirtschaftliches Wachstum. Die Bundestagsabgeordneten erörterten in Estland, Lettland und Litauen mit ihren politischen Gesprächspartnern aus Parlament und Regierung die negativen Folgen des Transformationsprozesses für die sozialen Entwicklungen in der Gesellschaft sowie die Abwanderung junger und begabter Menschen. Weitere Gesprächsthemen waren die Stellung der russischsprachigen Minderheiten und die nachlassende Verbreitung der deutschen Sprache. In allen drei Ländern traf sich die Delegation außerdem mit früheren Teilnehmern am Internationalen Parlamentsstipendium des Deutschen Bundestages, die sich zumeist in Alumni-Vereinigungen organisiert haben.

#### **Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Parlamentariergruppe**

Diese Parlamentariergruppe nahm sich insbesondere Fragen der parlamentarischen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union an. So waren während einer De-

legationsreise nach Belgien (Mai 2008) verbesserte Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente bei der EU-Gesetzgebung, die aktuelle Situation der EU vor der Ratifikationsphase des Vertrags von Lissabon sowie die Mechanismen der belgischen Politik im Umgang mit EU-Entscheidungen zentrale Themen des Meinungsaustauschs mit den Mitgliedern der belgischen Partnergruppe der Abgeordnetenversammlung und des Senats. Daneben wurde über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die Zusammenarbeit in Verkehr und Logistik gesprochen. Einen Schwerpunkt hierbei bildeten die Bestrebungen der belgischen Föderalregierung, in Kooperation mit den zuständigen deutschen Stellen durch die Reaktivierung der historischen Eisenbahntrasse „Eiserner Rhein“ die Verbindung zwischen Antwerpen und dem Ruhrgebiet zu verbessern.

#### **Parlamentariergruppe Bosnien und Herzegowina**

Die Parlamentariergruppe, die sich auf Beschluss des Ältestenrates vom Februar 2007 erst in der laufenden Legislaturperiode konstituiert hat, will mit ihrer Arbeit Bosnien und Herzegowina auf dem Weg der Annäherung an die Strukturen der EU begleiten und unterstützen. Vor diesem Hintergrund reiste eine Delegation im März/April 2008 nach Sarajewo, Mostar und Banja Luka. Im Mittelpunkt der politischen Gespräche sowohl auf der Staatsebene als auch auf der Ebene der Entitäten sowie mit dem Hohen Repräsentanten der internationalen Staatengemeinschaft und EU-Sonderbeauftragten für Bosnien und Herzegowina standen das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU und anstehende Reformen, insbesondere der Verfassung und der Polizei. Im Hinblick auf einen möglichen EU-Beitritt machte die Delegation aus Deutschland deutlich, dass dieser nur mit einem einheitlichen Bosnien und Herzegowina sowie einer stabilen Staatsregierung möglich sei.

#### **Deutsch-Brasilianische Parlamentariergruppe**

Die Deutsch-Brasilianische Parlamentariergruppe informiert sich regelmäßig über Themen von bilateralem Interesse wie etwa die sehr guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Brasilien, Aspekte der Energiepolitik und des Ressourcenschutzes sowie sozialpolitische Fragen. So standen im Dezember 2008 Energiepolitik und Ressourcenschutz, aber auch allgemeine wirtschaftspolitische Fragen im Mittelpunkt des Besuchs einer vierköpfigen Delegation der Brasilianisch-Deutschen Freundschaftsgruppe des Nationalkongresses in Berlin. In allen Gesprächen wurde wiederholt betont, dass es gerade in einem Land wie Brasilien als einem der größten Produzenten von Bioenergie, das über enorme natürliche Ressourcen verfügt und gleichzeitig vor großen sozialen Herausforderungen steht, darum gehen müsse, den ökonomischen Wert der Natur zu erkennen. Die brasilianischen Abgeordneten interessierten sich außerdem für das deutsche Wahlrecht, da in Brasilien an einer entsprechenden Reform gearbeitet wird. Bei Treffen mit den zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages gab es Gelegenheit für eine ausführliche Erörterung die-

ser für ein demokratisches Gemeinwesen zentralen Thematik. Darüber hinaus kamen die Rolle Brasiliens als „Global Player“ Südamerikas, seine diplomatischen Bemühungen bei regionalen Konflikten sowie die Rolle im Mercosur zur Sprache.

#### **Deutsch-Britische Parlamentariergruppe**

Eine Delegation der Deutsch-Britischen Parlamentariergruppe reiste im Juni 2008 zu einem Kurzbesuch nach London. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Zukunft der NATO und die Lage in Afghanistan. Im Rahmen intensiver Gespräche zwischen Fachpolitikern beider Parlamente gelang es, die jeweiligen Standpunkte zu diesen Themen vertieft kennenzulernen. Darüber hinaus wurde mit der britischen Seite über die Förderung erneuerbarer Energien und den Einsatz der Kernenergie zur Stromerzeugung diskutiert, wobei die Standpunkte zum Teil recht kontrovers waren.

#### **Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe**

Die Diskussion über die nicht immer konfliktfreie Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen prägte einen Delegationsbesuch von Mitgliedern des Nationalen Volkskongresses im Februar 2009 in Berlin und am Stahlstandort Duisburg. Die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf China und Deutschland sowie Konzepte zu deren Bewältigung waren Gegenstand von Gesprächen auf politischer Ebene, aber auch mit Unternehmensvertretern. Im Rahmen eines Workshops, an dem neben den chinesischen Gästen und Mitgliedern der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe auch Vertreter politischer Stiftungen und von sogenannten Think Tanks teilnahmen, fand ein intensiver Meinungsaustausch über die veränderte Rolle und gewachsene Verantwortung der Volksrepublik China in der internationalen Staatengemeinschaft statt. Es gab unterschiedliche Auffassungen zu der Frage, ob China weiterhin Partner deutscher Entwicklungszusammenarbeit sein sollte.

#### **Deutsch-Französische Parlamentariergruppe**

Die Deutsch-Französische Parlamentariergruppe ist ein wichtiges Bindeglied in den besonders intensiven und vielschichtigen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der französischen Nationalversammlung. Ihr Ziel ist es, durch den offenen Meinungsaustausch zu politisch relevanten Themen und in persönlichen Kontakten das Verständnis für die Positionen des Partnerlandes zu vertiefen. Dabei spielt das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung Deutschlands und Frankreichs für die Entwicklung der Europäischen Union eine maßgebliche Rolle. In dieser Rahmensetzung führten die Freundschaftsgruppen des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale im Berichtszeitraum ihr 6. und 7. Parlamentarierkolloquium „Paris-Berlin“ durch, zu dem regelmäßig deutsche, französische und europäische Politiker, Vertreter unterschiedlichster Organisationen aus Wirtschaft und Wissenschaft oder andere Experten eingeladen werden. Während es beim 6. Parlamentarierkollo-

quium im April 2008 in Lyon um das Thema „Öffentliche Sicherheit und individuelle Freiheitsrechte“ ging, wurde im Januar 2009 in Hamburg „Europäische Industriepolitik im Bereich der Luft- und Raumfahrt“ diskutiert.

In Anknüpfung an die im April 2008 in Lyon behandelten Themen informierte sich im Juni 2008 eine Delegation französischer Abgeordneter bei Gesprächen mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamts in Wiesbaden sowie mit dem Präsidenten der Bundespolizeidirektion für den Flughafen Frankfurt/Main über die bilaterale und europäische Sicherheitszusammenarbeit. Weitere Gesprächsthemen dieses Deutschlandbesuchs der französischen Parlamentarier waren die interregionale Zusammenarbeit und die deutsch-französische Kooperation in den Bereichen Kultur und Bildung.

Im November 2008 reisten acht Mitglieder des Bundestages im Rahmen des 6. Hospitantenprogramms nach Frankreich. Ziel dieses regelmäßig durchgeführten Austauschprogramms ist es, im persönlichen Kontakt mit einem Partnerabgeordneten Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Arbeitsweise zu erkunden, um so das Verständnis für das Nachbarland zu vertiefen. Dabei konnten die deutschen Abgeordneten ihre Kollegen im Wahlkreis bei Begegnungen mit Bürgern, bei Veranstaltungen der örtlichen Parteigremien, bei Gesprächen in den lokalen Einrichtungen sowie in Paris am Sitz des Parlaments bei der Arbeit begleiten.

#### **Deutsch-Griechische Parlamentariergruppe**

Sowohl eine Delegationsreise nach Griechenland (Mai 2008) als auch den Gegenbesuch griechischer Abgeordneter in Deutschland (September 2008) nutzten Mitglieder dieser Parlamentariergruppe für einen intensiven Informations- und Meinungsaustausch, der ein weites Spektrum an Themen abdeckte. In Athen wurde die Problematik von aus der Türkei kommenden Wirtschaftsflüchtlingen afrikanischer Abstammung erörtert, bei deren Lösung sich die griechische Seite eine engere Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung seitens der EU-Mitglieder wünschte. In Berlin ging es dagegen u. a. um neue Ziele in der weiteren Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang wurden als Schwerpunkte die Themen Energiepolitik, Katastrophenschutz und regionaler Tourismus von den Abgeordneten erörtert. Sozialprojekte auf den Gebieten Pflege, Behinderte und Jugend standen ebenfalls auf dem Programm der griechischen Gäste.

#### **Deutsch-Indische Parlamentariergruppe**

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung der Regionalmacht Indien, die innen- und außenpolitischen Herausforderungen durch die zahlreichen Volksgruppen und Religionen sowie die traditionell belasteten Beziehungen zwischen Indien und Pakistan sind regelmäßige Themen für die Arbeit der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe. Fragen sowohl der inneren wie der äußeren Sicherheit wurden daher auch im Rahmen einer Delegationsreise im Januar/Februar 2008 erörtert. Angriffe auf die

christliche Minderheit in Orissa und an anderen Orten, die sich kurz vor der Reise ereignet hatten, bildeten dazu bedauerlicherweise einen aktuellen Bezug. Ein weiterer Fokus der Delegationsreise lag auf den vielfältigen bilateralen deutsch-indischen Beziehungen, die von intensiven politischen Kontakten auf allen Ebenen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit sowie Investitionsaktivitäten deutscher Unternehmen bis hin zu Schüleraustauschen reichen.

Neben der Hauptstadt Neu Delhi wurden mit Kerala und Assam zwei sehr unterschiedliche Bundesstaaten besucht. Während Kerala wirtschaftlich erfolgreich und politisch wie sozial stabil ist, handelt es sich bei Assam um einen wirtschaftlich rückständigen Bundesstaat, der seit Jahrzehnten unter militanten Gruppen zu leiden hat. Gleichzeitig ist Assams Hauptstadt Guwahati eine der weltweit am schnellsten wachsenden Städte, was entsprechende Herausforderungen an den infrastrukturellen Ausbau stellt. Der Aufenthalt der Delegation in diesem entlegenen Bundesstaat war der erste offizielle Besuch aus Deutschland dort überhaupt und wurde von den einheimischen Medien entsprechend positiv hervorgehoben. Alle Gesprächspartner der Bundestagsabgeordneten sowohl in Assam als auch in Neu Delhi machten immer wieder deutlich, dass die Bekämpfung der vor allem in den ländlichen Gebieten herrschenden Armut erklärtes Ziel ihrer Politik sei. Die gemeinsamen demokratischen Grundwerte, der gemeinsame Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die damit verbundene Hoffnung auf eine allgemeine Stabilisierung der südasiatischen Region einerseits sowie eine Lösung des Konflikts in Afghanistan und das Ziel eines erfolgreichen zivilen Wiederaufbaus andererseits prägten die politischen Gespräche auf allen drei Stationen während der Delegationsreise.

#### **Deutsch-Irische Parlamentariergruppe**

Das Referendum zum Vertragswerk von Lissabon, das im Juni 2008 in Irland mit einem ablehnenden Votum beendet wurde, stand im Mittelpunkt der Gespräche sowohl beim Besuch einer Delegation der irischen Freundschaftsgruppe im Januar 2008 in Deutschland als auch bei einer Delegationsreise der Deutsch-Irischen Parlamentariergruppe in das Partnerland im Oktober 2008. Die deutsche Delegation wurde kurzfristig zu einer Anhörung des Unterausschusses „Ireland's future in the European Union“ des irischen Parlaments eingeladen, der über die weitere Zukunft Irlands in der Europäischen Union beriet. Die Mitglieder des Bundestages beantworteten Fragen zur Ausgestaltung der Beteiligung des Bundestages an Verfahren der europäischen Rechtssetzung und zur Möglichkeit, die EU-Politik der Bundesregierung zu beeinflussen. In der lebhaften Debatte wurden verschiedene Standpunkte sowohl zu den Perspektiven des Vertrages von Lissabon nach der Ablehnung durch die Mehrheit der irischen Bevölkerung als auch zur Ausgestaltung der Rechte von Parlamenten bei europäischen Rechtsakten deutlich. Zu den Themen Migration und Integration, die in Irland zunehmend an Brisanz gewinnen, wurden die Delegationsmitglieder nach den deutschen Erfahrungen befragt. Die Mitglieder der Deutsch-Irischen Parlamentarier-

gruppe informierten sich außerdem im County Kerry, dem Wahlkreis des irischen Parlamentspräsidenten, über Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in ländlichen Räumen Irlands.

#### **Deutsch-Italienische Parlamentariergruppe**

Die Aktivitäten und Gespräche von Mitgliedern dieser Parlamentariergruppe waren im Berichtszeitraum u. a. vom Bemühen um die Intensivierung des deutsch-italienischen Jugendaustausches geprägt. Es gelang der Parlamentariergruppe, den Anstoß für eine Internetplattform für den bilateralen Jugendaustausch zu geben, deren Einrichtung von den Außenministern Italiens und Deutschlands vereinbart wurde. Sowohl bei Gesprächen mit italienischen Journalisten und dem Leiter des Italienischen Kulturinstituts in Berlin als auch anlässlich der Delegationsreise von Mitgliedern der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe nach Neapel und Rom im Frühjahr 2009 wurde über das Deutschlandbild in Italien und das Italienbild in Deutschland sowie über die Veränderungen in der italienischen Parteienlandschaft diskutiert. Die Delegationsreise nach Neapel und Rom stand darüber hinaus im Zeichen der Verbesserung der deutsch-italienischen Kooperation im Bereich der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität. Die Delegation, die Italien kurz nach einem verheerenden Erdbeben in den Abruzzen besuchte, wandte sich nach ihrer Rückkehr mit einem Spendenaufruf an die Mitglieder des Bundestages.

#### **Deutsch-Kanadische Parlamentariergruppe**

Während einer Delegationsreise dieser Parlamentariergruppe im Mai 2008 nach Ottawa, Montreal und Québec standen außen- und sicherheitspolitische Fragen im Mittelpunkt des Interesses. Im Gespräch mit der kanadischen Seite wurden die zum Teil differierenden Positionen über die weiterzuentwickelnde Strategie des internationalen Militäreinsatzes in Afghanistan deutlich. Darüber hinaus wollten die Mitglieder der Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe während ihres Aufenthalts in ihrem Partnerland vor allem Informationen über die dortigen Erfahrungen als Einwanderungsland erhalten und Konzepte zur Integration von Migrantinnen sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in die Gesellschaft kennenlernen. Die kanadischen Gesprächspartner warben darüber hinaus für einen verstärkten Jugendaustausch und intensivere akademische Beziehungen mit Deutschland. Sie baten außerdem um Erläuterungen der politischen Konzepte von Bundestag und Bundesregierung zum Klimawandel und zur Förderung erneuerbarer Energien. Schließlich war die Zukunft des kommerziellen Walfangs Gegenstand mehrerer kontroverser Gespräche.

#### **Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten**

*(Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien)*

Während des Besuchs einer Delegation der algerischen Nationalversammlung im Oktober 2008 in Berlin wurden aktuelle innen- und außenpolitische Themen mit Vertre-

tern verschiedener Ausschüsse des Bundestages, von Ministerien und Nichtregierungsorganisationen erörtert. Im Zentrum des Interesses standen dabei bildungs- und wirtschaftspolitische Fragen, das globale Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus, aber auch (von deutscher Seite angesprochen) die Rolle Algeriens im Westsaharakonflikt.

Ebenfalls im Oktober 2008 informierten sich Mitglieder der Parlamentariergruppe im Rahmen einer Delegationsreise nach Marokko und Libyen über die innen- und außenpolitische Situation dieser beiden Länder. Bei den Gesprächen in Marokko ging es im Wesentlichen um Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und um den Westsaharakonflikt. Ferner konnten sich die Bundestagsabgeordneten ausführlich über den Fortgang der Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen informieren, die zwischen 1956 und 1999 in den sogenannten bleiernen Jahren begangen wurden. In Libyen stand die Mittelmeerunion im Mittelpunkt der Diskussionen, die von Libyen nicht unterstützt wird, da sowohl die Zusammensetzung als auch die Verhandlungsführung der Union von libyscher Seite nicht akzeptiert werden.

#### **Deutsch-Maltesische Parlamentariergruppe**

Im Mittelpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe steht der Ausbau der deutsch-maltesischen Zusammenarbeit in politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht. Einen Schwerpunkt bilden die Intensivierung der Forschungszusammenarbeit und die universitäre Kooperation. Seit dem EU-Beitritt im Jahre 2004 gelten auch für Malta die europäischen Bestimmungen, die das kleinste Land der Europäischen Union vor neue Herausforderungen stellen. Während einer Delegationsreise nach Malta im März 2009 haben sich die Bundestagsabgeordneten in zahlreichen Gesprächen ein Bild von der Situation der illegalen Einwanderung auf Malta gemacht. Die Delegation bekam den Eindruck, dass Malta gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise den Strom an Flüchtlingen nicht mehr bewältigen kann und auf intensive Hilfe durch die europäischen Staaten angewiesen ist. Seit Winter 2008 verschlechterte sich nach Ansicht der Gesprächspartner die Lage, da so viele Einwanderer wie nie zuvor Malta erreicht hätten. Die Drohung einiger internationaler Organisationen, das Land zu verlassen, wenn sich die humanitären Bedingungen für die Flüchtlinge nicht verbessere, habe die Befürchtung einer Verschlimmerung der Situation der einheimischen Bevölkerung und der Einwanderer ausgelöst. Ein weiteres Thema der Reise war der Austausch über Möglichkeiten des Umweltschutzes für Malta. Das Land leidet unter einem großen Mangel an Wasser; die Energie- und Wasserkosten sind für große Teile der Bevölkerung nicht mehr bezahlbar. In diesem Zusammenhang regte die Delegation an, auf Malta die Möglichkeiten von Solar- und Windenergie zu nutzen.

#### **Deutsch-Mexikanische Parlamentariergruppe**

Wiederholt hat sich die Deutsch-Mexikanische Parlamentariergruppe in der Berichtszeit mit zentralen Problemen der mexikanischen Innenpolitik befasst; allen voran mit

der Sicherheitslage, die durch Drogenschmuggel, organisierte Kriminalität und deren Bekämpfung durch die mexikanische Armee gekennzeichnet ist, sowie mit der Zukunft der Energieversorgung. Beide Problemkreise wurden ausführlich beim Besuch einer vierköpfigen Delegation der Mexikanisch-Deutschen Freundschaftsgruppe des Nationalkongresses im Januar 2009 in Deutschland erörtert. Eine Reihe von Gesprächspartnern würdigte die Bemühungen Mexikos, als wichtigstes Transitland für Drogen in die USA gegen die mächtigen Kartelle vorzugehen, äußerten sich dabei aber auch besorgt über die mit dem Militäreinsatz vielfach verbundenen Menschenrechtsverletzungen. Mitglieder des Bundestages wie der Bundesregierung setzen sich für eine grundsätzliche Energiereform in Mexiko und einen verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien ein, da sich die bisher erschlossenen Ölreserven in absehbarer Zeit erschöpfen werden. Ausdrücklich warben sie für eine Beteiligung an der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA). Weitere Schwerpunkte des Besuchs lagen für die mexikanischen Abgeordneten in der Information über das deutsche duale Ausbildungssystem sowie über kommunale Infrastruktur und Versorgung.

**Deutsch-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe**  
(*Belize, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Nicaragua, Panama*)

Die Entwicklung der Länder Mittelamerikas und der Karibik in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist Gegenstand der Arbeit in dieser Parlamentariergruppe. Mit Haiti und Nicaragua besuchte eine Delegation im Januar/Februar 2009 die beiden ärmsten Länder der westlichen Hemisphäre. Daher standen in Haiti auch die Armutsbekämpfung, die unterschiedlichen Anstrengungen deutscher wie internationaler Hilfsorganisationen sowie die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen im Mittelpunkt der Gespräche der Bundestagsabgeordneten. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit mit Haiti ist der Katastrophenschutz. In dem Zusammenhang spielt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Dominikanischen Republik eine wichtige Rolle. Vor Ort konnte sich die Delegation einen Eindruck der Verwüstungen durch die Wirbelstürme des Herbstes 2008 sowie von grenzüberschreitenden Projekten verschaffen. Die deutschen Abgeordneten stimmten mit ihren haitianischen Gesprächspartnern aus Parlament und Regierung darin überein, dass politische Konsolidierung und soziale Perspektiven einander bedingen und wichtige Voraussetzungen für ein Ende der extremen Armut und der tagtäglichen Gewalt sind.

Die politischen Gespräche in Nicaragua drehten sich hauptsächlich um die von der Opposition und der internationalen Gemeinschaft erhobenen Vorwürfe des Wahlbetrugs bei den Kommunalwahlen im November 2008. Bereits im Vorfeld der Wahlen war es zu Verstößen gegen demokratische Regeln gekommen. Als Konsequenz hatte die EU ihre Budgethilfe für Nicaragua eingestellt. Im Parlament wiesen Vertreter der sandinistischen Regierung und der Regierungsparteien die Vorwürfe wiederholt zu-

rück und versuchten, diese zu entkräften. Die Delegation aus dem Bundestag thematisierte außerdem das gerade im nicaraguanischen Parlament verabschiedete rigide Abtreibungsgesetz, das Abtreibung auch bei medizinischer Indikation unter Strafe stellt. Gesprächsthema war zudem die mögliche Ausgestaltung eines Assoziierungsabkommens zwischen Zentralamerika und der EU. Daneben informierten sich die Abgeordneten über wichtige Projekte der nachhaltigen Ressourcennutzung, die von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit nicaraguanischen Partnern getragen werden.

**Deutsch-Niederländische Parlamentariergruppe**

Die Deutsch-Niederländische Parlamentariergruppe versteht sich als Forum für den Meinungs austausch auf parlamentarischer Ebene zwischen Abgeordneten beider Länder. Beim Berlinbesuch einer Delegation von Abgeordneten der Zweiten Kammer des Niederländischen Parlaments im März 2009 wurden verschiedene Themen von bilateralem Interesse behandelt. Die Diskussionen über die Energieversorgungssicherheit der Zukunft und über die Strategien zur Bewältigung der Folgen der Finanzkrise ergaben ähnliche Fragestellungen, Standpunkte und Interessenlagen auf niederländischer und deutscher Seite. Ein weiterer Programmpunkt war der Erfahrungsaustausch über die unterschiedlichen Wege zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus wurde über die Bildungspolitik in Deutschland gesprochen, wobei das System der beruflichen Bildung, Modelle zur Förderung benachteiligter Jugendlicher sowie Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung eine besondere Rolle spielten. Außerdem erörterten die Abgeordneten – anknüpfend an die bereits im Oktober 2007 in Den Haag diskutierten Fragen – den Stand des Ausbaus der Schienenverkehrsverbindungen „Betuwe-Linie“ und „Eiserner Rhein“.

**Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe**  
(*Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden*)

Die Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe steht im regelmäßigen Kontakt zu den Botschaften der nordischen Länder sowie zu Parlamentariern aus der Region, die sich zu Besuchen in Deutschland aufhalten, und verfolgt so die politischen Entwicklungen in den Ländern. Bei zahlreichen Gesprächsterminen ging es um die Themen Energiepolitik und Umweltschutz, aber auch um Fragen der Sozialsysteme sowie um die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, insbesondere in Island. Der Besuch einer Delegation von Abgeordneten des norwegischen Storting im Februar 2008 befasste sich in einem Fachgespräch eingehend mit Fragen der Energiepolitik und des Klimawandels, bei dem die unterschiedlichen Ansätze in Deutschland und in Norwegen zur Sprache kamen. Diese Themen waren auch Gegenstand eines Gesprächs, das die norwegischen Abgeordneten mit Experten des Auswärtigen Amtes führten, die sich – nicht zuletzt wegen der Implikationen für Frieden und Sicherheit – für ein internationales Abkommen zum Klimaschutz aussprachen. Weitere Informationsgespräche kreisten um die Zukunfts-

fähigkeit der Gesundheitsversorgung und die dazu nötigen Reformen sowie um Arbeitsmarktstrategien.

Klimawandel und Energiepolitik standen im Mittelpunkt einer Delegationsreise im Juni 2008. Sie diente dazu, sich über die jeweilige Strategie Dänemarks einschließlich Grönland und Islands zu informieren, mit der der globalen Herausforderung stetig steigender Energiepreise und sich beschleunigender klimatischer Veränderungen begegnet wird. Die Delegation machte sich mit den neuen Technologien in diesem Sektor vertraut und zeigte sich beeindruckt von den Erfolgen bei den Bemühungen dieser nordischen Länder, einen immer größeren Anteil an erneuerbaren Energien einzusetzen und gleichzeitig den Anteil an fossilen Brennstoffen weiter zu reduzieren. Aber auch das sich bereits zu diesem Zeitpunkt abzeichnende Ende der Jahre des wirtschaftlichen Booms und die damit verbundene Frage einer denkbaren zukünftigen Mitgliedschaft Islands in der EU wurde von den Abgeordneten thematisiert.

#### **Parlamentariergruppe Östliches Afrika**

*(Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Somalia, Sudan, Uganda)*

Ein Fokus der Arbeit der Parlamentariergruppe lag weiterhin auf den kriegesischen Auseinandersetzungen im Sudan und in Somalia sowie auf dem Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen. Aber auch der völlig unerwartete Gewaltausbruch nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im als stabil geltenden Kenia hat gezeigt, wie fragil die politische Lage in diesen Staaten ist. Die Parlamentariergruppe stößt dabei immer wieder auf die Frage eines friedlichen Zusammenlebens der zahlreichen verschiedenen Ethnien. Eine Hauptaufgabe sieht sie darin, Staaten beim Aufbau demokratischer Staatsformen und bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Entwicklungszusammenarbeit auf den Gebieten Friedenssicherung, Konfliktprävention, Umweltschutz sowie Verbesserung der Infrastruktur.

Auf der Delegationsreise nach Äthiopien im März 2008 spielte zum einen die innenpolitische Situation vor den anstehenden Kommunalwahlen bei dem Hintergrund der Auseinandersetzungen über den Ausgang der Parlamentswahlen 2005 eine Rolle. Die Delegation gewann den Eindruck, dass sich das Land in einer relativ stabilen politischen Periode befindet, die potenziellen Auswirkungen demographischer Verschiebungen zugunsten islamischer Bevölkerungsanteile allerdings unsicher sind. Zum anderen wurde das Verhältnis zu den Nachbarn Sudan und Somalia, die Krisensituation in diesen Ländern sowie das gestörte Verhältnis zu Eritrea thematisiert. Die Einflussmöglichkeiten auf den Sudan scheinen begrenzt, die friedliche Beilegung des Grenzkonflikts mit Eritrea dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Das Hauptinteresse aller Gesprächspartner einer kenianischen Abgeordnetendelegation, die sich im September 2008 in Deutschland aufhielt, war gekennzeichnet durch die politische Situation nach den ethnischen Unruhen in-

folge der Wahlen. Alle Mitglieder der Delegation waren Angehörige einer großen Koalition, die seit März 2008 im Amt ist, und interessierten sich sehr für die Arbeit der großen Koalition in Deutschland. Sie baten die deutschen Gesprächspartner um weitere Unterstützung bei der Demokratieimplementierung. Außerdem plädierten sie dafür, die vom Auswärtigen Amt nach den Unruhen veröffentlichten Reisewarnungen aufzuheben, weil die Touristengebiete von den Unruhen nicht betroffen gewesen seien und der Tourismus eine der Haupteinnahmequellen Kenias darstelle.

Bei dem Delegationsbesuch äthiopischer Abgeordneter im Dezember 2008 hat sich der Eindruck verstärkt, dass immer noch zahlreiche Probleme zwischen Äthiopien und Somalia sowie Eritrea bestehen. Außerdem wurde die Gelegenheit genutzt, sich über mögliche Maßnahmen gegen Piraterie vor den Küsten Somalias auszutauschen. Die Delegation aus Äthiopien konnte sich in zahlreichen Gesprächen über demokratische Grundsätze, den Föderalismus und die Arbeitsweise des Parlaments informieren. Von deutscher Seite wurde das geplante Gesetz zur Regelung der Arbeit für Nichtregierungsorganisationen kritisiert.

#### **Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe**

Im März 2009 besuchte eine Delegation der Polnisch-Deutschen Parlamentariergruppe aus dem Sejm Berlin und Niedersachsen. Das Thema „Erinnerungskultur in Europa“ und die europäische Energiesicherheit standen im Mittelpunkt der Gespräche in Berlin. Die Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen wurden von den polnischen Abgeordneten mehrfach scharf kritisiert. Die Mitglieder der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe des Bundestages bezogen unterschiedliche Positionen hierzu. Anlässlich eines Besuchs des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung informierten sich die Abgeordneten über das Projekt eines deutsch-polnischen Geschichtsbuchs. Die polnischen und die deutschen Parlamentariergruppenmitglieder stimmten darin überein, dass das Verhältnis zwischen beiden Ländern durch einen verstärkten Jugendaustausch, die Unterstützung der Arbeit des Deutsch-Polnischen Jugendwerks und die Intensivierung von Städtepartnerschaften weiter verbessert werden kann.

#### **Deutsch-Rumänische Parlamentariergruppe**

Im Rahmen einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Rumänien im Herbst 2008 nahmen die Bundestagsabgeordneten an den von der Deutschen Botschaft in Bukarest ausgerichteten Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit teil. Die hohe Wertschätzung der rumänischen Gesprächspartner für das wiedervereinigte Deutschland wurde dabei deutlich zum Ausdruck gebracht. Neben politischen Gesprächen in Bukarest trugen Aufenthalte im ländlichen Raum und in verschiedenen mittelgroßen Städten Rumäniens dazu bei, dass sich die Delegation ein Bild von der schlechten Lage großer Teile der rumänischen Bevölkerung machen konnte. Die stark verbreitete Korruption war ein wichtiges Thema der Ge-

sprache der Delegationsmitglieder mit rumänischen Parlamentariern und Regierungsmitgliedern. Die deutsche Seite wies zudem immer wieder darauf hin, dass in den Bereichen Sozial- und Gesundheitspolitik sowie bei der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen Verbesserungen nötig seien. Der nur schrittweise vorangehende Prozess der EU-Integration Rumäniens wurde von den deutschen Parlamentariern problematisiert, wogegen die Mehrzahl der rumänischen Gesprächspartner diesbezüglich eine eher optimistische Sichtweise vertrat. Spannungen zwischen Rumänien und der Republik Moldau waren ebenfalls Gesprächsthema. In Rumänien besteht Besorgnis über den Erhalt der kulturellen Identität der Rumänen, die in der Republik Moldau die Bevölkerungsmehrheit stellen. Im Donaudelta informierte sich die Delegation über das dortige Biosphärenreservat und die Chancen für einen nachhaltigen Tourismus in der Region. Auf dem Programm standen zudem Gespräche mit Vertretern der deutschen Minderheit.

### **Deutsch-Russische Parlamentariergruppe**

Die Wahl von US-Präsident Barack Obama sowie die globale Finanzkrise standen im Mittelpunkt aller Gespräche, die Abgeordnete der russischen Staatsduma während ihres Gegenbesuchs in Deutschland im November 2008 führten. Trotz unterschiedlicher Auffassungen in vielen wichtigen Politikfeldern signalisierten die russischen Parlamentarier ihre Bereitschaft zur Verbesserung der derzeitigen schlechten Beziehungen zwischen Russland und den USA. Sie bewerteten den neuen US-Präsidenten positiv im Hinblick darauf, dass er der Außenpolitik seines Landes einen großen Stellenwert gebe, äußerten sich aber zugleich skeptisch angesichts seiner politischen Unerfahrenheit. Die deutsche Seite kritisierte die Reaktion Russlands auf den Konflikt mit Georgien im Südkaukasus als unangemessen und konstatierte einen Rückgang des Interesses an ausländischen Investitionen in Russland seit Ausbruch des Konflikts. Weitere Gesprächsthemen waren das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland, die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie die Vorbereitung der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi. Die deutschen und russischen Abgeordneten verabredeten für die weitere Arbeit in ihren Parlamentariergruppen, gemeinsame Lösungen für die Bekämpfung von in beiden Ländern bestehenden Vorurteilen und Problemen zu finden.

### **Parlamentariergruppe SADC-Staaten**

*(Angola, Botsuana, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland, Tansania)*

Einen Schwerpunkt der Arbeit der Parlamentariergruppe bildete die Vorstellung und Bewertung des von der Southern African Development Community (SADC) unter Führung von Tansania erarbeiteten regionalen strategischen Entwicklungsplans. Damit sollen u. a. Armut und Krankheiten bekämpft und die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Länder dieser Region

vorangetrieben werden. Weiteres Schwerpunktthema der Parlamentariergruppe sind die Menschenrechtsverletzungen in einigen der SADC-Mitgliedstaaten. Insbesondere Frauen und Kinder werden in den Bürgerkriegsgebieten systematisch misshandelt. Der Parlamentariergruppe ist es ein Anliegen, Möglichkeiten zur medizinischen und psychologischen Betreuung der Opfer zu finden.

Vom Problem der Massenvergewaltigungen und dem Umgang damit in Parlament und Regierung konnte sich die Parlamentariergruppe bei ihrer Delegationsreise in die Demokratische Republik Kongo im April 2008 ein Bild machen. Dabei wurden auch Gespräche im besonders kriegserschütterten Ostkongo geführt, wo die Menschenrechtssituation weiterhin völlig unbefriedigend ist. Die Delegation konnte feststellen, dass erst langsam ein Bewusstseinswandel in Bezug auf die Verantwortung der Regierung und der demokratischen Instanzen für die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen einsetzt, aber auch, dass sich Opfer vermehrt an Hilfsorganisationen wenden. Die Delegation bezeichnete die demokratische Entwicklung als stagnierend, nachdem man nach den erfolgreich verlaufenden Wahlen 2006 noch Zeichen der Ermutigung und Beruhigung gesehen hatte.

Während einer Delegationsreise nach Angola, Namibia und Südafrika im Juli 2009 diskutierten die Bundestagsabgeordneten in Gesprächen mit Regionalorganisationen wie dem SADC-Tribunal, dem SADC Parliamentary Forum und der Southern Africa Customs Union die Hindernisse und Perspektiven für eine weitere Integration der SADC-Staaten. Die Delegationsmitglieder gewannen sowohl in der angolanischen Hauptstadt Luanda als auch in ländlichen Gebieten einen Eindruck davon, wie stark die Infrastruktur des Landes nach einem fast dreißigjährigen Bürgerkrieg immer noch zerstört ist. Wirtschaftliches Wachstum trägt nur in geringem Maße zur Verbesserung der Lebenssituation der Mehrheit der Bevölkerung bei. Der Präsident der angolanischen Nationalversammlung und eine große Zahl von angolanischen Abgeordneten äußerten starkes Interesse an einer Vertiefung der beiderseitigen parlamentarischen Kontakte. Ähnlich verhielten sich die Vertreter des Parlaments von Namibia, wo die Delegation verschiedene Gespräche zu den Themen gute Regierungsführung, Stärkung rechtsstaatlicher Institutionen und Programme zur Eindämmung von HIV/AIDS führte. Bei einem mehrstündigen Treffen mit oppositionellen Abgeordneten des Movement for Democratic Change aus Simbabwe, die dafür eigens nach Johannesburg gereist waren, gelang es, detaillierte Informationen über die von außen schwer zu beurteilende politische Lage in Simbabwe zu erhalten.

### **Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe**

Auch in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode blieb die Kontroverse um die Anflugsregelung für den Flughafen Zürich-Kloten zentrales Thema der Arbeit der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe. Im Rahmen einer Delegationsreise im September 2008 verschafften sich die Abgeordneten vor Ort in einem intensiven Meinungsaustausch mit allen beteiligten Seiten ein Bild von den

unterschiedlichen Positionen. Dabei bestand zwischen deutschen und schweizerischen Parlamentariern Konsens über die Notwendigkeit, dieses Thema – angesichts eines ansonsten außerordentlich guten bilateralen Verhältnisses – ohne weitere Verzögerungen auf dem Verhandlungsweg durch die Regierungen beider Staaten zu regeln. Darüber hinaus konnte die Delegationsreise für Gespräche über Steuerpolitik und das Bankgeheimnis genutzt werden, wozu es in Deutschland und der Schweiz voneinander abweichende Auffassungen gab. Weiterhin wurde am Beispiel eines schweizerischen Unternehmens, das Standorte in Deutschland, anderen europäischen Ländern sowie in Übersee hat, über grenzüberschreitende wirtschaftliche Zusammenarbeit diskutiert. Hierbei wurde besonders auf Chancen und Herausforderungen bei Investitionen in den östlichen Bundesländern eingegangen.

### **Deutsch-Spanische Parlamentariergruppe**

Das deutsche föderale System ist ein wichtiger Bezugspunkt für Spanien, wo die Frage der politischen Gewichtung zwischen Nationalstaat und autonomen Regionen die politische Agenda auch 30 Jahre nach Inkrafttreten der demokratischen Verfassung von 1978 bestimmt. Die Ausgestaltung des Föderalismus einerseits und der Autonomien andererseits stand daher auch im Mittelpunkt der Delegationsreise der Deutsch-Spanischen Parlamentariergruppe im September/Oktober 2008. Neben der Hauptstadt Madrid besuchten die Abgeordneten die beiden autonomen Regionen Baskenland und Navarra. Das in Spanien besonders schwierige Thema der nationalen Identität beherrschte die Gespräche mit den Vertretern aller größeren politischen Parteien auf den drei Reisestationen. Besonders im Baskenland wurde deutlich, dass die damit verbundene extremistische Gewalt weniger mit konkreten politischen Forderungen als vielmehr mit einer Art Gewalttradition zu begründen ist; denn der Grad an Autonomie sowohl in finanzieller wie auch in kultureller Hinsicht ist sehr hoch und übertrifft beispielsweise den der deutschen Bundesländer bei weitem. Weitere Themen waren die Bemühungen um eine gesellschaftliche und juristische Aufarbeitung der Verbrechen aus der Zeit des Bürgerkriegs und der nachfolgenden Diktatur unter Franco sowie die Arbeit der deutschen Kultur- und Wissenschaftsinstitute vor Ort.

### **Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe**

*(Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Suriname, Uruguay, Venezuela)*

In den Gesprächen der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe mit Abgeordneten, Botschaftern und Vertretern der Zivilgesellschaft aus den Ländern Südamerikas geht es regelmäßig um die in mehreren Staaten stattfindenden Prozesse von verfassungsgebenden Versammlungen sowie um die Bemühungen dieser Staaten um eine modernere und gerechtere Gesellschaft. Die neue bolivianische Verfassung stand daher auch im Mittelpunkt des Besuchs einer Delegation der Bolivianisch-Deutschen Freundschaftsgruppe des bolivianischen Abgeordneten-

hauses im September 2008. Eine Reihe von Mitgliedern des Bundestages nutzte die Gelegenheit, um sich aus erster Hand über die äußerst zugespitzte innenpolitische Lage in Bolivien zu informieren. In Anbetracht der dortigen konfliktgeladenen Situation war es bemerkenswert, dass die fraktionsübergreifende Delegation bei ihrem Besuch in Deutschland als geschlossene Gruppe auftrat. Die bolivianischen Abgeordneten führten darüber hinaus zahlreiche Informationsgespräche, die sich u. a. mit den Themen erneuerbare Energien, Zertifizierung und Vermarktung von biologisch angebauten Lebensmitteln, duales Ausbildungssystem sowie konkrete Maßnahmen der Wirtschaftsförderung befassten.

Mit Ecuador und Kolumbien besuchte eine Delegation der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe im August/September 2008 zwei Länder, die seit dem kolumbianischen Angriff auf ein Lager der Guerillaorganisation FARC auf ecuadorianischem Boden im März 2008 keine diplomatischen Beziehungen mehr zueinander unterhalten. Ein zentrales Gesprächsthema in Ecuador war das wichtigste Reformprojekt der Regierung, nämlich die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche galt der Initiative der ecuadorianischen Regierung, das inmitten eines Nationalparks im Amazonasgebiet gelegene Ölfeld Ishpingo, Tambococha-Tiputini (ITT) nicht zu erschließen, wenn die internationale Gemeinschaft für die Hälfte der Einnahmeausfälle durch die Nichterschließung aufkommt. Mit der als „ITT-Projekt“ bezeichneten Initiative hatte sich der Deutsche Bundestag bereits im Juni 2008 in einem fraktionsübergreifenden Antrag befasst und grundsätzliches Interesse bekundet (Bundestagsdrucksache 16/9758). In zahlreichen Gesprächen wurde deutlich, dass noch viele Fragen geklärt werden müssen, bevor konkrete Zusagen gemacht werden können. In Kolumbien machte sich die Delegation vor Ort ein Bild von der verbesserten Sicherheits- und Wirtschaftslage. Sie informierte sich in diesem Zusammenhang über den deutschen Beitrag zur Krisenprävention und Konfliktbewältigung.

### **Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe**

*(Afghanistan, Bangladesch, Nepal, Pakistan, Sri Lanka)*

Die Parlamentariergruppe verfolgt die politische Entwicklung in den Ländern Südasiens mit großer Aufmerksamkeit und kommt in Berlin regelmäßig mit Vertretern von Politik und Zivilgesellschaft aus der Region zusammen. Die demokratische Entwicklung in Pakistan und Bangladesch mit dementsprechend durchgeführten Parlamentswahlen in Pakistan (Frühjahr 2008) beziehungsweise in Bangladesch (Winter 2008) und anschließenden geordneten Regierungswechseln war daher auch ausschlaggebend für die Entscheidung, beide Länder im Februar 2009 zu besuchen. In zahlreichen hochrangigen Gesprächen, u. a. mit dem Premierminister in Islamabad und der Premierministerin in Dhaka, wurden die Bekämpfung der extremen Armut und die Schaffung von Zukunftsperspektiven für die größtenteils junge Bevölkerung in diesen muslimischen, aber betont säkularen Staaten als Themen von größter Bedeutung erörtert. Die Bundestagsabgeordneten stimmten mit ihren Gesprächspartnern

darin überein, dass Fortschritte in dieser Hinsicht die vielleicht wichtigste Vorbedingung sind, um der Herausforderung der islamistischen Gewalt zu begegnen, die vor allem Pakistan bedroht. In Pakistan besuchte die Delegation außerdem Lahore und Karachi, wo sie mit wichtigen Vertretern der Opposition, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft (Anwaltsbewegung) zusammenkam. Bei dem Besuch in Bangladesch bildete die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, die sich für die Überwindung der strukturellen Probleme einsetzt, einen weiteren Schwerpunkt der Begegnungen.

Der partnerschaftliche Austausch mit den Parlamentariern aus der Region konnte beim anschließenden Besuch von sieben Abgeordneten des nationalen Parlaments von Bangladesch in Berlin im Mai 2009 fortgesetzt und vertieft werden. Die Abgeordneten nutzten die Gelegenheit zum Gespräch mit verschiedenen Gremien des Bundestages sowie Vertretern der Bundesregierung und informierten sich eingehend über weitergehende Kooperationsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Bangladesch. Besuche im Bundesrat und im brandenburgischen Landtag in Potsdam ermöglichten außerdem eine ausführliche Beschäftigung mit dem deutschen föderalen System.

#### **Deutsch-Südkaukasische Parlamentariergruppe** (Armenien, Aserbaidschan, Georgien)

Die Intensivierung der parlamentarischen Kontakte und die Förderung der angestrebten Einbindung Aserbaidschans in die europäischen Strukturen standen im Mittelpunkt des Besuchs der aserbaidshanischen Freundchaftsgruppe im März 2009 in Deutschland. Zentrale Gesprächsthemen waren der Konflikt um Berg-Karabach und die Bemühungen der deutschen Seite, als „einfaches Mitglied“ der OSZE-Minsk-Gruppe zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beizutragen. In Berlin wurden Themen wie die europäische Nachbarschaftspolitik, das parlamentarische Regierungssystem und die Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland mit den Gesprächspartnern aus Bundestagsausschüssen, Fraktionen sowie politischen Stiftungen aufgegriffen und erörtert. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen Geschichte ergaben sich für die aserbaidshanischen Parlamentarier bei Gesprächen mit Vertretern und Vertreterinnen des Landtages im brandenburgischen Potsdam interessante Erkenntnisse, da die dortigen Erfahrungen beim Aufbau demokratischer Strukturen und Institutionen sehr praxisnah erläutert wurden. Ein Besuch armenischer Abgeordneter im November 2008 diente dem vertieften Meinungsaustausch über die zum Teil konflikthafte Lage im Südkaukasus. Zudem wurden immer wieder die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern im Jahr 1915 thematisiert. Die armenischen Parlamentarier erinnerten in diesem Zusammenhang an die seit Ende des 19. Jahrhunderts gewährte Unterstützung des armenischen Volkes durch den deutschen Theologen und Gelehrten Johannes Lepsius. Ebenso würdigten sie das heutige Verständnis Deutschlands für die Vergangenheit und gegenwärtige Situation der Armenier. Es komme u. a. in der Behandlung der Massaker und Deportationen im schulischen Geschichtsunterricht zum Ausdruck, obwohl türkische Politiker daran Kritik übten.

#### **Parlamentarischer Freundeskreis Berlin-Taipei**

Im September 2008 hielt sich eine Delegation des Parlamentarischen Freundeskreises Berlin-Taipei in Taiwan auf. Alle Aktivitäten des Freundeskreises im Berichtszeitraum standen im Zeichen der nach Parlaments- und Präsidentschaftswahlen veränderten Politik Taiwans gegenüber der Volksrepublik (VR) China. Eine Politik der kleinen Schritte, die auf Wandel durch Annäherung statt auf politische Konfrontation setzt, hat seit 2008 nicht nur zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kooperation zwischen Taiwan und der VR China, sondern auch zu einer deutlichen Entspannung der geostrategischen Lage beidseits der Taiwan-Straße geführt. Die hochrangigen Gesprächspartner der Delegation auf Parlaments- und Regierungsebene drängten auf eine weniger restriktive Visapraxis der Europäischen Union gegenüber Taiwan und auf Unterstützung für die Forderung nach substanzieller Mitarbeit in internationalen Organisationen. Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung war für die taiwanische Seite unter dem Blickwinkel der Perspektive der Annäherung zwischen Taiwan und der VR China von besonderem Interesse, wobei von allen Gesprächspartnern das Modell einer Wiedervereinigung unter den Vorzeichen des Systems der VR China abgelehnt wurde. Die Delegation des Parlamentarischen Freundeskreises Berlin-Taipei würdigte gegenüber ihren Gesprächspartnern die veränderten Beziehungen zwischen Taiwan und der VR China und ermutigte sie, weiterhin für eine Mitarbeit Taiwans in internationalen Organisationen zu werben. Mit der Reise wollten die Abgeordneten dazu beigetragen, im Deutschen Bundestag das Bewusstsein für die besondere Interessenlage Taiwans zu schärfen.

#### **Deutsch-Tschechische Parlamentariergruppe**

Ein intensiver Informations- und Meinungsaustausch mit den tschechischen Partnern zu allen bilateralen Fragen, aber auch zu vielfältigen Themen der Innen-, Außen-, Europa-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik ist das Anliegen dieser Parlamentariergruppe. Während einer Delegationsreise nach Prag im September/Oktober 2008, die damit im Vorfeld der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die Tschechische Republik durchgeführt wurde, war die noch ausstehende Ratifizierung des Lissabon-Vertrages zentrales Thema der Gespräche. Von besonderem Interesse waren dabei die Entwicklungen, die der tschechische Senat mit der von ihm initiierten Überprüfung auf Verfassungskonformität durch das oberste tschechische Gericht in Gang gesetzt hatte. Die tschechische Seite nutzte die Gespräche, um einerseits über die Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie in nationales tschechisches Recht zu informieren und andererseits Kritik an der eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit für tschechische Bürger zu üben.

#### **Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe**

Im Mai 2009 erfolgte der Gegenbesuch einer türkischen Delegation nach einer Reise deutscher Abgeordneter im April 2007. Während ihres Aufenthaltes in Berlin hatte die Delegation der Interparlamentarischen Türkisch-

Deutschen Freundschaftsgruppe der Großen Nationalversammlung der Türkei eine Vielzahl von Begegnungen mit Bundestagsabgeordneten. Im Zentrum der Gespräche stand der EU-Beitrittswunsch der Türkei, wobei in diesem Zusammenhang auch die Zypernproblematik, die Kurden-Frage sowie die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei erörtert wurden. Von türkischer Seite waren ferner das deutsche Zuwanderungsgesetz, die Frage der Integration türkischer Migranten in Deutschland sowie die beabsichtigte Vorgehensweise im Hinblick auf Visa-erleichterungen nach dem „Sozial-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes vom Februar 2009 von besonderem Interesse.

#### **Deutsch-Ukrainische Parlamentariergruppe**

Im Rahmen des Besuchs einer Delegation der Ukrainisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im Juni 2008 in Deutschland waren für die Abgeordneten der mögliche Beitritt der Ukraine in die NATO und zur EU sowie energie- und wirtschaftspolitische Fragen von besonderem Interesse. Gespräche mit Vertretern des brandenburgischen Landtages hatten neben dem Anliegen der Verbesserung der Handelsbeziehungen den deutschen Föderalismus zum Inhalt. Die Teilnahme der Delegation am 3. Ukraine-Tag in Berlin (16. Juni 2008) bot den Mitgliedern der beiden Parlamentariergruppen Gelegenheit, mit Experten aus beiden Ländern Fragen der Annäherung und der Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation zu diskutieren.

Nach der Auflösung des Parlaments in Kiew sollte eine Delegationsreise im Oktober 2008 die Bedeutung eines parlamentarischen Meinungsaustausches gerade in Krisenzeiten unterstreichen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen neben der innenpolitischen Lage in der Ukraine die außenpolitischen Zielsetzungen des Landes. Hier waren insbesondere die Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise sowie die wirtschaftlichen, kulturellen und bildungspolitischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland von Interesse. Die Delegation machte mehrfach ihr Anliegen deutlich, dass die Reformprozesse in der Ukraine unabhängig vom „Membership-Action-Plan“ der NATO und des perspektivischen Beitritts der Ukraine zur EU auf keinen Fall gebremst werden dürften. Dies betrachten die beiden Parlamentariergruppen als gemeinsame Aufgabe für die nächsten Jahre.

#### **Deutsch-Ungarische Parlamentariergruppe**

Die Vertiefung der ohnehin sehr guten Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn auf der Ebene der beiden Parlamente ist ein wichtiges Anliegen dieser Parlamentariergruppe. Beim Deutschlandbesuch einer Delegation ungarischer Abgeordneter im Oktober 2008 wurde über den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Ausdehnung der Städte- und Schulpartnerschaften und die Erweiterung des touristischen Angebots Ungarns für Besucher aus Deutschland gesprochen. Mit Blick auf die Rolle Ungarns in der Europäischen Union und seine Verbindungen zu den östlichen Nachbarn sowie den Balkanstaaten lag ein weiterer thematischer Schwerpunkt auf der

europäischen Nachbarschaftspolitik. Dabei wurde auch die Situation der ungarischen Minderheiten in diesen Ländern diskutiert. Gesprächsgegenstand waren zudem die Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der Öffnung der Sperranlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze im August 2009.

#### **Parlamentariergruppe USA**

Im Jahr 2008 feierte das Congress-Bundestag-Seminar seinen 25. Geburtstag. Das Congress-Bundestag-Seminar findet jährlich wechselnd in den USA und Deutschland statt und bietet Kongressabgeordneten der Congressional Study Group on Germany die Möglichkeit, sich intensiv mit Bundestagsabgeordneten der Parlamentariergruppe USA auszutauschen. Im Verlauf von 25 Jahren ist ein Netzwerk politischer und persönlicher Beziehungen entstanden, das seine Haltbarkeit auch in Zeiten transatlantischer Dissonanzen bewiesen hat. Die Arbeit der beiden Parlamentariergruppen wurde anlässlich des 25. Congress-Bundestag-Seminars, das in Washington und Utah stattfand, im Rahmen einer Feierstunde u. a. durch den Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert gewürdigt. Die Congress-Bundestag-Seminare, die einen tiefgehenden Meinungsaustausch in eher informeller Atmosphäre ermöglichen, greifen jeweils Themen auf, die für Transatlantiker beider Seiten von großer Bedeutung sind: zum Beispiel Strategien und Zukunft des internationalen Einsatzes in Afghanistan, die veränderte Rolle Chinas in der internationalen Staatengemeinschaft, Konzepte zur Verminderung des Konfliktpotenzials im Nahen und Mittleren Osten, Klimawandel und Förderung erneuerbarer Energien. Die Teilnehmer am Seminar nehmen sich aber auch Zeit, ihr Verständnis für das jeweils andere Land zu vertiefen, indem sie zum Beispiel über die Rolle der Religion in der amerikanischen Politik oder die unterschiedlichen Bildungssysteme sprechen. Beim 26. Congress-Bundestag Seminar, das im Mai 2009 in Berlin und Köln stattfand, standen die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die USA und Deutschland sowie die unterschiedlichen Konzepte zu ihrer Bewältigung auf der Agenda. Da Präsident Barack Obama und die Demokratische Partei eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens anstreben, informierten sich die Mitglieder der Congressional Study Group on Germany zudem über die Grundlagen des Gesundheitssystems und der Krankenversicherung in Deutschland.

#### **Parlamentariergruppe West- und Zentralafrika**

*(Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kongo/Brazzaville, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik)*

In dem Bemühen um die Intensivierung der Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Parlamentariergruppe besuchte eine Delegation im November 2008 Togo, Benin und Mali. In Togo standen bei den Treffen mit Vertretern der Regierung und der Opposition die Kommunalwahlen, die zum Zeitpunkt der Reise bevorstanden, im Mittel-

punkt. Während bei einem Kurzaufenthalt in Benin der Aufbau der Infrastruktur zur Stärkung der Wirtschaft des Landes als Transitland mit Zugang zum Meer erörtert wurde, bildeten in Mali neben dem Dezentralisierungsprozess auch Fragen zur Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere die Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung, Gesprächsschwerpunkte.

Im Mai 2009 fanden während des Besuches einer Delegation der gabunischen Nationalversammlung in Berlin zahlreiche Gespräche mit Mitgliedern verschiedener Fachausschüsse des Deutschen Bundestages und Vertretern der Ministerien statt, in denen es unter u. a. um die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für Gabun und um bildungspolitische Themen ging.

Im Juni 2009 hielt sich eine Delegation in Guinea auf, wo zuvor im Dezember 2008 ein Militärputsch stattgefunden hatte. Im Mittelpunkt der informellen Gespräche stand die Einhaltung der Zusage durch die Junta und die Übergangsregierung, Parlamentswahlen im Herbst 2009 beziehungsweise Präsidentschaftswahlen im Dezember 2009 durchzuführen. Nach den Gesprächen mit den guineischen Machthabern war der Optimismus hinsichtlich demokratischer Entwicklungen in dem Land bei den Bundestagsabgeordneten eher verhalten.

#### **Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe**

*(Kasachstan, Kirgisistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan)*

Der erste Besuch einer turkmenischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag im März 2008 hatte seinen Schwerpunkt in wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Zudem bestand auf turkmenischer Seite großes Interesse an den Themen Bildung, Klimaschutz und alternative Energien. Diese Themenbereiche konnten in intensiven Gesprächsrunden mit Abgeordneten des Bundestages und während weiterer Termine in Berlin und im Bundesland Baden-Württemberg behandelt werden. In Gesprächen mit Abgeordneten verschiedener Fachausschüsse gewannen die turkmenischen Parlamentarier einen Eindruck von der Arbeit des Bundestages. Mitglieder der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe und des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe drangen auf eine Verbesserung der menschenrechtlichen Lage, insbesondere der Situation politischer Häftlinge, in Turkmenistan.

Nach der Ausarbeitung der EU-Zentralasienstrategie unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, die zum ersten Mal politische Leitlinien für ein wesentlich größeres Engagement der EU in Zentralasien festlegte, diente die Delegationsreise nach Usbekistan und Turkmenistan im Juli 2008 der Intensivierung parlamentarischer Beziehungen zu beiden Ländern. Fragen der Demokratieentwicklung, der Rechtsstaatlichkeit und der Entwicklung des parlamentarischen Systems standen im Mittelpunkt der Gespräche. In Usbekistan wurde zusätzlich ein Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung von Ökonomie und Ökologie gelegt. Deshalb besuchte die Parlamentariergruppe Projekte mit deutscher Beteiligung im Südwesten des Landes, die Weiterbildung fördern und den

ökologischen Wiederaufbau der Land- und Wassernutzung am Aralsee unterstützen.

Im Rahmen eines Gegenbesuchs kamen Abgeordnete des kirgisischen Parlaments im Dezember 2008 nach Berlin und Brandenburg. Sie betonten, die Demokratie sei nach 15 Jahren noch relativ jung in Kirgisistan, aber das Land habe trotz vieler rechtsstaatlicher Defizite durchaus eine Reihe von Fortschritten aufzuweisen. Umso mehr waren die kirgisischen Parlamentarier an Erfahrungen mit rechtsstaatlichen Normen in einem „westlichen Staat“ wie Deutschland interessiert. Treffen mit kommunalen und landespolitischen Vertretern Brandenburgs dienten dem Kennenlernen föderaler Strukturen, der kommunalen Selbstverwaltung und des Finanzausgleichs zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen. Neben ausführlichen Informationsgesprächen mit Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses sowie des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag galt das besondere Interesse der kirgisischen Delegation der Arbeit des Petitionsausschusses.

#### **6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten**

Wie die Delegationsreisen sind auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten als Mitglieder ihrer jeweiligen Ausschüsse vorrangig auf die Informationsgewinnung sowie den Erfahrungs- und Meinungsaustausch gerichtet. Diese Reisen dienen außerdem der Stärkung der Wahrnehmung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung durch die Abgeordneten. Denn eine unmittelbare und möglichst wenig gefilterte Informationsgewinnung zur politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage in den jeweiligen Staaten und Regionen ist häufig nur auf diese Weise erreichbar.

Die im Berichtszeitraum von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages durchgeführten Einzeldienstreisen sind angesichts der Themen, mit denen sich die Abgeordneten im Rahmen ihrer Mandatsausübung befassen, vielfältig und weit gefasst. Zunehmend bilden die Einladungen zu Kolloquien und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen den Anlass für Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Zudem haben Abgeordnete immer wieder Gelegenheit, Reisen des Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin oder anderer Mitglieder der Bundesregierung zu begleiten.

Aufgrund der Vielzahl und der großen Themenbreite werden die Einzeldienstreisen des Berichtszeitraums im Folgenden nur exemplarisch und nach regionalen Aspekten grob gegliedert dargestellt.

#### **Europa**

Brüssel war – insbesondere wegen der dort ansässigen Institutionen der Europäischen Union – wie in den vorangegangenen Berichtszeiträumen eines der Hauptziele der Reisen von Abgeordneten. In zahlreichen Gesprächsrunden wurden mit Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments Themen der Europapolitik, der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik sowie der Arbeits- und Sozialpolitik erörtert. Darüber hinaus nahmen Mitglieder des Bundestages an Konferenzen der

EU-Mitgliedstaaten sowie an anderen Parlamentariertreffen teil und besuchten dort ansässige Einrichtungen der Europäischen Union. Anlässe für Reisen nach Brüssel waren u. a. auch Sitzungen des Europäischen Präsidiums der Global Parliamentarians on Habitat, die Konferenz „The Role of New EU Member States in EU-Africa Development Policy“, das Brüssel Forum 2009, auf dem aktuelle Fragen der transatlantischen Agenda diskutiert wurden, sowie die Strategiekonferenz des Parlamentariernetzwerkes GLOBE Europe zur Abstimmung der parlamentarischen Aktivitäten für ein Post-Kyoto-Klimaabkommen.

Ein umfangreiches und vielfältiges Themenspektrum führte Abgeordnete in das Nachbarland Frankreich. So nahmen Mitglieder des Bundestages in Paris an Vorsitzendenkonferenzen der Ausschüsse für Soziales, Auswärtiges, Europa, Finanzen, Recht, Inneres und Verteidigung der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit der französischen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union teil. Auch wurde das deutsche Parlament bei den Feierlichkeiten anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Deutschen Schule im Mai 2008 in Paris vertreten. Dienstreisen wurden zudem sowohl für die Teilnahme an der 200. Tagung des Rates der Europäischen Weltraumorganisation ESA als auch an der in Paris stattfindenden Konferenz des Global Fund Europe zum Thema Malaria durchgeführt sowie für den Besuch der Musikmesse MIDEM in Cannes und der Rüstungsmesse EUROSATORY 2008 in Paris. Ein Abgeordneter reiste im Januar 2009 nach Toulouse, um Gespräche über Fragen der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu führen. Ein anderes Mitglied des Bundestages besuchte das französische atomare Versuchsendlager Bure in Lothringen.

Im Februar 2008 reiste ein Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nach London, um mit Vertretern der britischen Regierung über die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) zu sprechen. Einen Monat später nahm ein Bundestagsabgeordneter die Gelegenheit wahr, anlässlich der Eröffnung der Cranach-Ausstellung in London kulturpolitische Gespräche zu führen. Bei einem weiteren Besuch Großbritanniens ging es in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Nachhaltigkeitsrates in Großbritannien um die britische Politik in den Bereichen Klimawandel und erneuerbare Energien sowie insbesondere um Kontroll- und Prüfverfahren in der Nachhaltigkeitsstrategie. Zu einem Treffen mit den für die Kontrolle europäischer Gesetzgebung zuständigen Mitgliedern des britischen Unterhauses sowie mit Europapolitikern aller Parteien reiste ein Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union nach Großbritannien. Auf einer Konferenz in London diskutierten deutsche Parlamentarier über die Bekämpfung des Antisemitismus. Ein Innenpolitiker aus dem Bundestag nahm auf Einladung des Vorsitzenden des Innenausschusses im britischen Unterhaus an einem Seminar über den Kampf gegen den Menschenhandel teil.

Fragen der Kultur- und Bildungspolitik standen im Mittelpunkt verschiedener Dienstreisen nach Italien. So besuchten Abgeordnete die Goethe-Institute in Italien, um sich durch Gespräche mit Vertretern dieser Einrichtungen über den Reformprozess der Institute zu informieren. Andere Parlamentarier reisten nach Lovenjo di Menaggio und Venedig, um den Bundestag auf Veranstaltungen der Villa Vigoni sowie auf der 53. Biennale zu vertreten. Im Juni 2008 nahmen Abgeordnete als Mitglieder der deutschen Delegation an einer internationalen Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zum Thema „Welternährungsicherung: Herausforderungen durch Klimawandel und Bioenergie“ in Rom teil. Die europäische Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Kultur stand im Mittelpunkt von Gesprächen eines europapolitischen Abgeordneten mit Vertretern der italienischen Regierung und Verwaltung. Ein Mitglied des Verteidigungsausschusses besuchte in Neapel Dienststellen der NATO.

Gespräche über die haushaltspolitischen Aspekte der geplanten Einführung des Euro sowie über den Beitritt Litauens zum Schengener Abkommen standen im Mittelpunkt einer Dienstreise nach Vilnius. Auf einer anderen Reise zu außenpolitischen Themen wurden mit dem Außenminister und Parlamentariern Litauens Fragen der Beziehungen zu Deutschland erörtert. Eine Konferenz zum Thema Bioenergie war Anlass für eine Dienstreise im April 2009.

Die Position der neuen polnischen Regierung innerhalb der Europäischen Union und gegenüber Russland sowie die bilateralen Beziehungen zu Deutschland standen im Vordergrund der Gespräche, die ein Abgeordneter Anfang April 2008 mit Vertretern der polnischen Regierung, der deutsch-polnischen Handelskammer und der deutschen Wirtschaft in Warschau führte. Eine andere Reise nach Warschau diente der Vorbereitung einer für den Herbst 2008 geplanten gemeinsamen Sitzung der Europaausschüsse der Parlamente Frankreichs, Polens und Deutschlands. An der polnisch-weißrussischen Grenzstation Terespol informierte sich ein Abgeordneter über die Aktivitäten der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. Mitglieder des Bundestages nahmen im Dezember 2008 am High-Level-Segment auf Ministerienebene der 14. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention teil. Gespräche über die deutsch-polnischen Beziehungen und die Vertiefung regelmäßiger politischer Kontakte standen im Mittelpunkt weiterer Dienstreisen nach Polen.

Reisen nach Rumänien und Bulgarien fanden im Kontext des Beitritts dieser Länder zur Europäischen Union zum 1. Januar 2007 statt. Die Beziehungen zu den Mitgliedern der Europäischen Union, die bilateralen Beziehungen zu Deutschland sowie zwischen Rumänien und Bulgarien, der Stand der inneren Reformprozesse sowie die Kontrolle und Verwendung von Mitteln der Europäischen Union standen daher auf dem Gesprächsprogramm der Abgeordneten, die nach Bukarest und Sofia reisten, um politische Gespräche mit Vertretern der Regierung und der Parlamente Rumäniens und Bulgariens zu führen.

Mitglieder aller im Bundestag vertretenen Fraktionen reisten auch in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode nach Russland, um politische Gespräche mit Vertretern der Regierung und der Staatsduma sowie mit Repräsentanten von Nichtregierungs-, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen sowie Oppositionsparteien zu führen. Hierbei standen u. a. die deutsch-russischen Beziehungen, die Situation nach den Präsidentschaftswahlen, die russischen Vorstellungen zum Nahostkonflikt, der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), die Menschenrechtslage in Russland sowie Fragen des Eigentums, der Wirtschaft, des Transports und der Logistik im Mittelpunkt des Interesses. Darüber hinaus war der Deutsche Bundestag auch auf der Konferenz über die demografische Herausforderung in Russland und in den Ländern der Europäischen Union, der Ostseepipeline-Konferenz, der 2. Deutsch-Russischen Rohstoff-Konferenz, der interparlamentarischen Konferenz zum Thema „Das Projekt Nordeuropäische Gasleitung“ und auf dem 1. Deutsch-Russischen Journalisten-Symposium vertreten.

Die aktuelle politische Lage nach der Wahl des neuen Staatspräsidenten, die Annäherung Serbiens an die Europäische Union, die Einbindung in regionale Organisationen und Initiativen sowie die politische Entwicklung im Kosovo standen im Mittelpunkt der Gespräche, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union in Serbien führten.

Während der EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens im ersten Halbjahr 2008 fanden in Ljubljana Konferenzen der Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse sowie der Europa-, Verteidigungs-, Umwelt-, Bildungs-, Kultur- und Landwirtschaftsausschüsse der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie des Europäischen Parlaments statt, zu denen der Bundestag Mitglieder seiner entsprechenden Gremien entsandte. Außerdem nahmen Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Januar bzw. Juni 2008 an einem interparlamentarischen Treffen zur Energie- und Klimapolitik sowie an einer Konferenz zum Thema Bioenergie in Ljubljana teil.

Aktuelle Themen europäischer Politik und der Energie-Außenpolitik erörterte ein Mitglied des Bundestages in Madrid mit Vertretern spanischer Ministerien. Ein Mitglied des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Auswärtigen Ausschusses reiste zur Teilnahme an einem Diskussionsforum zur gegenwärtigen Lage der Klein- und Leichtwaffenproblematik nach Barcelona. Ein anderer Abgeordneter prüfte bei einem Besuch deutscher Einrichtungen in Madrid die Angemessenheit der dafür im Etat des Auswärtigen Amtes vorgesehenen Haushaltsmittel. Konsultationsgespräche über die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien führte ein Mitglied des Umweltausschusses mit Vertretern der spanischen Regierung. Der Bundestag war auf dem 4. Internationalen Steuerberaterkongress und auf der 23. Europäischen Konferenz für So-

larenergie ebenso vertreten wie auf dem High Level Meeting einer Konferenz über Ernährungssicherung, zu der ein Abgeordneter die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung begleitete.

Der Stand der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union war eines der wichtigsten Gesprächsthemen von Abgeordneten auf ihren Reisen in die Türkei. Im Oktober 2008 diskutierte ein Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union den Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zum EU-Beitritt mit Vertretern der türkischen Regierung und anderer Institutionen. Im März 2008 und im März/April 2009 begleiteten Abgeordnete Vertreter der Bundesregierung auf ihren Reisen zu familien- bzw. integrationspolitischen Themen. Ein anderes Mitglied des Bundestages erörterte im März 2009 Probleme der Wasserversorgung auf dem 5. Weltwasserforum in Istanbul.

Konferenzen und Tagungen führten Bundestagsabgeordnete in die Ukraine. Im April 2008 referierte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses auf einer Konferenz des ukrainischen Parlamentes zur Problematik eines möglichen NATO-Beitritts der Ukraine und zu Fragen der europäischen Sicherheit. Um Konflikte in der Schwarzmeerregion ging es auf einer internationalen Konferenz in Odessa. Ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe nahm im Oktober 2008 in Kiew an einer internationalen Konferenz zum Thema „Promoting Human Rights for Lesbian and Gays in Ukraine“ teil.

#### **Afrika**

Auch in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode informierten sich deutsche Parlamentarier auf ihren Reisen über die politische und gesellschaftliche Entwicklung sowie über die gegenwärtige Situation auf dem afrikanischen Kontinent.

Im Juli 2008 reiste ein Abgeordneter nach Kairo, um die zuständigen ägyptischen Regierungsmitglieder wegen der Einrichtung einer internationalen Agentur für Erneuerbare Energien zu konsultieren und den Leiter der nationalen ägyptischen Behörde für Erneuerbare Energien zu treffen.

Um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ging es im dritten „High Level Forum on Aid Effectiveness“, zu dem zwei Mitglieder des Bundestages die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach Accra in Ghana begleiteten.

Ein Mitglied des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Ausschusses reiste im Frühjahr 2009 nach Burkina Faso, um den Aufbau eines Netzwerkes zwischen deutschen und afrikanischen Akteuren aus Kunst und Kultur voranzubringen und an dem afrikanischen Kultur- und Filmfestival FESPACO teilzunehmen.

Zu einer internationalen Konferenz zur Stärkung von Frauen in Führungspositionen und Einbeziehung dieser

Frauen in alle Angelegenheiten der Friedens- und Sicherheitspolitik des Landes reiste eine Abgeordnete nach Monrovia in Liberia.

Gespräche über Fragen der Migration und der Nachbarschaftspolitik führte ein Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Mai 2009 in Marokko.

Einladungen der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH), sich vor Ort über die von der DWHH durchgeführte Aufklärungs- und Präventionskampagne „Virus Free Generation“ zu informieren, und des Organisationskomitees der internationalen enviroWater 2009, an der enviroWater-Konferenz teilzunehmen, waren Anlässe für Dienstreisen nach Südafrika.

Die menschenrechtliche und humanitäre Lage stand im Mittelpunkt der Gespräche, die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Sudan führten. Ein Abgeordneter reiste in den Sudan, um im Vorfeld der Beschlüsse des Bundestages über die weitere Beteiligung der Bundeswehr an den Militärmissionen UNAMID und UNMIS die Lage vor Ort zu erkunden und sich über die Erfahrungen bei der Beteiligung an den Militärmissionen zu informieren.

#### **Nordamerika**

Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Fraktionen reisten in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode aus den verschiedensten Anlässen in die USA. Zahlreiche Gesprächstermine und Treffen mit hochrangigen Vertretern der Regierung und des Kongresses dienten der Information und dem regelmäßigen Meinungsaustausch sowie der Vertiefung der bestehenden Kontakte mit der amerikanischen Seite. So sprachen die Bundestagsabgeordneten beispielsweise über die Konfliktherde Naher Osten, Irak, Iran, Afghanistan und Kosovo, das politische Engagement des transatlantischen Partners im Irak und Afghanistan, die weitere Zusammenarbeit Deutschlands und der USA in der NATO, das US Missile Defense Program, Klimaschutzpolitische Themen sowie über das Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba. Ein Innenpolitiker aus dem Bundestag führte Gespräche über Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung, Migration und Integration. Aktueller Gesprächsbedarf ergab sich für die deutschen Parlamentarier aus den amerikanischen Wahlen, dem Regierungswechsel und der Situation nach den Wahlen.

Einzeldienstreisen in die USA fanden u. a. auch zu Fachgesprächen mit Vertretern von Banken, Finanzinvestoren, kulturellen Einrichtungen und anderen Organisationen sowie zur Teilnahme an internationalen Konferenzen statt. Zwei Mitglieder des Bundestages besuchten im Spätsommer 2008 die Parteitage der Demokraten und der Republikaner zur Nominierung der Präsidentschaftskandidaten.

#### **Mittel- und Südamerika**

Im Februar 2008 nahmen zwei Umweltpolitiker aus dem Deutschen Bundestag an einer Umweltkonferenz in Bra-

silien teil, bei der es um die Weiterentwicklung eines internationalen Klimaschutzregimes sowie Fragen des internationalen Kohlenstoffmarktes, der Nutzung von Biokraftstoffen und des internationalen Schutzes des Regenwaldes ging. Ende April 2008 begleiteten Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit den Bundesumweltminister auf seiner Reise nach Brasilien zum Thema Biodiversität. Ein Mitglied des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vertrat den Bundestag auf einer internationalen Biotreibstoffkonferenz, informierte sich bei dieser Gelegenheit über Aktivitäten deutscher Unternehmen in Brasilien und besuchte eine Reihe von Sozialprojekten im Raum Sao Paulo. Mitglieder des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Ausschusses besuchten im April 2009 deutsche Schulen in Ecuador.

Die Themenkomplexe „Ländliche Entwicklung“ und „Hungerbekämpfung“ sowie die Orientierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit standen im Mittelpunkt einer Reise, die ein Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach Guatemala durchführte.

Um die transatlantischen Beziehungen ging es auf der 15. Internationalen Konferenz des Zentrums für Europastudien, an der zwei Mitglieder des Bundestages in Havanna auf Kuba teilnahmen. Die Beziehungen zu Deutschland und die Intensivierung des Dialogs der beiden Länder waren Gegenstand der politischen Gespräche, die ein Europapolitiker des Bundestages auf Kuba führte.

#### **Asien und Naher Osten**

Bei Reisen nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete standen in erster Linie sicherheitspolitische Gespräche mit Vertretern der Knesset, dem Palästinensischen Legislativrat sowie mit israelischen, palästinensischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen auf dem Programm. Die Abgeordneten führten die Gespräche mit dem Ziel, sich einen Eindruck von der aktuellen Lage nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen im Gaza-Streifen zu verschaffen und Konfliktlösungsmöglichkeiten auszuloten. Im März 2008 begleiteten Abgeordnete die Bundeskanzlerin bei ihrem Staatsbesuch in Israel.

Wie bereits im vorangegangenen Berichtszeitraum fanden auch in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode Einzeldienstreisen in das Krisengebiet Afghanistan statt. Im Vorfeld der Verlängerung des ISAF-Mandats der Bundeswehr informierten sich die Abgeordneten über die Sicherheitslage, den Aufbau der afghanischen Streitkräfte und die deutsch-afghanischen Aufbauaktivitäten. Die Arbeit des deutschen Polizeiprojekts und der Einsatz von EUROPOL in Afghanistan gehörten ebenso wie die Arbeit und die Anforderungen an Soldatinnen und Soldaten bei ihrem Auslandseinsatz zu den Themen, zu denen Dienstreisen durchgeführt wurden. Abgeordnete besuchten auch auf speziell hierfür von der Bundeswehr organisierten Reisen Soldatinnen und Soldaten ihres Wahlkreises, die im Rahmen des ISAF-Mandats ihren Dienst in Afghanistan leisten.

Ein Mitglied des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Auswärtigen Ausschusses führte in Pakistan politische Gespräche über die Rolle Pakistans als Nuklearmacht in der Region, die Entwicklung des pakistanisch-afghanischen Dialogs, die Fortschritte der Grenzsicherung zu Afghanistan und die Situation der Flüchtlinge. Gespräche über die Nachbarschaftspolitik Pakistan-Afghanistan mit Vertretern des Parlaments und der Regierung standen auch im Mittelpunkt der Dienstreise eines weiteren Abgeordneten. Im April 2009 begleitete ein Mitglied des Bundestages die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf ihrer Reise nach Pakistan.

Um sich mit der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung u. a. am Beispiel Energie vertraut zu machen, reiste ein Parlamentarier im November 2008 nach Indien. Ein Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nahm im Februar 2009 in Delhi an einem globalen Forum für nachhaltige Entwicklung teil.

Mit großem Interesse verfolgten deutsche Parlamentarier das schnelle wirtschaftliche Wachstum sowie die aktuelle politische Lage in China. Die deutsch-chinesischen Beziehungen, die Beziehungen Chinas zur Europäischen Union, die wirtschaftliche Entwicklung, die chinesische Außenpolitik sowie Fragen der Energie- und Klimapolitik gehörten zu den vielfältigen Themen, über die Mitglieder aller Bundestagsfraktionen mit hochrangigen chinesischen Gesprächspartnern diskutierten. Durch die Teilnahme an Tagungen in Peking und Shanghai informierte sich eine Abgeordnete über die Lage der Menschenrechte und besuchte in diesem Zusammenhang Gebiete, in denen deutsche humanitäre Hilfe geleistet wurde. Andere Abgeordnete begleiteten den Bundespräsidenten sowie Mitglieder der Bundesregierung auf ihren Reisen in die Volksrepublik China.

Experten für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung informierten sich auf ihren Reisen in die vom Tsunami betroffenen Gebiete Indonesiens, ob die aus Bundesmitteln geleistete Hilfe an den richtigen Stellen ansetzt und ob kurzfristig angelegte Nothilfe sowie der längerfristige Wiederaufbau sinnvoll aufeinander abgestimmt sind.

Internationale Konferenzen waren Anlässe für Einzeldienstreisen nach Japan. So war der Deutsche Bundestag durch ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses in Tokio auf einer Konferenz zur Förderung der Entwicklung Afrikas ebenso vertreten wie auf der G8+5-Parlamentarierkonferenz zum Klimaschutz der Umwelt-Parlamentarierorganisation GLOBE und einer Konferenz zum Thema „Global Energy and Climate Security“ durch Umweltpolitiker des Deutschen Bundestages.

## 7 Internationale Austauschprogramme

Der Deutsche Bundestag führt zur Unterstützung ausländischer Parlamente Informationsprogramme durch. Zielgruppe sind Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter afrikanischer, asiatischer, lateinamerikanischer und

europäischer Parlamente. Zu einem höchstens einwöchigen Informationsprogramm werden je zwei Mitarbeiter von drei bis vier Parlamenten eingeladen, insbesondere aus Ländern, die sich in einer Phase des demokratischen Neuaufbaus oder der Umstrukturierung befinden. Die Programme informieren über Struktur und Arbeitsweise der Bundestagsverwaltung sowie über Stellung und Aufgaben des Parlaments in einer modernen parlamentarischen Demokratie. Inhaltliche Wünsche der eingeladenen Parlamente werden berücksichtigt, um den Gästen praxisnahe Anregungen für die organisatorische Ausgestaltung ihrer parlamentarischen Arbeit geben zu können. Im Berichtszeitraum wurde der Schwerpunkt auf die Länder Afghanistan, Irak und Kosovo gelegt.

Darüber hinaus haben Parlamentsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus Kambodscha, Malaysia, Vietnam, Namibia, Südafrika, Tansania, Uganda, der Türkei, Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Moldau, der Ukraine, Burkina Faso, Mali, Niger, Senegal, Chile, Kolumbien, Mexiko und Paraguay an Informationsprogrammen der Interparlamentarischen Ausbildungshilfe des Deutschen Bundestages in Berlin teilgenommen.

Eine weitere Form der Unterstützung ausländischer Parlamente ist die Entsendung von Verwaltungsmitarbeitern des Deutschen Bundestages, die als Kurzzeitexperten Programme zur Parlamentsberatung durchführen. Im Berichtszeitraum wurde die Versammlung des Kosovo durch Verwaltungsmitarbeiter des Deutschen Bundestages beraten.

Der Deutsche Bundestag arbeitet auch auf der Ebene seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eng mit den Verwaltungen anderer Parlamente zusammen. Dabei dienen die jeweiligen Austauschprogramme und wechselseitigen Besuche unterschiedlichen Zwecken.

Ein politischer Austausch wird zwischen dem US-Kongress, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat im Rahmen des International Visitor Leadership Program des US-Department of State durchgeführt. An dem jährlich in beide Richtungen stattfindenden zehntägigen Programm nahmen jeweils zehn Personen teil: auf amerikanischer Seite acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kongressabgeordneten sowie zwei Angehörige des Congressional Research Service, auf deutscher Seite zwei Angehörige der Bundestagsverwaltung, ein Angehöriger der Verwaltung des Bundesrates und sieben Mitarbeiter der Fraktionen.

Auf Verwaltungsebene werden mit den Parlamenten von Großbritannien, Frankreich, Irland, Israel, Italien und Polen jährlich im Wechsel jeweils einwöchige Mitarbeiteraustauschprogramme durchgeführt. Die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die an diesem Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamentsverwaltungen teilnehmen, lernen in Gesprächen mit ihren Fachkollegen Aufbau und Arbeitsweise der Verwaltung des Partnerparlaments kennen, die dabei entstehenden persönlichen Kontakte festigen zudem nachhaltig die Arbeitsbeziehungen zwischen den Parlamentsverwaltungen.

Im Berichtszeitraum informierten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamente Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Italiens und Polens über Struktur und Arbeitsweise der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Im Gegenzug besuchten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Bundestages die Parlamente Italiens, Polens, Frankreichs und Irlands.

Der Deutsche Bundestag führt darüber hinaus Austauschprogramme für junge Menschen durch. In den frühen 90er Jahren nach Ende des Kalten Krieges hat der Ältestenrat entschieden, ein Programm für demokratisch engagierte Nachwuchskräfte zur Stärkung des Demokratieaufbaus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa aufzulegen. Das Projekt ergänzte bereits bestehende Programme mit den USA und Frankreich.

So gibt der Deutsche Bundestag im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität Berlin 120 (2008: 115) ausländischen Hochschulabsolventen aus 28 (2008: 27) Ländern die Gelegenheit, das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland sowie Entscheidungsinhalte und -prozesse deutscher Politik kennenzulernen. Das IPS richtet sich an hochqualifizierte, engagierte und politisch interessierte junge Frauen und Männer, die den Willen haben, die demokratische Zukunft ihres Landes aktiv und verantwortlich mit zu gestalten. Ziel des Programms, das unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages steht, ist es, die Beziehungen Deutschlands mit den teilnehmenden Ländern zu fördern und zu festigen.

Die Hochschulabsolventen richten ihre Bewerbung an die deutsche Botschaft in ihrem Heimatland. Dort finden auch die Auswahlgespräche vor einer Kommission des Deutschen Bundestages statt. Diesem Auswahlgremium unter Leitung einer oder eines Abgeordneten gehören weiterhin ein Präsidiumsmitglied der beteiligten Berliner Hochschulen und ein Vertreter der Bundestagsverwaltung an. Außerdem finden während dieser Auswahlreisen Gespräche mit Parlamentariern, Multiplikatoren des Programms, Alumni-Verbänden sowie Werbeveranstaltungen für das IPS in Universitäten statt.

Das IPS-Programm dauert vom 1. März bis zum 31. Juli eines jeden Jahres. Kernstück des IPS ist eine 15-wöchige Tätigkeit bei einem Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden dabei aktiv in die Arbeit eines Abgeordnetenbüros eingebunden. Sie begleiten ihre Abgeordneten zu Sitzungen der Ausschüsse, Fraktionen und anderer Gremien und gewinnen dadurch Einblicke in die internen Funktionsweisen, Zusammenhänge und Verfahrensabläufe des Parlaments. Ergänzend hierzu besuchen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Laufe des Stipendiums regelmäßig Informationsprogramme und Seminare, die der Deutsche Bundestag und die politischen Stiftungen veranstalten. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten sind außerdem während des Sommersemesters an der Humboldt-Universität eingeschrieben und können auch an Vorlesungen und Lehr-

veranstaltungen an der Freien Universität und der Technischen Universität teilnehmen.

Am IPS nehmen jährlich Stipendiatinnen und Stipendiaten aus Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Frankreich, Georgien, Kasachstan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn, USA teil. Seit dem Jahrgang 2009 sind auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Israel im Programm.

Regelmäßige IPS-Partnerprogramme für deutsche Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen bieten das französische, polnische und das ungarische Parlament an.

Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP), ein deutsch-amerikanisches Austauschprojekt, richtet sich an Schülerinnen und Schüler bzw. junge Berufstätige. Aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung in Amerika wurde im Jahre 1983 das PPP gemeinsam vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag ins Leben gerufen. Dieses Austauschprogramm, das unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages steht, soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, auf anschauliche Weise vermitteln. Jährlich wird 350 Schülerinnen, Schülern und jungen Berufstätigen ein einjähriger Aufenthalt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit in den USA und in Deutschland ermöglicht, wo sie in Gastfamilien leben. Eine Besonderheit, die dieses Programm von anderen Austauschprogrammen unterscheidet, ist die für jeden Stipendiaten übernommene Patenschaft durch ein Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Stipendiaten als junge „Botschafter“ ihres Landes einen dauerhaften Beitrag zur besseren Verständigung zwischen Deutschen und Amerikanern leisten.

Eine Delegation des Ältestenrates reist einmal jährlich in die Vereinigten Staaten, um die Umsetzung des Programms zu evaluieren und gegebenenfalls Verbesserungen vorzuschlagen. In mehreren Bundesstaaten führen die Abgeordneten Gespräche mit den deutschen Stipendiaten und ihren Gastfamilien über die Betreuungssituation vor Ort. Darüber hinaus finden Begegnungen mit Kongressabgeordneten, Vertretern des Department of State sowie Programmverantwortlichen der Austauschorganistenoren statt.

Inzwischen haben mehr als 19 000 Jugendliche beider Länder am PPP teilgenommen. Ende Mai 2009 wurde der 25. Jahrgang amerikanischer PPP-Stipendiaten in Berlin vom Bundestagspräsidenten empfangen. Alle Fraktionen des Bundestages bekannten sich in einer Plenardebatte aus Anlass des PPP-Jubiläums zur besonderen Bedeutung des Jugendaustausches für die Fortentwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Der Bundestag erhielt zu der Jubiläumsfeier ein Grußwort von der Spre-

cherin des US-Repräsentantenhauses und eine Videobotenschaft der US-Außenministerin. Sie stellten heraus, dass das PPP in Amerika einen herausragenden Ruf als ein Grundpfeiler der transatlantischen Beziehungen genießt. Außerdem bezeichneten sie das PPP als erfolgreiches Modell für Austauschprogramme mit anderen Partnerländern der USA.

## 8 Grundlage der Berichtspflicht

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 eine Empfehlung des Ältestenrates (Bundestagsdrucksache 12/2665) angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Bundestages. Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppendelegationen sowie Einzeldienstreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Auf dieser Grundlage sind bisher acht Berichte über Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgelegt worden (Bundestagsdrucksachen 12/4945, 12/8584, 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997, 15/5056 und 16/7841). Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 30. September 2009. Er legt Rechenschaft über die im Berichtszeitraum durchgeführten Auslandsreisen und internationalen Aktivitäten ab. Die Reisen sind nach regionalen oder politischen Schwerpunkten geordnet und werden exemplarisch dargestellt. Die vollständigen Zahlen der Reisen und sämtliche Ziele ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 3 der statistischen Übersicht, die diesem Bericht am Ende beigefügt sind.

## 9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Auslandsdienstreisen sind:

- das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18. Februar 1976 (BGBl. I S. 297) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. August 2005 (BGBl. I S. 2482) und
- die Ausführungsrichtlinien für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nach § 17 AbgG in der Fassung vom 18. Dezember 2005 nebst der in der Anlage befindlichen Regelungen zum Antrags- und Genehmigungsverfahren.

Gemäß § 17 Absatz 1 AbgG bedürfen Auslandsdienstreisen der vorherigen Zustimmung des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Anträge auf Genehmigung von

Dienstreisen sind schriftlich an den Bundestagspräsidenten zu stellen und ausführlich zu begründen.

Bei Dienstreisen wird zwischen Delegations- und Einzeldienstreisen unterschieden. Um Delegationen handelt es sich, wenn sie aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, ansonsten handelt es sich um Einzeldienstreisen. Bei den Delegationsreisen der Mitglieder der Ausschüsse, des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung und der Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages ist für die 16. Wahlperiode eine maximale Delegationsstärke von sieben Abgeordneten festgelegt worden. Bei der Zusammensetzung von Delegationen soll das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Deutschen Bundestag nach Möglichkeit im Haushaltsjahr, zumindest aber in der Wahlperiode berücksichtigt werden. Die Entscheidung über die Anträge auf Genehmigung von Auslandsdienstreisen trifft der Präsident des Deutschen Bundestages; bei Delegationsreisen geschieht dies nach eingehender Erörterung und Beratung im Präsidium.

Die bilateralen Parlamentariergruppen können im Verlauf der Wahlperiode jeweils eine Delegationsreise durchführen, multilaterale Parlamentariergruppen haben die Möglichkeit, jeweils zwei Delegationsreisen in Staaten aus der „Partnerregion“ zu unternehmen. Delegationsreisen der Ausschüsse müssen in direktem Zusammenhang mit den konkreten Beratungsgegenständen des jeweiligen Ausschusses stehen. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziel und Inhalte einer Delegationsreise erfolgt in der Regel in Form einer Pressemitteilung vor Reiseantritt. Jede Delegation ist außerdem verpflichtet, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens vier Wochen nach Ende der Reise einen schriftlichen Bericht über deren Ablauf und Ergebnisse vorzulegen.

Auslandsdienstreisen einzelner Abgeordneter sind dann genehmigungsfähig, wenn die Vorsitzenden und Obleute der Ausschüsse, in denen der Abgeordnete Mitglied ist und in dessen fachlichen Kontext die Reise fällt, der Durchführung der Einzeldienstreise zugestimmt haben. Darüber hinaus ist bei Auslandsdienstreisen von Abgeordneten die Zustimmung der Parlamentarischen Geschäftsführung der Fraktion des jeweiligen Abgeordneten erforderlich. Ebenso wie die Delegationsreisen unterliegen auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten der Verpflichtung, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens vier Wochen nach Abschluss der Reise einen Bericht vorzulegen.

Zur Reduzierung der Flugkosten werden Dienstreisen mit der Maßgabe genehmigt, dass kostengünstige Flugverbindungen zu nutzen sind. Außerdem sind die Abgeordneten durch einen Beschluss des Ältestenrates vom September 2002 verpflichtet, dienstlich erworbene Bonusmeilen aus entsprechenden Programmen der Fluggesellschaften wieder für Dienst- und Mandatsreisen einzusetzen. Neben der Beachtung des Prinzips der Kostengünstigkeit und dem vorrangigen Einsatz von Bonusmeilen trägt auch die Nutzung von Sonderkonditionen der Fluggesellschaften dazu bei, dass Kosten eingespart werden können.

## 10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen

Der Bericht unterscheidet zwischen Ausschussdelegationen (AD), Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM), offiziellen Delegationsreisen unter Leitung des Präsidenten oder eines Präsidiumsmitglieds (OD), Reisen von Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP).

Im Berichtszeitraum haben 1 236 Reisen stattgefunden:

- 140 Reisen von Ausschussdelegationen (AD) (Januar bis Dezember 2008: 93; Januar bis September 2009: 47)
- 7 Reisen offizieller Delegationen (OD) (Januar bis Dezember 2008: 5; Januar bis September 2009: 2)
- 32 Delegationsreisen der Parlamentariergruppen (PG) (Januar bis Dezember 2008: 26; Januar bis September 2009: 6)

- 853 Einzeldienstreisen (ED) (Januar bis Dezember 2008: 578; Januar bis September 2009: 275)
- 36 Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM) (Januar bis Dezember 2008: 19; Januar bis September 2009: 17)
- 168 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) (Januar bis Dezember 2008: 105; Januar bis September 2009: 63).

Unterteilt nach Erdteilen sind in den Anlagen 1 und 2 die Anzahl und die Ziele der Reisen von Ausschussdelegationen (AD), offiziellen Delegationen (OD), Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie der Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 30. September 2009 aufgeschlüsselt.

Die Anlage 3 weist die Gesamtkosten der im Berichtszeitraum zulasten der Haushaltsjahre 2008 und 2009 durchgeführten Reisen aus.

Berlin, den 20. Oktober 2009

**Dr. Norbert Lammert**

**11 Statistische Übersicht****Anlage 1****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

**Europa**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien		1	1			
Armenien		1				
Aserbaidschan		1				3
Belgien	3	232			1	11
Bosnien-Herzegowina					1	
Bulgarien		2				1
Dänemark	1	2				2
Estland						2
Finnland	2	1				4
Frankreich	7	19	3		2	28
Georgien		4				2
Griechenland					1	3
Großbritannien	1	7			1	2
Irland		1			1	
Italien		13				
Kosovo		1				
Kroatien		1				
Lettland		1				
Litauen		5				1
Luxemburg	1	2				
Moldau		1				
Monaco						1
Niederlande		3				2
Norwegen	3	4				2
Österreich		5				5

## noch Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Polen	3	10	2	1		1
Portugal	1					
Rumänien		5			1	
Russische Föderation	2	19				4
Schweden		2				3
Schweiz	2	6	1		1	6
Serbien		3				
Slowenien	1	9				1
Spanien	1	9			1	3
Tschechische Republik		1			1	
Türkei	3	5				
Ukraine		6	1		1	
Ungarn		1	1			1
Zypern	1				1	

## Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Aserbaidschan, Georgien		1				
Belarus, Russische Föderation	1					
Belgien, Niederlande		1				
Belgien, Slowenien		1				
Bosnien-Herzegowina, Tschechische Republik		1				
Bulgarien, Kroatien	1					
Bulgarien, Rumänien	1	1				
Bulgarien, Slowakei		1				
Dänemark, Island					1	
Dänemark, Schweden	1					
Estland, Lettland			1			
Estland, Lettland, Litauen					1	
Frankreich, Großbritannien	1					
Griechenland, Türkei, Zypern		1				
Kroatien, Mazedonien		2				
Moldau, Rumänien	1	1				
Österreich, Schweiz	1					

## noch Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Polen, Litauen		1				
Polen, Ukraine	1					
Polen, Ukraine, Moldau, Rumänien, Belgien		1				
Rumänien, Serbien			1			
Russische Föderation, Ukraine	1					
Serbien, Mazedonien		1				
Slowakei, Tschechische Republik		2				
Slowenien, Kroatien		1				
Spanien, Portugal	1					
Türkei, Kosovo	1					
Türkei, Zypern		1				
Ukraine, Belarus		1				
Ungarn, Bulgarien		1				
Zypern, Israel		1				

## Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		1				
Äthiopien					1	
Dschibuti	1					
Eritrea		1				
Ghana	1	2				
Kenia		2				
Kongo (Demokratische Republik)					1	
Marokko		1				
Namibia	1		1			
Niger		1				
Nigeria	1	1				
Ruanda	1					
Sambia		1				
Südafrika		2				1
Sudan		2				
Tansania		1				
Tschad		1				
Tunesien		4				
Uganda		1				

**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Syrien		1				
Angola, Namibia, Botsuana		2				
Ghana, Togo, Burkina Faso		3				
Kenia, Ruanda	1					
Kenia, Tansania		1				
Kongo (Demokratische Republik), Uganda	1					
Marokko, Libyen					1	
Marokko, Senegal	1					
Südafrika, Botsuana	1					
Südafrika, Namibia		1				
Togo, Benin, Mali					1	

**Amerika**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien	1	9		1		
Chile		2				
Ecuador	1					
Guatemala		2				
Kanada	1	2		1	1	1
Kuba		3				
USA	7	32		1	1	6

**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Paraguay		1				
Brasilien, Peru		1				
Brasilien, Peru, Kolumbien, Mexiko		3				
Chile, Argentinien	1					
Ecuador, Kolumbien					1	
Guatemala, Nicaragua				1		
Guatemala, Paraguay		1				
Kanada, USA	1					
Kolumbien, Ecuador	1					
Mexiko, Venezuela	1					
USA, Honduras, Nicaragua		1				
USA, Indien		1				
Venezuela, Kolumbien		2				

**Asien und Naher Osten**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan	1	12				
China	5	17				
Indien	2	4			1	
Indonesien		3				
Irak		1				
Iran		1				
Israel	3	7	2			
Japan	1	4				
Jordanien	1	1				2
Kasachstan		1				1
Katar		2				
Kuwait		2	1			
Libanon	1					
Mongolei		1				
Pakistan		3				1
Saudi-Arabien		2				2
Singapur	1					
Südkorea			1			1
Syrien		1				
Tadschikistan		1				
Taiwan					1	
Thailand		1				
Usbekistan		3				
Vereinigte Arabische Emirate	1	1				1

**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Usbekistan		1				
Bangladesch, Nepal	1					
China, Ägypten		1				
China, Vietnam		1				
Indien, Indonesien, Singapur, Vietnam		2				
Indonesien, Singapur, Vietnam		1				
Israel, Palästinensische Gebiete	1	1	1			

## noch Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Jordanien, Kosovo	1					
Kasachstan, Mongolei		1				
Kambodscha, Indonesien	1					
Kirgisistan, Kasachstan			1			
Laos, Thailand, Philippinen					1	
Malaysia, Kambodscha	1					
Oman, Vereinigte Arabische Emirate		2				
Pakistan, Myanmar	1					
Philippinen, Indonesien		2				
Singapur, Saudi-Arabien, Iran		1				
Südkorea, Vietnam	1					
Usbekistan, Turkmenistan		2			1	
Vietnam, Thailand	1					
Vereinigte Arabische Emirate, Katar		1				
Vereinigte Arabische Emirate, Südafrika		1				

## Australien/Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien		1	1			1

## Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien, Indien	1					
Australien, Neuseeland	2					

**Anlage 2****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2009 bis 30. September 2009 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

**Europa**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien						1
Aserbaidshan		2				
Belarus		2				
Belgien		111				9
Bosnien-Herzegowina		1				
Bulgarien	1	1				
Dänemark		1				3
Estland						1
Finland						1
Frankreich	1	10	2			17
Georgien						1
Griechenland	2					1
Großbritannien	1	6	2			4
Irland		2				
Italien	2	6			1	4
Kosovo			1			
Kroatien		1				
Litauen		1				2
Luxemburg	1		1			
Malta					1	
Mazedonien		1	1			
Moldau		1				2
Niederlande		2	1			
Norwegen	1	1				1
Österreich		1				1

noch **Europa**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Polen	2	2	2			
Portugal		3				1
Rumänien		3	2			1
Russische Föderation	2	13				
Schweden	1	5				
Schweiz	2	2		1		1
Serbien		2				
Spanien		2				2
Tschechische Republik	1	3				
Türkei	1	6	1			
Ukraine		1				
Ungarn	2	1	1			
Zypern		1				

**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Belarus, Ukraine		1				
Frankreich, Großbritannien		1				1
Frankreich, Tschechische Republik						1
Georgien, Aserbaidschan		1				
Montenegro, Mazedonien		1				
Österreich, Italien	1					
Schweden, Schweiz		1				
Tschechische Republik, Slowakei	1					
Türkei, Schweiz		1				
Ukraine, Moldau		1				
Zypern, Türkei		1				

**Afrika**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		1				
Äthiopien						1
Burkina Faso		1				
Dschibuti						1

## noch Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Guinea					1	
Kamerun		1				
Liberia		3				
Libyen		1				
Marokko		2				
Sambia	1					
Südafrika		1				
Sudan		1				
Tansania	1					
Tschad						1

## Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Libyen		1				
Algerien, Marokko		1				
Angola, Namibia, Südafrika					1	
Kenia, Tansania	1	1				
Mosambik, Kenia			1			
Tansania, Südafrika	1					
Uganda, Sambia		1				

## Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien		2				
Brasilien	1					
Ecuador		2				
Kolumbien		1				
Uruguay	1					
USA	7	18				3

## Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien, Argentinien	1					
Brasilien, Chile		1				
Dominikanische Republik, Haiti, Nicaragua					1	
Guatemala, Honduras		1				

**Asien und Naher Osten**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan	1	4				
China	2	5				
Indien	1	1				
Indonesien		1				
Irak	1					
Israel		3				
Japan		2				
Kasachstan						1
Katar		1				
Myanmar		2				
Pakistan		2				
Palästinensische Gebiete		1				
Südkorea		1				
Tadschikistan						1
Taiwan		3				
Vereinigte Arabische Emirate			1			
Vietnam	1					

**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
China, Mongolei		1				
Indonesien, Philippinen	1					
Iran, Irak		1				
Israel, Palästinensische Gebiete	1	2	1			
Kambodscha, Nepal				1		
Libanon, Israel		1				
Pakistan, Bangladesch					1	
Südkorea, Vietnam	1					
Vereinigte Arabische Emirate, Oman	1	2				

**Australien/Neuseeland**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Neuseeland	1					

**Anlage 3****1. Gesamtkosten der im Haushaltsjahr 2008 durchgeführten Reisen**

–	93	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.712.444,00 Euro
–	5	Offizielle Delegationsreisen (OD)	76.427,56 Euro
–	26	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	500.553,00 Euro
–	597	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	793.890,32 Euro
–	105	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	535.761,62 Euro
		<b>Gesamtkosten</b>	<b>3.619.076,50 Euro</b>

**2. Gesamtkosten der vom 1. Januar 2009 bis 30. September 2009 durchgeführten Reisen**

–	47	Ausschussdelegationsreisen (AD)	597.581,07 Euro
–	2	Offizielle Delegationsreisen (OD)	36.984,83 Euro
–	6	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	155.120,48 Euro
–	292	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	385.235,99 Euro
–	63	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	232.887,82 Euro
		<b>Gesamtkosten</b>	<b>1.407.810,19 Euro</b>





